

INHALT DES JANUARHEFTES / 1932

AUFSÄTZE:

<i>H. L. Krug: Was bestimmt Europas Grenzen?</i>	2
<i>* * * : Wo steht Amerika?</i>	8
<i>H. Lautensach: Die Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel bis zur Jahreswende</i>	13
<i>E. Rüdenberg: Politische Mächte in China</i>	19

BERICHTE:

<i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i>	35
--	----

<i>Karl Haushofer: Bericht über den indopazifischen Raum</i>	41
--	----

SPÄNE	49
-------	----

GRUNDFRAGEN:

<i>K. Pintschovius: Staat, Raum und Wirtschaft</i>	51
--	----

LITERATURBERICHT:

<i>Karl Haushofer: Literaturbericht über den indopazifischen Raum</i>	59
---	----

Am 31. Dezember 1931 sind: Dr. Erich Obst, o. Professor der Geographie an der Technischen Hochschule Hannover, Mitbegründer der Zeitschrift für Geopolitik, von seiner Tätigkeit als Herausgeber für die *Alte Welt*, Dr. Otto Maull, o. Professor der Geographie an der Universität Graz, von seiner Tätigkeit als Herausgeber für *Amerika* und das systematisch-erdumspannende Referat, Dr. Gerhard Herrmann von seiner Tätigkeit als Herausgeber für die *Weltwirtschaft* zurückgetreten.

Aus einer Kette von Entwicklungen, die nichts zu tun hat mit dem von ungewöhnlicher Harmonie getragenen Verhältnis der bisherigen Herausgeber untereinander, sahen sich zwei von ihnen zu dem Entschluß genötigt, aus dem gemeinsamen Werk zu scheiden und diesen Entschluß, der den dritten schmerzlich berührt, in streng sachlicher Form bekanntzugeben. Schwer und ernst muß das Gefühl dessen sein, der als letzter aus dem Kreis der gründenden Herausgeber zurückbleibt, um zu versuchen, in der Überlieferung des alten Kurses weiterzusteuern. Sieben Jahre lang hatte eine in ihrer Art seltene Arbeitsgemeinschaft mit Erfahrungen aus den verschiedensten Gebieten und mit überparteilicher Blickweite der Geopolitik die Richtung gegeben. Darin hatten an hervorragender Stelle Erich Obst die *Alte Welt*, Otto Maull die *Neue* und das Gebiet weltumspannender und theoretischer Betrachtung betreut. In tiefbewegter Zeit gehen nun die beiden Gefährten von Bord und der Älteste aus dem Kreise muß fortan streben, das Steuer in ihrem Geiste, im Geiste der Begründung weiter zu halten, bis es ohne Gefährdung des gewonnenen Erfahrungsgutes an die sich rasch mehrende Gefolgschaft des geopolitischen Gedankens übergeben werden kann. Bis dahin bittet er, das Andenken von Erich Obst und Otto Maull, von Gerhard Herrmann — der noch nicht ganz von den Lesern scheidet — dankbar hoch zu halten und in ihrem Sinne weiterhin Geopolitik zu denken, zu pflegen und zu gestalten — wie es der letzte der alten Herausgeber zu halten verspricht. Dieses Gelöbnis der Werktreue in ihrem Geiste ist eine Form des Dankes, die dem Unterzeichneten aufrichtiges Bedürfnis ist.

Karl Haushofer

HANS LUDWIG KRUG:

Was bestimmt Europas Grenzen?

Stalin & Co. — Paneuropa

Wir bringen eine fesselnde Auffassung der Grenzfrage Europas unter Verantwortung des Verfassers, dessen Meinung über revolutionäre Entwicklungen auch „friedlich“ wir nicht teilen, da wir friedliche Entwicklungen evolutionär nennen, und dem wir nicht so sicher bei seiner Unterschätzung der Sowjet-Westgrenze folgen können, die uns als Scheidezone zwischen Westeuropa und Eurasien dauerhafter scheint, als dem Verfasser. K. Haushofer

Der Staatsgedanke eines jeden Volkes beruht auf einer Idee oder auf mehreren Ideen, die miteinander kämpfen, bis sich auch sie wieder zu einer einzigen formen, die die Gestalt des Jahrhunderts bestimmt.

Die Geschichte zeigt, daß die Auswirkung einer solchen Idee von ihrer Größe bestimmt wird und meist nur die Zeit einer oder mehrerer Generationen, oft nur eines Jahrhunderts überdauert. Sie überlebt sich — sie wird erneuerungsbedürftig.

Die Erneuerung erfolgt auf jeden Fall auf revolutionärem Wege — sei es im offenen Kampf oder friedlich —, sie gleitet über die von Menschen für unüberbrückbar gehaltenen Grenzen hinweg, weil sie ihrerseits zur neuen Idee wird, und setzt sich je nach dem Reformbedürfnis auch in den Ländern fest, in denen man Reformen bisher nicht erwartete.

Der Weg des Christentums hat darum über nicht weniger Grenzen geführt, als die Ideen Robespierres, und die Gedanken Lenins haben nicht an der russisch-polnischen Grenze haltgemacht, weil das kapitalistische Europa hier zufällig dreifache Grenzpfosten gezogen hat.

Es ist ein Trugschluß, sich die europäische Grenze ein paar hundert Kilometer östlich von Warschau vorzustellen — die Ideen Lenins sind stärker als die Serie der Friedensverträge von Versailles bis Riga; bei aller Ablehnung des Kommunismus werden sie dem Jahrhundert ihren Stempel aufprägen. Die europäische Grenze liegt noch immer am Ural — vielleicht sogar einige hundert Kilometer östlich von ihm, wo wertvolle Bodenschätze in den europäischen Kreislauf miteinbezogen werden. Rußland gehört noch immer zu Europa — nicht wegen der westeuropäischen Fünfjahreslieferungen, sondern weil man sich auch im kapitalistischen Westen den Reformideen Lenins nicht verschließen konnte — jedes Land nach seinem Bedürfnis.

Vorweg: Diese haben mit Kommunismus nichts mehr zu tun. Kommunismus gibt es nicht, er ist praktisch nicht durchführbar, in keinem Lande der Welt — auch in Rußland nicht — wie die Gegenwart lehrt.

Es ist nicht wegzuleugnen, daß der überalterte Kapitalismus reformbedürftig ist; und hier ist der Einfluß zu spüren, den der Revolutionär des 20. Jahrhunderts über die Grenzen seines Mutterlandes ausbreitet, nicht anders wie es seine großen Vorgänger getan haben. Auch sie wurden zu ihrer Zeit abgelehnt, sei es nun Christus oder Mohammed, Karl der Große, Cromwell oder Robespierre.

Das 19. Jahrhundert im 20., der alte Kapitalismus mit seinen durch die Zerstörung Europas immer deutlicheren Auswüchsen, sind erneuerungsbedürftig — gibt es da ein Halt an der russisch-polnischen Grenze — etwa beim Grenznest Njedoroloide?

*

Die Gedanken Lenins sind am wenigsten von den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern befolgt worden. Auch heute hat sich hierin nicht viel geändert. Die kommunistischen Parteien sind nichts anderes als Reservoirs von Arbeitslosen und Unzufriedenen — als Propagandazellen, die den Fanatikern dazu dienen, den Glauben an die Weltrevolution wach zu halten, vor der aber nur schwächliche Elemente noch kapitulieren würden und deren Bekämpfung weniger schwierig ist, weil diese Kommunisten keine Revolutionäre mehr sind — weil die Revolution längst gemacht ist und heute nur überall durchgeführt wird.

Zur Revolution gehört die Idee — die Idee aber wurde von Lenin längst in die Welt gerufen, wenn es auch noch Jahre dauern wird, bis sie überall richtig verstanden und richtig angewandt wird. Darum wird es keine zweite Revolution geben; denn es gibt nichts mehr, wogegen es noch zu revolutionieren gäbe. Die heutigen Kämpfe in den kapitalistischen Staaten sind zwar nicht zu unterschätzen, letzten Endes aber sind sie nur Ausführungsbestimmungen zur Durchführung des Gesetzes des 20. Jahrhunderts: der Erneuerung des Kapitalismus und seiner Moral in einem der Allgemeinheit nützlichen Sinne.

Der Westen wendet diese Bestimmungen teils zögernd teils herzhafter an — aber sowenig es eine europäische Grenze bei Njedoroloide gibt, so sehr muß der neue Robespierre vor den Grenzen des alten halten; zwischen den Vogesen und Lüttich liegt eine europäische Schranke und damit auch eine zwischen beiden Jahrhunderten.

Darum ist es irrig, willkürliche Grenzen zu ziehen, die dem neuen Jahrhundert nicht Rechnung tragen. Es gibt kein Paneuropa zwischen dem Atlantik und Polen — aber es gibt einen unbändigen Erneuerungswillen zwischen Ural und Rhein. Der bestimmt die europäischen Grenzen.

Darum kämpft Lenin gegen Versailles — ein revolutionierender Kapitalismus gegen einen restaurierenden.

*

Ein überzeugter Paneuropäer schrieb kürzlich *), daß die Woge des Bolschewismus nur an der Erneuerung Europas branden werde, und daß Europa heute noch die Wahl habe, sich entweder dem Bolschewismus zu unterwerfen oder ihn abzuwehren.

*) R. N. Coudenrove-Kalergi: Stalin & Co. — Wien 1931.

Mit Lenin beginne ein neues Blatt der Weltgeschichte, aber Lenin habe die Weltkultur in zwei Teile zerrissen, wie einst Luther das abendländische Christentum.

Beides ist richtig und falsch zugleich. Richtig ist die Erkenntnis einer Wende zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert durch Lenin — richtig ist, daß der Bolschewismus, wo er in Westeuropa auch auftritt, in seiner kommunistischen Art der Abwehr bedarf; zweifelhaft ist nur, ob es im westlichen Europa überhaupt noch den Bolschewismus in der Erstform der russischen Revolution geben wird; denn die bolschewistische Welle überbrandet längst, wenn auch in anderer Gestalt, den kapitalistischen Westen — am deutlichsten die Industrieländer England und Deutschland. Sind die vielumstrittene „landtax“ Snowdens oder Brünings 4. Notverordnung etwas anderes als bolschewistische Programmpunkte?

Weil die Revolutionierung im rückständigen Reiche des Zaren fast ein Jahrzehnt des Kriegskommunismus nach sich führte, ist man geneigt, noch heute in Sowjetrußland das Rußland von 1917 zu sehen. Tatsächlich hat der Kommunismus längst vor dem Staatskapitalismus kapituliert, also eine Form des Kapitalismus angenommen, der heute in gleicher Weise — nur von der entgegengesetzten Seite her — in vielen kapitalistischen Ländern zur Anwendung kommt. Das Aufbäumen der Revolutionswelle in Rußland war nur sichtbarer als die heutige Überschwemmung Westeuropas mit ihr; aber diese ist im vollen Gange, nur vollzieht sich hier das Gesetz des Ausgleichs zwischen Arm und Reich stiller als im Osten — die zivilisierten Volksschichten sind breiter — Klima und Volkscharakter milder, und — letzten Endes — die Armen nicht so arm und die Reichen nicht so reich wie einst im Vorkriegsrußland.

Damit soll keine Verteidigung des heutigen russischen Systems ausgesprochen werden, sondern nur ein Verstehen der Entwicklung. Diese Entwicklung ist im Grunde das einzige Moment, welches das nichtrussische Europa — die nichtrussische Welt interessiert.

Daß die Enteignung der russischen Kapitalisten nicht eine Bereicherung der Massen, sondern eine unendliche Verelendung nach sich gezogen hat, wissen auch alle die, die Rußland nicht selbst bereist haben, daß die Durchführung des Fünfjahresplans und damit die Industrialisierung Rußlands noch weiteres Elend nach sich ziehen wird, muß festgestellt werden, ohne daß man damit an der Durchführbarkeit des Fünfjahresplans auch nur im geringsten zu zweifeln braucht. Die Ausführung eines derartigen Milliardenplanes in so kurzer Zeit in einem reinen Agrarland muß derartige Folgen haben; die russischen Führer sind sich ihrer auch ganz bewußt; sie sind die eigentliche Ursache des bekannten GPU.-Systems — also einer nicht minder absolutistischen Staatsform, als es die des Zaren war.

Auf die schon heute sichtbaren Fehler bei der Industrialisierung des Landes sind allein auch die Fehler bei der Kommunisierung der Landwirtschaft — der Kollektivierung der Bauernbetriebe — zurückzuführen, die auch hier auf Kosten der Bevölkerung geht.

Dennoch wird und muß Rußland alle diese Fehler überwinden, auch wenn es einen oder mehrere Fünfjahrespläne — ein oder mehrere Jahrzehnte dazu brauchen wird.

Wenn seine heutige Führerschicht sich nicht den veränderten Verhältnissen anpaßt — aber sie tut es! —, so werden sich die Verhältnisse selbst neue Führer suchen, aber auch sie werden stets nur wieder der Stoßkraft des Landes entnommen. Je gigantischer die Ausmaße der Entwicklung des neuen Rußlands werden, desto mehr wird dieser Gigant selbst die Auswahl seiner Führer treffen.

Hieraus geht hervor: zwar schwingt das Pendel in jedem Lande verschieden stark, letzten Endes aber findet es doch den Ausgleich, der von dem ausgeht, welcher es einst in Bewegung setzte und damit die Form des neuen Jahrhunderts bestimmte.

Dieses europäische Pendel schwingt bis zum Ural. Man sollte darum den heute außer in Frankreich gar nicht populären Paneuropagedanken nicht dazu benutzen, die sogenannten kapitalistischen Länder Europas unter einem den Kapitalismus und damit das 19. Jahrhundert nur restaurierenden Frankreich zusammenschweißen zu wollen; denn ungeachtet seiner historischen Revolutionsrolle, ist es heute doch von jeder neuen Idee beleidigt, die sich nicht unter seiner Hegemonie durchführen läßt.

Ein solches altkapitalistisch nach Versailler Muster zusammengeschweißtes Europa würde — wenn der Gedanke überhaupt durchführbar wäre, was bisher nicht bewiesen ist — dem neuen Rußland en bloc zwar gegenüberstehen können, ihm aber wahrscheinlich ebensowenig gewachsen sein, wie alle historischen Restaurationen, weil die Idee des 20. Jahrhunderts auch in durchaus nicht revolutionären Kreisen mehr Zugkraft hat als die des 19. — weil es ein Naturgesetz ist, daß die Jugend vor dem Alter siegt. Vielleicht würde ein französisch geführtes Paneuropa — denn eine andere Form ist wohl kaum denkbar — ein viel fürchterlicheres 1813 geben; denn die mitteleuropäischen Staaten stehen ihrem Gefühl nach einem neuen Heraufbeschwören des alten Systems viel ablehnender gegenüber als den Fehlern, die die Geburt eines neuen unabwendbar mit sich bringt.

*

Aber es gibt auch hier ein Dennoch: Die praktische Unmöglichkeit der Durchführbarkeit des Paneuropagedankens — sei es infolge der unfruchtbaren Arbeit des Völkerbundes oder des Versagens anderer geistiger Gemeinschaften — braucht auf der anderen Seite nicht zur wahllosen Unterwerfung unter die Idee des Bolschewismus oder unter seinen letzten Hauptrepräsentanten — Rußland — zu führen.

Trotz gegenteiliger Ansichten besteht in den westeuropäischen Staaten bei der heutigen stillschweigenden Bolschewisierung die Gefahr des Kommunismus — also nach außen hin des Revolutionskommunismus — viel weniger als man denkt, weil der große Gegner — der Kapitalismus — schon in jahrzehntelanger Arbeit seine alte Position verloren hat. Das Aufbegehren einer Armee von Unzufriedenen wird darum mit anderen Mitteln zu bekämpfen sein (es ist selbst in China möglich gewesen). Das zu häufige An-die-Wand-Malen dieses Gespenstes entspringt nur der

Furcht des letzten bürgerlichen Großkapitalismus, denn der kann es sich nicht ver-gewärtigen, daß er nicht erst auf verlorenen Posten kommen wird, — — längst steht er dort, und es wird nicht mehr einen privaten Großkapitalismus, sondern nur noch einen privaten Kleinkapitalismus und daneben den Staatskapitalismus geben. Der Höhepunkt des innerpolitischen Ausgleichkampfes zwischen Alt- und Neukapi-talismus ist keine bevorstehende Angelegenheit mehr, wir befinden uns mitten in ihm. Darum fehlt der kommunistischen Bewegung im Lande auch die eigentliche Zugkraft.

Bei allem Festhalten am Weltrevolutionsgedanken, der heute nicht mehr als ein Prestigepunkt Moskaus zu werten ist, erheben selbst die Russen keinen ernsthaften Einspruch gegen die Politik der Unterdrückung der kommunistischen Parteibewegung in den kapitalistischen Staaten. Ihre Staatsinteressen werden hierdurch ja auch in keiner Weise gefährdet; vielleicht ist Moskau heute sogar in seinem Verhältnis zu Deutschland jedes andere starke Reich lieber als ein kommunistisches — nicht nur weil ein zerstörtes kommunistisches Deutschland den Aufbau Neu-rußlands, und damit des ganzen Sowjetreiches gefährden würde, sondern weil man auch in Moskau erkannt hat, daß die Reformarbeit in den hauptkapitalistischen Staaten Mittel-europas im vollen Gange sind.

Die Weltrevolution marschiert also auf einem ganz anderen Wege; man kann getrost während der Zeit des Aufbaus des eigenen Staates den Neuaufbau der west-lichen Nachbarn, vor allem Deutschlands, Englands und Italiens abwarten, die je nach ihrer Struktur mehr oder weniger zum Neukapitalismus überzugehen bereit sind, dessen Feind nicht der russische Staatskapitalismus ist, sondern der Altkapi-talismus, der in Europa unter französischer Führung immer stärkere absolutistische Gestalt annimmt.

*

Frankreich nimmt im Grunde heute keine andere Stellung ein als zur Zeit Napo-leons, von dem Bismarck sagte, daß ihn sein Kriegsglück rauflostig und übermütig gemacht habe. Napoleon habe sich in seinem Allerweltherrscherdünkel in Gefahren ohne Ende begeben und kam darin um. Seine große Schöpfung ging nach kurzem Bestand in die Brüche, weil er die erste Tugend des Staatsmannes — die weise Mäßi-gung nach den größten Erfolgen — gegenüber den anderen Völkern nicht übte.

Auch das heutige Frankreich kennt keine Mäßigung, vor allem seit es sich zum Führer altkapitalistischer Gedankengänge gemacht hat, auch wenn es innerhalb Frankreichs die geringsten sozialen Gegensätze innerhalb Europas gibt. Aber das übrige Europa empfindet in der Anwendung seiner Methoden einen Rückschritt, gegen den es sich nicht mit Unrecht wehrt.

Die Lösung des Problems liegt darum heute nicht in der Gegenüberstellung eines bolschewistischen Rußland gegen ein zu einigendes kapitalistisches Europa. Auch nicht ohne weiteres in der Gegenüberstellung des Privatkapitalismus mit dem Staats-

kapitalismus; denn, seitdem Lenins Gedanken in einer für den Westen brauchbaren Form im Westen Fuß gefaßt haben, ist die geläuterte Welle nach Osten zurückgeschlagen und hat der osteuropäischen Form des Kapitalismus — dem Stalinismus Platz gemacht. Der Widerstand gegen die Neuordnung Europas liegt heute allein in Paris, das unter der Maske der Sicherheit das System eines vergangenen Jahrhunderts verteidigt und dadurch zu einem gefährlichen Widerstand gegen alle neuzeitlichen Ideen geworden ist.

Nach den von Stalin eingeschlagenen Wegen steht es darum heute durchaus noch nicht fest, ob Lenin die Weltkultur so sehr in zwei Teile zerrissen hat, wie einst Luther das abendländische Christentum. Schon heute gibt es im Westen nur noch wenige, die die westlichen, aus dem Kapitalismus geborenen Moralbegriffe weniger anzweifeln, als die östlichen. Es ist darum irrig, an Rußland vorüberzugehen, weil man damit dem Stalinismus Konzessionen mache. Die fremden Begriffe über Rußland bedürfen ebenso der Kritik, wie die uns fremdgewordenen Begriffe in Paris.

Zwar wird Europa Frankreich auf die Dauer ebensowenig entbehren können wie Rußland, aber es muß, wenn es gesunden will, endlich die Kraft finden, sich eine Zeitlang vom Charme dieser alternden Frau loszusagen, die Europa nur terrorisiert, es muß wieder selbstbestimmungsfähig werden und die Kraft des neuen Jahrhunderts zu ihrer Entfaltung bringen. Für diese Zeit des Aufbaus weist bei der sich immer mehr verschließenden Tür im Westen der Weg naturgemäß nach Osten.

Der Hinweis einer Gefahr des Bolschewismus bei einer Verbindung mit den Sowjets wird schon aus dem Grunde immer mehr eingedemmt, je mehr der Stalinismus kapitalistische Methoden annimmt und infolge der Industrialisierung Rußlands einfach annehmen muß. Es ist auch ein Irrtum zu glauben, daß Rußland nach Gelingen des Fünfjahresplanes zum Herren der Weltmärkte würde. Einmal findet das Preisdiktat der Russen seine unterste Grenze am kapitalistischen Grundsatz der Rentabilität, zum anderen wird auch die Qualität aller Russenfabrikate noch auf Jahrzehnte so beschaffen sein, daß sie dem Westen keine Konkurrenz macht — abgesehen davon, daß der Inlandsbedarf für den gleichen Zeitraum enorm ist und daß günstigere Absatzgebiete als in Europa in China und Indien zu finden sind.

Soweit jeder westeuropäische Staat also selbst den Willen bekundet, sich dem neuen Jahrhundert anzupassen, wird er von Rußland kaum bedroht sein. Der panslavistische Zündungsgedanke des Zarenreiches hat zwar dem kommunistischen Gedanken des Sowjetreiches Platz gemacht; durch die Einführung neukapitalistischer Ideen im Westen und in ihrer Art auch im Osten ist aber dieses Moment der europäischen Bedrohung immer mehr in Fortfall begriffen.

Europas Grenze liegt darum vielmehr zwischen den Vogesen und Lüttich als an der Ostgrenze Polens; denn die Grenzziehung selbst wird allein bestimmt durch den Willen der Völker, an den Ideen ihres Jahrhunderts teilzunehmen.

* * *

Wo steht Amerika?

Washington, Ende Dezember 1931.

Unsicherheit

Es hebt sich der Verdacht, daß zwei Jahre tiefen wirtschaftlichen Niederganges die innere Verfassung dieses Landes stärker beeinflußt haben, als es auf der Oberfläche bisher zum Vorschein gekommen oder anerkannt worden ist. Dies ist ein konservatives, ein traditionell gesonnenes Land. Es hat durchweg Zeitungen, die mit gewissen festen Begriffen arbeiten und mit einer Technik des Optimismus vor allem, die angewandt wird, ohne daß je eine Feder die andere in diesem Punkte störte. Der Amerikaner wünscht einer abgemachten Vorstellung von seinem Lande, von sich, von dem, was Amerikanismus sei, anzuhängen. Diese Vorstellung besitzt er fest und gründlich, und sie bestimmt die Spielregeln, nach denen alle Ereignisse besprochen, beurteilt oder — ignoriert werden. Dies ist ein gesundes Land, voller Mißtrauen gegen Theorien, Experimente, Übertreibungen. Es ist frei. Für alles wenigstens frei, was in jene Spielregeln paßt, die zumeist als „demokratisch“ bezeichnet werden. Es ist jedoch durchaus intolerant gegen alles Radikale, alles in seinem Fundamente Negative. Da ist es ungeheuer intolerant. Es wünscht an ununterbrochenen wirtschaftlichen Fortschritt zu glauben und hat das getan, je länger es existierte. Es hat geglaubt an die unbegrenzte Möglichkeit für jeden auf diesem Boden, den vollen Lohn für Arbeit und Talent zu erwerben. Es überläßt die Politik denen, die das politische Geschäft lieben, und hält es nicht für ein großes Unglück, wenn es dabei etwa unmoralisch zugeht; denn der amerikanische Staat ist ihm nicht Amerika, sondern nur notwendige und zugleich kostspielige Begleiterscheinung des großen amerikanischen Lebens. Aber in der Außenpolitik wird dies Land von seinen Einwohnern für das moralischste der Welt gehalten, und das darum niemandem etwas schuldig ist. All diese Dinge stecken instinktiv im Amerikaner. Jene Spielregeln sind nicht weniger wirksam, weil sie natürlich und aus den Verhältnissen dieses riesigen und von der Vorsehung reich ausgestatteten Landes hervorgewachsen sind — so wie es der Faschismus von seiner Staatsphilosophie wahrhaben will, ohne daß dies ganz so zuträfe wie für die Lebens- und Staatsanschauung der Amerikaner.

Daß der Verdacht berechtigt ist, es habe sich etwas geändert an der Selbstverständlichkeit, mit der sich der so wohlgeschlossene Individualismus Amerikas bisher entwickelt hat, läßt sich nun nicht mit Schlüssigkeit beweisen. Die Indizien

sind stark. Sie werden sich stärken mit der Fortdauer des wirtschaftlichen Druckes, der über dem Land liegt. Schwände er bald, so werden sie vielleicht schnell zerfallen. Aber dafür ist die Aussicht gering.

Ist etwas falsch in der Wirtschaft?

Der Amerikaner denkt wirtschaftlich, vor allem wirtschaftlich. Er denkt nicht etwa in den Verschiebungen der politischen Kräfte, die in manchen anderen Ländern die Aufmerksamkeit ganz auf sich ziehen, so daß die beherrschenden wirtschaftlichen Vorgänge durch das Politische hindurch erfaßt werden. Der Amerikaner denkt in den Schwankungen der Konjunktur, jeder auf seine Weise, und sie meditiert er tagaus, tagein. Man hört jetzt in diesem Lande sogar die Meinung häufig, daß das Politische in den letzten fünfzehn Jahren im Bewußtsein des Mannes auf der Straße — und im Büro, gegen frühere Zeiten sehr stark zurückgetreten, daß er noch stärker als bisher reines Erwerbswesen geworden sei. Den Politikern hat er gerne ihre Geschäfte überlassen, solange seine eigenen soviel versprochen und hielten, und während sich in Wahrheit die Möglichkeiten zu schaffen und zu verdienen seit 1916 häuften, wie noch niemals in der Geschichte Amerikas.

Aber dies hat sich seit 1929 geändert, gegen alle Voraussicht, gegen alle von den herrschenden Republikanern seit den letzten Präsidentschaftswahlen wohlpropagierten Behauptungen: Amerika sei nunmehr in eine ewige Hochkonjunktur eingetreten. Eine Vermessenheit! Sehr wohl könnte sie von der Art sein, wie sie als Krönung und zugleich Ende einer ganzen Periode auftreten. Ändert sich nun das Tempo amerikanischen „Fortschrittes“, muß es sich gründlich verlangsamen? Es ist diese Vorstellung, die in den allerverschiedensten Formen und in allen Graden von Bewußtheit heute die Arbeitenden und Genießenden Amerikas heimsucht. Die Zeitungen und die vielen Gelegenheitsredner des Landes, auf die die Menge sieht, und deren Meinungen zu den Tagesereignissen die Zeitungen verzeichnen wie bei uns die Aussprüche der Politiker, suchen zu beweisen, daß die herrschende Depression nur eine unter vielen ist, daß der Wechsel zwischen Wellental und Wellenberg der Geschäftstätigkeit sich mit der Katastrophe dieser zwei Jahre nur besonders gründlich wiederholt, und daß es nach Kriegen immer so gewesen ist: erst ein jähes Bergauf, dann ein jähes Bergab, — — Amerika zweifelt im stillen daran gründlich. Die den Optimismus predigen, zweifeln selbst. Ist Massenproduktion wirklich der Weg zum Paradies, wenn sie Arbeitslosigkeit im größten Maßstab schafft? Hat der gesamte Aufschwung der städtischen Produktion nicht auf Kosten der Landwirtschaft stattgefunden, und niemand hat sich um die Milliarden Dollars bekümmert, um die das flache Land ärmer wurde? Ist nicht die freie Konkurrenz zu einem verderblichen Luxus ausgeartet und hat enorme Werte zerstört, indem sie riesige neu schuf, und dies kommt jetzt zum Vorschein? Sind die einst angestaunten „Wirtschaftsführer“ nicht einfache Spekulanten gewesen, die das Geld des Publi-

kums zu ungesunden und übertriebenen Geschäften an sich gezogen haben, in Amerika selbst und über Wasser? Ist der enorme Preisfall seit 1929 nicht der Ausdruck für gewissenlose Kreditinflation, für eine Investitionsorgie und besteht irgendwelche Gewißheit darüber, wie groß denn wirklich Amerikas Verbrauchsfähigkeit ist? Wieviel von der Erzeugungskraft seiner Fabriken kann es wirklich brauchen, wieviel von den Milliarden, die es in festverzinslichen Werten, auf Wolkenkratzer, Paramount Film und Dawesbonds angelegt hat, kann verzinst werden?

So scharf wie hier werden solche Fragen nicht ausgesprochen. Wie vor sechs Monaten, wie vor einem Jahr, wird von oben her fast mechanisch versichert, daß der „Boden des Unglückfasses“ schon durchglänzt, Amerika „gerade die Ecke passiert“. Jedoch, der Zweifel sitzt nun tief, auch wenn er nicht spitz formuliert wird und die gewohnten Begriffe scheinbar das Feld behaupten, nur leise an der neuen Lage abgewandelt. Im vorigen Winter erhob sich schon in Wallstreet, sonderbar und ein wenig ungeschickt, die Frage, ob das „System“ vielleicht falsch sei, das System des Individualismus und Kapitalismus, also das System Amerikas. Das ging dann vorüber wie eine Mode, aber fortgeschritten ist die Unsicherheit, ob nicht „etwas fundamental falsch“ an der ganzen Wirtschaftsmaaschinenrie sei. Das ist es, was die Initiative im letzten lähmt, im Verein mit der schwarzen Wolke über Europa, aber ebenso stark in den psychologischen Folgen, wie es der Anblick der europäischen Wirren ist.

Aber der Staat soll sich heraushalten!

Zu Dezemberanfang tritt der neue Kongreß zum erstenmal zusammen. Dieser Kongreß ist seit den Teilwahlen vor einem Jahr zu fast mathematisch gleichen Teilen zwischen Republikanern und Demokraten geteilt. Machen wir ihm das Kompliment, daß er mit diesem paradoxen Schwebezustand die Unsicherheit abmalt, die in den Herzen Amerikas sich bewegt. Verschweigen wir nicht, daß die öffentliche Meinung schon im Frühling deutlich bemerkbar machte, wie wenig Förderung für die Wirtschaft von seinen Tagungen sie erwarte. Es ist gewiß, daß dieser Kongreß aus lauter sehr behutsamen Volksvertretern zusammengesetzt ist. Sie fühlen, wie neue Stimmungen im Lande aus ungewohnter Not und ungewohnter Fragefreudigkeit heranwachsen. Amerika wird wieder politischer, eben, weil es Probleme fühlt, die von der Gesamtheit und für die Gesamtheit gelöst werden müssen.

Es ist noch kein Überblick möglich über die Vorlagen, mit denen der Kongreß zu tun haben wird. Es ist jedoch auffallend, daß sie jedenfalls ganz überwiegend das Verhältnis des Staates, als solchen, zum Leben des Landes behandeln werden. Der Staat, das ist die Losung der Administration und des orthodoxen Republikanismus von je gewesen, soll sich nicht ins private Geschäft mischen. Hier ist die unumwundene Freiheit des Erwerbslebens schließlich etwas Heiligeres als der Staat. In der Praxis ist nicht immer entsprechend verfahren worden. Die Antitrust-

gesetze! Aber jetzt handelt es sich um die Erwerbslosenfürsorge. Der Staat tritt nicht verbietend, sondern spendend auf. Es handelt sich in dieser Frage um „ein Prinzip“, und in amerikanischen Augen ist es dasselbe, das die staatliche Ausnutzung der Stauanlagen des Hoover-Dammes verbietet. Der Staat soll nicht eintreten in den Kreis von freiem Geben und Nehmen, über dem in Amerika Tabu liegt, welche bösen Dinge auch in ihm Platz greifen. Die republikanische Administration wird gegen bundesstaatliche Arbeitslosenhilfe einen Kampf bis aufs äußerste führen, wie gegen fiskalische Verwirtschaftung der Stauanlagen am Hoover-Damm.

Jedoch denkt die Administration augenscheinlich an die Förderung eines zahmen inflationistischen Kurses. Die Errichtung einer „Nationalen Credit Corporation“, die gefrorene Werte in den zahlreichen Banken loseisen soll, die letzthin Schiffbruch erlitten haben, war bisher wenig erfolgreich. Möglich, daß zu ähnlichen Zwecken, vor allem für die hart bedrängten Eisenbahnen, eine Milliarden-Corporation im Stil der Kriegsfinanzgesellschaft errichtet wird. Es wird eine Vorlage zur Errichtung von Hypothekenbanken erscheinen, eine bisher unbekannte Institution. Es sind aus dem Lager der Industrie Pläne erschienen, um zu einer gesetzlichen Regulierung ihrer Fürsorgetätigkeit zu gelangen unter Beteiligung der Gewerkschaften. Dies ist, nach bewährter Taktik, die vorbeugende Antwort auf die Forderungen, der Staat solle solche Pflichten übernehmen. Es ist zugleich der erste Schritt, um auf privatem Wege dem Ruf nach „Planmäßigkeit“ zu begegnen, die das wilde Leben der amerikanischen Wirtschaft zähmen soll. Die Handelskammern haben ein Komitee gebildet, das solche Möglichkeiten untersuchen soll. Wer hätte vor zwei Jahren an sie gedacht?

Die liberaleren Elemente in beiden Parteien wollen wieder die staatliche Bewirtschaftung der natürlichen Kraftquellen durch den Staat aufnehmen. Das wird zur Debatte kommen, aber nicht zum Beschluß. Während der Staat immer näher, durch Zwang der Umstände, an die Grenze herangetrieben wird, wo er zur wirtschaftlichen Selbsttätigkeit übergehen würde, wird ihm vorerst die Rolle als Krankenhaus für die unprofitlichen Erwerbszweige aufgehalst. Die private Wirtschaft verfährt so, die einzelnen Staaten sind so verfahren, schon vor dem Niederbruch der Konjunktur. Innerhalb der nächsten zehn Jahre, hebt sich die Prosperitätskurve nur flach, wird der Staat trotz dieser Anfänge eine starke Initiativstellung in der Wirtschaft gewonnen, Amerika wird sich beträchtlich „sozialisiert“ haben, wenn auch nur im objektiven Sinne des Wortes, nicht im dogmatischen, politischen. Gegenwärtig sucht man den Staat noch in der regulierenden Sphäre zu halten; man fürchtet den Rückprall der Lasten, die ihm aufgebürdet werden könnten, auf die private Wirtschaft, und hängt sie nur auf ihn, wo es nicht anders geht. Jedoch, daß diese Fragen im Vordergrund stehen, wie noch niemals, in Plänen und Vorlagen, das ist das Bezeichnende.

Ein Defizit für dieses Jahr, das zwischen 1500 und 1800 Millionen Dollars ge-

schätzt wird, erwartet den Kongreß. In welchem Grade die Lasten seiner Deckung auf die hohen Einkommen gelegt wird, das wird ein Zeichen mehr dafür sein, wieweit die Kräfte im Lande sich gestärkt haben, die die führende Rolle von Big Business angreifen und den Staat als Vertreter der Allgemeinheit gegen die großen Einzelinteressen einsetzen wollen.

Das Zünglein an der Waage wird die Gruppe der Progressiven bilden. Sie eint, daß ihre Mitglieder allsamt mehr oder weniger Einspänner sind, Originale mehr oder weniger, und entsprechend beweglich und ideenbegabt. Zum größeren Teile gehören sie der Republikanischen Partei an, in verschiedener Lockerung. Aber sie sind alle gute Parlamentarier. Keiner unter ihnen, den irgendein europäisches Land Revolutionär nennen würde. Trotzdem Moskaus Idee, „Hungermärsche“ zu veranstalten, auch hier erschienen ist, trotz Tränenbombenangriffen von Kommunisten auf das Rathaus von Detroit, ist Amerika ohne nennenswerten Radikalismus. Europa wird sich nie in diese Idee ergeben. Auch Kontinente haben ihren Provinzialismus.

Erwarten wir keine großen Sprünge in der Entwicklung Amerikas. Es ist gesagt worden, Amerika habe angefangen „zu denken“, in der europäischen Weise, mit weitem, abstraktem Ziel und dem Bestreben, die Wirklichkeit nach ihm zu bilden. Wenn Zweifel und Unsicherheit hier tief wühlen, dann bedeutet das nicht, daß es praktisch zu schnellen Veränderungen führt. Vielleicht bedeutet das auf lange Zeit nur, daß Amerika seine Naivität verloren hat, seinen naiven und förderlichen Glauben, dies sei das Land prädestinierten Glückes, versichert durch die Tüchtigkeit seiner Bewohner, denen alles zur Verfügung steht, um es so weit zu bringen, wie sie es verdienen. Man sagt dem Fremden: „Sie kennen Amerika nicht, wenn Sie es nur in einer pessimistischen Stimmung erleben.“ Aber vielleicht wechselt es durch die gegenwärtige Krise, die ihm so unheimlich geworden ist, in einen Zustand geringerer Unbefangenheit hinüber, größerer Bedenklichkeit, tragischer Ausblicke, die es bisher nicht kannte. Es hat keinen Grund, zu hoffen, die Zeiten des Nachkriegsüberschwanges würden zurückkehren. Es hat in der Tat die Hoffnung aufgegeben, normale Zeiten würden je wieder aussehen wie die, die es für normal hielt. Amerika fühlt, es kann sich nicht wieder hemmungslos in industriellen Fortschritt stürzen wie früher in die trügerische Unendlichkeit des jungfräulichen Westens. Es fühlt mit einem Ingrim, den es Europa nun von Monat zu Monat mehr wird merken lassen, daß es sich einrichten muß, nicht mehr sich ausbreiten kann.

HERMANN LAUTENSACH:**Die Entwicklung auf der iberischen Halbinsel bis zur Jahreswende**

Geschäftsführende Regierung Zamora — Die Nationalversammlung und ihr bisheriges Wirken — Ausweisung der Jesuiten — Kabinette Azaña — Die Bestrafung der „Verantwortlichen“ — Die syndikalistische Gefahr — Die Bedeutung der spanischen Ereignisse für das internationale Kräfteverhältnis in Südwesteuropa — Die Ereignisse in Portugal — Die tieferen Gründe der spanischen Entwicklung — Vergleich mit Rußland

Die Ereignisse sind auf der Iberischen Halbinsel im letzten Halbjahr so schnell vorgeschritten, daß es schon heute notwendig erscheint, dem im Maiheft 1931 veröffentlichten Bericht (S. 346—350) einen neuen folgen zu lassen.

Blicken wir zunächst auf die Tatsachen zurück! In der gleichen Nacht, in der der König auf Grund der Gemeinderatswahlen vom 12. April d. J. das Land verließ, übernahm die provisorische republikanische Regierung die Leitung des Staates. Es war ein Kabinett, das sich aus liberalen Republikanern und Sozialdemokraten zusammensetzte, und in dem die erstgenannten durch den Ministerpräsidenten Alcalá Zamora und den Innenminister Maura zwar nicht ein zahlenmäßiges Übergewicht, aber doch einen der Bedeutung dieser Ministersessel entsprechenden sehr großen Einfluß besaßen. Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung, die im Juni stattfanden, ergaben nur eine Beteiligung von 55%. Damit breitet sich ein Schleier über die wahre Stimmung des spanischen Volkes. Bestehen jene restlichen 45% vorwiegend aus den mit dem derzeitigen Regiment unzufriedenen Kreisen, die die Abgabe ihrer Stimme im Sinne der Monarchie zur Zeit für zwecklos halten? Oder ist diese große Zahl der Nichtwähler immer noch vorwiegend der sozusagen herkömmlichen Interesse- und Verständnislosigkeit breiter Bevölkerungsschichten gegenüber der politischen Entwicklung zuzuschreiben? Oder sympathisiert die Mehrzahl der Nichtwähler mit der syndikalistischen Confederación general del Trabajo, die prinzipiell antiparlamentarisch ist? Die Beantwortung dieser Fragen, die von ausschlaggebender Wichtigkeit für eine politische Prognose auf weite Sicht wäre, ist leider nicht mit einiger Sicherheit möglich. Jedenfalls setzt sich die Nationalversammlung aus rund 400 republikanischen Abgeordneten und nur 70 Vertretern der klerikalen, konservativen und monarchistischen Interessen zusammen, welche letztere also bei der Festlegung der Verfassung zur absoluten Bedeutungslosigkeit verurteilt waren. Das ist, neben der Lauheit der Wahlbeteiligung, eine Tatsache, die für die Stabilität der innerpolitischen Entwicklung nichts Gutes erwarten läßt. Bei der Beratung

über die Verfassung ergab sich innerhalb des republikanischen Lagers sehr schnell die Überhandnahme des sozialistischen Einflusses gegenüber dem bürgerlich-liberalen. Am 14. Oktober beschloß die Nationalversammlung die Ausweisung der Jesuiten und die Beschlagnahme ihres Eigentums, das Verbot des Unterrichtes durch die übrigen religiösen Orden und die Aufhebung des Haushalts für Kult und Klerus. Infolge dieser sehr radikalen Lösung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die in Spanien seit den Tagen Ferdinands und Isabellas außerordentlich fest gewesen waren, trat das Kabinett zurück und bildete sich unter dem bisherigen Kriegsminister Azaña, einem leidenschaftlichen Linksradikalen, neu, unter Ausscheidung von Zamora und Maura. Damit ist ein kräftiger Ruck nach links erfolgt. Ein noch kräftiger erfolgte am 15. Dezember, als nach der Wahl Alcalá Zamoras zum Staatspräsidenten das genannte zweite republikanische Kabinett zurücktrat und wohl unter der Führung von Azaña, aber ohne den bisherigen radikaldemokratischen Außenminister Lerroux und seinen Parteigenossen, den Verkehrsminister Barrios, wiederkehrte. Spanien ist jetzt eine rein sozialistische Republik, und nicht wenige Anzeichen deuten darauf, daß damit das Ende dieser Entwicklung noch nicht erreicht ist. Vor allem ist es der fortgesetzte Ruf nach den Verantwortlichkeiten, der äußerst bedenklich stimmen muß. Der Stimmung der Straße nachgebend ziehen Untersuchungsausschüsse, die das Parlament eingesetzt hat, die Minister und Generale der Diktatur- und Nachdiktaturzeit zur Verantwortung. Der General, der die beiden Führer des Militäraufstandes von Jaca im Dezember 1930 hat erschießen lassen, wurde des Mordes angeklagt. Der Justizminister des Kabinetts Primo de Rivera wurde zur Verantwortung gezogen, weil er ein neues Strafgesetz eingeführt hatte. Der König selbst wurde in dem offiziellen Ausschußbericht der „Majestätsbeleidigung gegen die Souveränität des Volkes“ beschuldigt, und Zuchthausstrafe gegen ihn beantragt. Das Parlament begnügte sich damit, ihn des Hochverrats schuldig und außerhalb des Gesetzes stehend zu erklären und ihm seinen bisherigen Privatbesitz zu nehmen. Man hat heute vergessen, daß die Diktatur Primo de Riveras, die der König seinerzeit offensichtlich begünstigt hat, anfänglich von einem ansehnlichen Teil des spanischen Volkes als ein Ausweg aus dem parlamentarischen Wirrwarr und der marokkanischen Niederlage begrüßt worden ist. Man bedenkt nicht, daß jede geschichtliche Entwicklungsperiode eines Volkes ihre eigenen Gesetze in sich trägt, und daß die Hauptschuld der heute zur Verantwortung gezogenen Männer darin besteht, nach den Gesetzen der letzten Entwicklungsperiode bis an deren Ende gehandelt zu haben. Das Bestreben ist das gleiche wie das der Entente in Versailles: den Unterlegenen auch zu einem moralisch Minderwertigen zu stempeln, den Sieg damit ethisch zu verbrämen und die erdrückend schweren Maßnahmen gegen ihn zu rechtfertigen. Hier wie dort muß im Unterlegenen irgendwann einmal die offene Auflehnung gegen solche Methoden zum Durchbruch kommen. Aus allen diesen Gründen stehen wir heute nicht am Ende der Entwicklung, die mit dem

12. April d. J. ihren äußeren Anfang genommen hat, wenn auch die Cortes durch die endgültige Annahme der Verfassung am 9. Dezember die Staatsform nominell unter Dach und Fach gebracht haben.

Zwei weitere sehr große Schwierigkeiten sind die statutenmäßige Festlegung des Verhältnisses von Katalonien zum übrigen Spanien und die Agrarreform. Der separatistischen Bestrebungen in den biskayischen Provinzen, die eine klerikal-konservative Grundlage haben, ist das Kabinett Zamora noch im Frühjahr schnell Herr geworden. Aber die Macht des linksdemokratischen Obersten Maciá, des fanatischen Führers der katalonischen Bewegung, hat durch die Wahlen zur Nationalversammlung noch eine überraschend große Vermehrung erfahren. Man ist jetzt dabei, das katalonische Autonomiestatut, das sich natürlich im Rahmen der Verfassung halten muß, zu beraten. Katalonien soll den Titel einer „autonomen Region innerhalb des spanischen Staates“ führen, die Bezeichnung „Autonomer Staat“, die die Katalonen vorgeschlagen hatten, ist von der Mehrheit der Kommission abgelehnt worden. Aber die Hauptfragen des katalonischen Problems, z. B. die Heeres- und die Wirtschaftsfragen, sind noch ungelöst. Übrigens werden der Verfassung entsprechend nun auch die biskayischen Provinzen ein Autonomiestatut erhalten.

In der Agrarreform ist man bisher über erste Anfänge noch nicht hinausgekommen. Sicher läßt die Natur dieses Problem jede Überstürzung unangebracht erscheinen, aber andererseits schreit die trostlose Lage von Millionen von Kleinbauern, Pächtern und Landarbeitern geradezu nach schneller Hilfe. Die Anbaumethoden und -geräte sind oft Jahrtausende alt. Der Großgrundbesitz ist im Süden enorm. Rechnet man den Großgrundbesitz von 100 ha an, so gab es in Spanien bisher 23500 Großgrundbesitzer, denen 67% des Landes gehörten. Ihnen standen, vor allem in Galicien und Asturien, fast 5 Millionen Menschen mit Zwergbetrieben von weniger als 1 ha gegenüber. Die zahlreichen Aufstände dieses Sommers in Andalusien sind Agrarrevolutionen des landlosen Landarbeiterproletariats. Die Verfassung gibt dem Staat „die Möglichkeit, mit dem Privatbesitz die Veränderungen vorzunehmen, die dem öffentlichen Interesse entsprechen, wobei nötigenfalls eine entschädigungslose Enteignung beschlossen werden kann“.

Das Vorgehen des Parlaments gegen die Verantwortlichen des alten Regiments hat bisher also nicht zu einer Beruhigung und Vereinheitlichung der Volksstimmung geführt. Vielmehr sind nicht nur in Sevilla, sondern auch in den meisten anderen großen Städten, voran in Barcelona, Aufstände aufgeflammt. Gefangenenbefreiungen, Generalstreiks, Lahmlegung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, der öffentlichen Verkehrsmittel, ernste Straßengefechte sind an der Tagesordnung. In diesen Unruhen kommt der Kampf der sozialdemokratischen und der syndikalistischen Kräftegruppe um die Macht im Staate zum Ausdruck. Die Aussichten, daß die Fahrt vor dem Abgleiten in den reinen, religionsfeind-

lichen Syndikalismus, wie er sich auch in Mexiko entwickelt hat, gebremst wird, sind nicht günstig.

Durch diese innerpolitischen Vorgänge in Spanien ist das internationale Kräfteverhältnis in Südwesteuropa grundlegend geändert worden. Während Alfons XIII. nach dem Weltkriege in seinem Bestreben, für den Fall eines französisch-italienischen Konflikts unbedingte Neutralität wahren zu können, eine gewisse Anlehnung an England suchte, hat sich die junge Republik auf Frankreich zu orientiert, das den Pesetakurs stützt. Damit hat sich das Kräfteverhältnis im Mittelmeer stark zuungunsten von Italien geändert. Auch das Haager Gutachten über die rechtliche Zulässigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion hat deutlich gezeigt, daß Spanien jetzt im Fahrwasser Frankreichs segelt. Wenn seine Entscheidung im Sinne Frankreichs ausgefallen ist, so ist das durch die Stimme Spaniens geschehen. Diese Lage würde sich aber sofort weiter ändern, sobald Spanien völlig in die syndikalistische Richtung abgleiten würde. Dann würde vermutlich Kurs auf Moskau statt auf Paris genommen werden, und dann könnte es geschehen, daß Frankreich das erstmal in der Geschichte seit 732 voll Sorge gegen Süden blicken müßte! Welche Bedeutung eine solche Veränderung für ganz Europa haben würde, ist heute noch gar nicht auszudenken! Vorläufig ist neben England und Italien Portugal am stärksten durch die Veränderung in Spanien in Mitleidenschaft gezogen. Zwar ist Portugal der Ablösungsbestrebungen Madeiras und der Azoren im vergangenen Frühjahr aus eigener Kraft Herr geworden. Infolge der Bindung seiner Währung an das englische Pfund ist aber das kleine Land, das seine Staatsfinanzen erst vor 2 Jahren mit Anstrengung aller Kräfte in Ordnung gebracht hatte, erneut einer Inflation ausgesetzt. Dadurch ist die Stellung der Diktatur des Generals Carmona, die dem Land seit 1926 einen bescheidenen, aber achtungsgebietenden zivilisatorischen Fortschritt beschert hat, erneut erschwert worden, und es fehlt nicht an Ermunterungen von Spanien her, auch hier die Diktatur zu stürzen. Ein Versuch in dieser Richtung, der nach zahlreichen ähnlichen Unternehmungen der vergangenen Jahre erneut im August 1931 in Lissabon gemacht worden ist, konnte zwar schnell, aber nur mit schweren blutigen Verlusten auf seiten der meuternden Truppe vereitelt werden.

Wenn wir nach den tieferen Gründen der spanischen Ereignisse spüren, so ergibt sich uns das folgende. Der Spanier hat durch viele Jahrhunderte hindurch eine scharf ausgeprägte und eigenartige kulturpsychologische Haltung eingenommen, die in Cervantes' Gestalt des Don Quichote ihre tiefste Erfassung gefunden hat. Die wichtigsten Züge dieser kulturpsychologischen Haltung, in Stichworten angeführt, sind die folgenden: Geringschätzung der Arbeit um des Gelderwerbs willen und daher sehr geringer Grad der sozialen Kastenbildung, Bedürfnislosigkeit und Ritterlichkeit, sehr geringe Bewertung der Zeit, starker Trieb zur Geselligkeit, aber geringe Bedeutung der Frau in der Öffentlichkeit, sehr große Zahl von Analphabeten,

Gewohnheit, auf einer schmalen Tatsachenbasis ein luftiges Gebäude von Gedankenverbindungen zu errichten, sich in eine Welt von Irrealitäten hineinzuträumen, dazwischen schmerzlicher Fatalismus unter der nüchternen Wucht der Tatsachen, sehr hohe Bedeutung der katholischen Glaubenslehre für das Denken und Fühlen des einzelnen, großer Einfluß der Priesterschaft und des Mönchtums, Gastfreundschaft, Mildtätigkeit gegenüber dem Bettler, hohe Bedeutung des Freundschaftsempfindens. Dieser ganze kulturpsychologische Komplex gehört in die Entwicklungsstufe der „Tradition“, wie sie E. Friedrich genannt hat. Ganz unvermittelt ist nun aber in den letzten Jahrzehnten eine ganz andere kulturpsychologische Haltung nach Spanien hereingetragen worden. Es ist die, welche sich auf Naturwissenschaft, Technik und Kapital gründet. Ihre für Spanien wichtigsten Züge sind: Ablehnung aller irrationalen Motive im Wirtschaften, Anbetung von Geld und Geldeswert durch alle, aber Bereicherung nur einzelner und daher sehr starke soziale Spannungen, Ausnützung der Zeit bis zum äußersten, und daher Unrast, innere Unausgeglichenheit und Unzufriedenheit. Diese beiden Welten sind in Spanien unvermittelt aufeinandergestoßen, die Gegensätzlichkeiten, die die zweite ohnehin in sich trägt, sind ins Gigantische dadurch gestiegen, daß sie ohne jeden mildernden Übergang neben die Erscheinungen der ersten getreten sind. Auf der Grundlage der traditionellen Kulturpsychologie ist heute kein schneller zivilisatorischer Fortschritt, keine Eroberung äußerer Macht mehr möglich. Der Niedergang Spaniens als Kolonial- und Großmacht ist letzten Endes die Folge des starren Festhaltens des Volksganzen an der traditionellen Einstellung der geschilderten Art. Das Volk, dem aus der Zeit politischer Größe ein empfindlicher Nationalstolz geblieben ist, schob die Schuld am Niedergang ausschließlich seinen Führern zu. Sicher war es ein Fehler dieser Führer, daß sie die Gefahr, die sich aus dem Zusammenprall jener beiden verschiedenen Welten ergeben mußte, nicht erkannten und durch zielsichere Reformen rechtzeitig für einen Ausgleich sorgten. Die Diktatur Primo de Riveras war eine letzte Gelegenheit, das Versäumte energisch nachzuholen und jene beiden Welten zu einer organischen Synthese zu führen. Primo hat in einigen Großstädten, besonders in Madrid und Barcelona, einen äußeren Scheinglanz hervorgezaubert, aber für die organische Entwicklung des Landes als eines Ganzen hatte er offenbar wenig Verständnis. Die Krise kam äußerlich zum Ausbruch, sobald die Konjunkturbüte der Industrie im allgemeinen Weltwirtschaftselend erstickt war. Es erscheint mir jedoch recht fraglich, ob die Männer, die heute nach den Verantwortlichkeiten suchen, die Souveränität des Volkes anbeten und das alte Spanien mit Stumpf und Stiel beseitigen möchten (unbegrenztes Frauenstimmrecht, leichte Scheidungsmöglichkeit usw.), die wahre Aufgabe spanischen Führertums besser erkannt haben als er. Die portugiesische Diktatur ist viel bescheidener aufgetreten als die spanische. Zugleich sind in Portugal die sozialen Gegensätze wesentlich schwächer, die kulturpsychologische Struktur ist einheitlicher geblieben. Wenn keine Stö-

rungen von außen her erfolgen, besitzt damit Portugal trotz der Dutzende von Kleinrevolutionen — bei denen es gar nicht um Weltanschauungen geht — eher die Möglichkeit einer ruhigen Kulturentwicklung als Spanien.

Wenn man die Ereignisse in Spanien so faßt, wie es hier soeben geschehen ist, drängt sich der Vergleich mit Rußland geradezu auf. Vielleicht nicht mit Unrecht — wenn auch zwischen Syndikalismus und Kommunismus Unterschiede bestehen — hat man das Sommerhalbjahr 1931, in dem das Kabinett Alcalá Zamora regierte, das Kerenski-Stadium der spanischen Revolution genannt. Für den Geographen ist diese Parallelität der Entwicklung kein Zufall. Spanien und Rußland sind die beiden Flügelstaaten Europas, die den Übergang zu je einem anderen Erdteil vermitteln und von den Kerngebieten Europas durch physische Hindernisse — ein Hochgebirge hier, ungeheure Entfernungen dort — getrennt werden. In Natur wie Kultur bergen sie Wesenszüge dieses Nachbarerdtails in sich. Tatareneinfall und Araberherrschaft waren nur die bisher letzten kulturgeschichtlichen Ereignisse, mit denen jene fremden Erdteile die kulturpsychologische Struktur der europäischen Flügelländer beeinflußt haben. Vor ihnen stehen zahlreiche andere Ereignisse gleicher Art, die rückwärts im Dunkel der Vorgeschichte verschwinden. Neben der in Spanien sehr ungern gehörten französischen Auffassung, daß gleich hinter den Pyrenäen Afrika anfangt, steht Napoleons Ausspruch: „Kratzt am Russen, und der Tatar kommt zum Vorschein.“ Die kulturpsychologische Einstellung der Tradition, die bis vor wenigen Jahrhunderten ganz Europa beherrschte, hat in den beiden Flügelländern je eine Ausprägung ganz spezifischer Eigenart erhalten, die dem Eindringen der neuen Einstellung, wie sie Großkapitalbildung, Naturwissenschaft und Technik im Gefolge hatten, am längsten widerstanden hat. Um so wichtiger ist daher der unter unseren Augen sich vollziehende Zusammenprall.

ERNST RÜDENBERG:

Die politischen Mächte Chinas

Chinesische Mächte

I

Sub specie historiae handelt es sich in den chinesischen Bürgerkriegen nicht um die persönlichen Machtinteressen eines oder mehrerer Generale, sondern um den langwierigen Kristallisationsprozeß einer neuen Produktions- und Gesellschaftsordnung. Von dieser Voraussetzung aus zerfällt China im gegenwärtigen Moment innerpolitisch in fünf Machtgruppen. Erstens: die Verteidiger der alten, landwirtschaftlich-binnenländisch orientierten Wirtschaftsweise, mit Yen Shi-san, Feng Yu-hsiang als Führern, deren Macht sich in den ehemals wirtschaftlich und politisch entscheidenden Provinzen Chihli, Shansi, Ostzechuan, Honan konzentriert**). Zweitens: Chang Hsueh-liang, Marschall von Mukden, als Nutznießer einer international verflochtenen Agrarwirtschaft, die sich für die Mandschurei von größtem Nutzen erwiesen hat. Drittens: die Vertreter der mit ausländischen Interessen eng verknüpften frühkapitalistischen Finanz- und Kaufmannsschicht in den Küstenstädten, die eine gemäßigte freiheitliche Außen- und Innenpolitik unterstützen, einen allmählichen Aufbau der Industrie auf streng kapitalistischer Basis verlangen. Zu Exponenten dieser Kreise sind immer mehr Chiang Kai-shek und T. V. Soong, die beiden Hauptrepräsentanten der Nankingregierung geworden. Viertens: die Vertreter der von der bisherigen kapitalistischen Entwicklung ausgeschlossenen südchinesischen Industrien, die in Kanton zentralisierten Gewerkschaftsorganisationen***), die Generale der Kwantung- und Kwangsi-Partei. Die politische Plattform dieser wenig einheitlichen Gruppe ist die sog. Linkskuomintang; ihr militärischer Vertrauensmann der außerordentlich befähigte General der „Ironsides“, Chang Fa-kwei. Fünftens: die Kommunisten†).

Wir wiederholen ††), daß es noch bis in die 1920er Jahre hinein, dem europä-

*) Die Arbeit wurde vor dem japanisch-chinesischen Konflikt abgeschlossen.

**) „The Plain“: „is Old-China in all senses as to customs and tradition, both social and agricultural“. (Nyhus in Foreign Crops & Markets, Washington, 25. Mai 1931.)

***) 1928 war die Mitgliederzahl der Gewerkschaften ca. 2 Millionen — davon 1,4 Millionen in der Provinz Kwantung — gegen ca. 3 Millionen Mitglieder 1927.

†) Vgl. unten S. 26/37. — Vgl. Amann: Der Kommunismus in China (Z. f. Geopolitik, 1931, Heft 8); ferner u. a. von Sowjetseite: L. Magyar: Die chinesische Revolution auf dem Wege zum Siege aus „Roter Aufbau“, 1931, Heft 7.

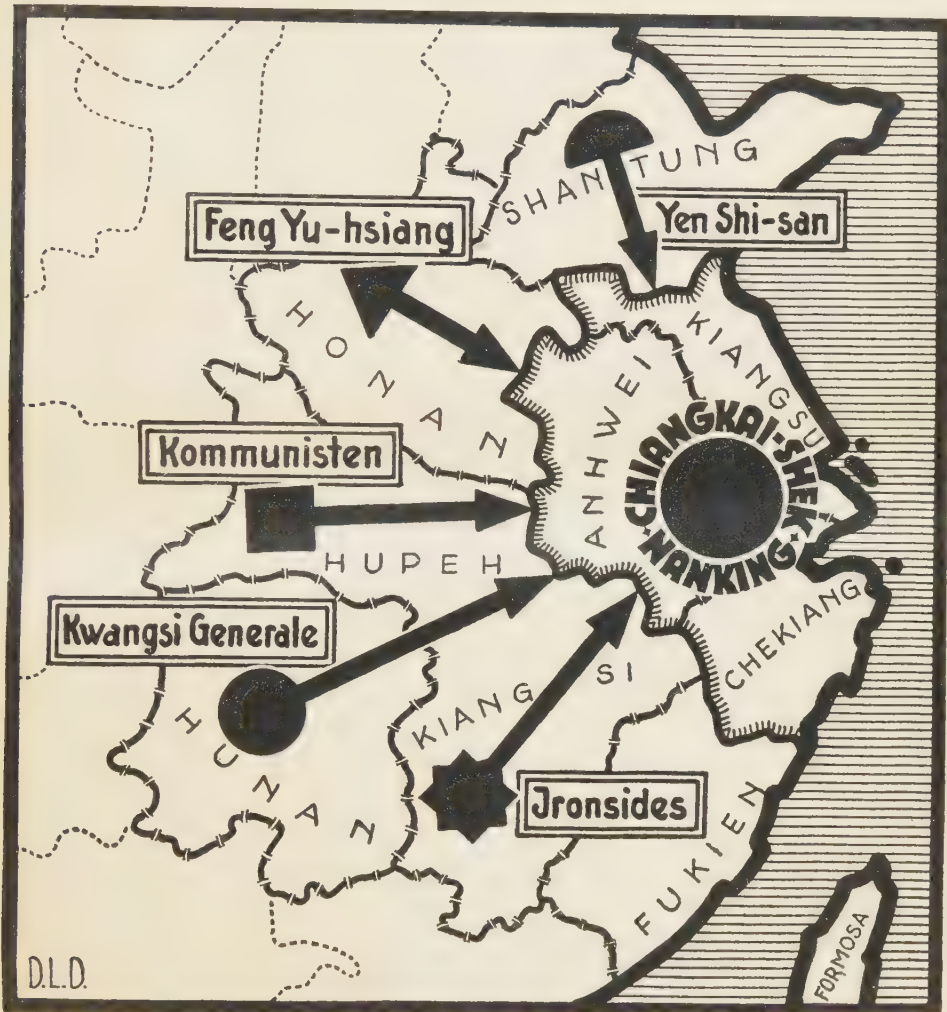
††) Vgl. oben Z. f. G. 1931, J. 11, S. 818.

ischen Beobachter scheinbar genügen konnte, mit Hilfe eines konstruierten Mächteschemas die chinesischen Vorgänge zu verstehen. Chang Tso-lin, der Freund Japans, Wu Pei-fu, der Freund Englands; Feng Yu-hsiang, dessen gute Beziehungen zu Sowjetrußland ebensooft behauptet wie bestritten wurden. Diesen drei Rivalen der Vorkuomintangherrschaft war gemeinsam, daß sich ihre Macht auf Schichten der traditionellen, weltabgeschlossenen Gesellschaftsordnung stützte, in denen erst teilweise und allmählich sich gewisse Umwandlungen auf Grund der von der Küste her eindringenden Wirtschaftsweise anbahnten. Daß die nationale Bewegung vom Si-kiang- und nicht vom Yangtzedelta ausging, hat einen mehr politischen, daß sie ihr Zentrum heute mehr in Mittelchina hat (hatte?), einen vorwiegend wirtschaftlich-geographischen Grund. Die Katastrophe im südchinesischen Seiden- und Teehandel revolutionierte die Kantoner Kaufmannschaft, während zu jener Zeit die Zwischenhandelsprofite der englisch-europäischen Im- und Exporthäuser noch ungeschmälert waren. Das Kantoner Handelskapital erstrebte die Vernichtung Hongkongs, um das Außenhandelsgeschäft in eigene Regie zu übernehmen. Der politische Druck, der von Hongkong als ältestem und europäisch-mächtigstem Stützpunkt Englands ausging, war zunächst am stärksten.

Shanghais beherrschende Rolle ist erst jüngeren Datums. Für seine Entwicklung ist der Einfluß von chinesischem Kapital nicht fortzudenken. Heute dürfte wohl der größere Teil des „International Settlement“ und der „French Concession“ wieder in chinesischem Besitz sein, obwohl streng juristisch die exterritoriale Stadtverfassung Chinesen den Erwerb von Grundstücken verbietet. Während sie, um sich in den auswärtigen Handel des Südens einzuschalten, eine neue Stadt — Kanton — entwickeln mußten, zwang in Shanghai das Zusammenleben auf einem Raum In- wie Ausländer zu einer, wenn auch noch so schwierigen Zusammenarbeit. Der Rassenunterschied wirkte sich demgemäß in Shanghai weniger scharf als in Kanton aus. Die ökonomischen Möglichkeiten beim Übergang zu kapitalistischen Handelsmethoden waren für Shanghai bei der günstigeren natürlichen Verkehrslage zu den Binnenprovinzen größer; und je mehr sich diese auf den Exportbedarf einrichteten, wuchs seine Stellung als führender Umschlagsplatz gegenüber Hongkong-Kanton. So kam es, daß der Siegeszug der Kuomintang, des chinesischen Saint-Simonismus *), zunächst in Shanghai endete und hier sein für die vergangenen Jahre machtpolitisch wirksames Gepräge erhielt. Peking wurde erst 1928 durch die damals im Bündnis mit Nanking stehenden Shansitruppen unter General Yen Shi-san eingenommen, ohne den die Besiegung des mandschurischen Heeres

*) Der Saint-Simonismus in Frankreich war die erste kapitalistische Ideologie des europäischen Kontinents. Seine Schüler gründeten 1846 u. a. die „Société du Canal de Suez“, eine internationale Gesellschaft, der für Frankreich Enfantin, Ferdinand de Lesseps usw. angehörten. Die Entwicklung von der sozialen Lehre St. Simons zur internationalen Industrie- und Finanzpartei zeigt sehr weitgehende Parallelen zur Geschichte der Kuomintang von Sun Yat-sen zu T. V. Soong.

Chang Tso-lins (Chang, des Vaters) nicht möglich gewesen wäre. Die so oft mit umgekehrten Vorzeichen eintretenden Wiederholungen der Weltgeschichte führten im Herbst 1930 dazu, daß die mandschurischen Truppen Chang Hsueh-liangs



Anm. zur Karte. Chiang Kai-sheks verzweifelte Lage im Sommer 1930. — Die feindlichen Heere drangen zunächst alle siegreich in der Richtung der „Pfeile“ vor. Die Hauptgefahren drohten durch Feng Yu-hsiang und durch die Vereinigung der Kwangsi- und Ironsides-Truppen. Im Frühherbst eroberten die Kommunisten beinahe Hankow. Einnahme Changshas.

(Chang, des Sohnes) die Truppen Yen Shi-sans wieder aus Peking vertrieben und dadurch Chiang Kai-shek militärisch außerordentlich entlasteten. In den früheren Bürgerkriegen war Chiang der Angreifer, die nationale Bewegung eroberte China,

im Bürgerkrieg 1929/30 hatte sich die Nankingregierung zum erstenmal auf Leben und Tod zu verteidigen.

Gegen Chiang Kai-shek vereinigten sich fast alle übrigen Kräfte Chinas, wenn auch nur zu dem negativen Ziel, den „Commander-in-Chief“ zu stürzen. Nicht einmal in den Stammprovinzen Chekiang, Kiangsu und Anhwei war die Stimmung einheitlich für ihn. Yen Shi-san, Feng Yueh-siang, die Überbleibsel der Chihli- und Anfu-Partei — Wang Ching-wei, die Ironsides, die Kwangsi-Gruppe — die Provinzen Shansi, Shensi, Kansu (Yen Sphäre), Szechuan, Honan (Feng Sphäre), Kwantung, Kwangsi, Kweichow, Yunnan, sie alle traten gegen Nanking in Front.

II

Sub specie historiae handelte es sich 1929/30 um den Aufstand des Binnenlandes gegen die Küste, der alten rein landwirtschaftlichen Produktionsordnung gegen die westlich-industrialistische. In diesem Kampf konnte sich Chiang Kai-shek noch auf eine breite Basis der Kuomintang stützen, da er als Verteidiger der Revolution erschien.

Yen Shi-san galt in erster Linie als Mann des Friedens. Der „Muster-gouverneur“, der seit 1916 Shansi verwaltete, erfreute sich großer Popularität bei den chinesischen Mittelklassen, weil er im Gegensatz zu den meisten Machthabern bestrebt war, die Lebensbedingungen aller sozialen Schichten seiner Provinz zu verbessern. Er bezichtigte Chiang, für die eingetretene Regierungskorruption persönlich verantwortlich zu sein, nur für die Interessen der „Shanghai Gold & Stock Exchange“ Gambler zu regieren. Tatsache ist, daß durch die zunehmende Unsicherheit im Binnenlande allmählich fast die gesamten Silbervorräte der Yangtze-provinzen in die Keller der Shanghai Banken gewandert waren. Der ohnehin schon leidenschaftliche Spieltrieb des Chinesen rief im Zusammenhang mit der anhaltenden Silberbaisse eine gewissenlose Börsen- und Finanzspekulation (große Baisse-Engagements) hervor, die den Vergleich mit ähnlichen europäischen Ereignissen durchaus nicht zu scheuen brauchen. Je mehr aber Chiang zur Führung neuer Kriege Geld und nochmals Geld benötigte, sein Finanzminister Soong es beschaffen mußte, in um so größere Abhängigkeit geriet die Regierung von den Shanghaiern Finanziers. Entbehrten die Vorwürfe Yens somit nicht moralischer Berechtigung, so waren sie nichtsdestoweniger, historisch betrachtet, beschränkt. Er übersah, daß die Kommerzialisierung, die Reform von Gesetzgebung^{*)} und Sittenordnung nach europäischem Vorbild geschichtlich notwendig

*) „Es ergibt sich daher das ungewöhnliche Schauspiel, daß entgegen sonstiger historischer Erfahrung die Gesetzgebung Chinas nicht den wirtschaftlichen Bedürfnissen nachhinkt, sondern den tatsächlichen Belangen der altertümlich geschlossenen Wirtschaftsstruktur weit vorausleilt.“ (Aus: W. Vogel, Syndikus der deutschen Handelskammer in Shanghai: Zur modernen Gesetzgebung Chinas, Ostasiatische Rundschau vom 1. 4. 31.)

war. Er begriff nicht, daß auch er als Chef der Nankinger Nationalregierung keine wesentlich andere Politik als Chiang hätte treiben können. Die vielberedete Rückverlegung der Hauptstadt nach Peking ist u. W. von ihm selbst nie ernst genommen. Nanking kann Regierungssitz sein, weil es in der unmittelbaren Nähe Shanghais liegt, ebenso wie Washington in der Nähe New Yorks, wie Frankreich und Preußen zeitweilig von Versailles und Potsdam regiert worden sind. Peking aber, wenige Stunden von der Wüste Gobi entfernt, wohl das eigenartigste und interessanteste (Garten-) Dorf der Welt, kann nie die Metropole eines modernen industriellen Chinas sein. Oder Tientsin müßte die wirtschaftliche Position Shanghais an sich reißen; doch dafür gibt es bisher keine Anhaltspunkte. Der chinesische Bürger erhoffte von Yen, daß mit seiner Präsidentschaft die Vorherrschaft der Bankiers gebrochen, daß endlich der Bürgerkrieg aufhören würde, während Chiang eine Strafexpedition nach der anderen unternahm. So war Yen zum Repräsentanten aller der Bevölkerungsschichten und Intellektuellenkreise geworden, die das Ausmaß der Industrialisierung und Reformierung auf das unvermeidlichste Minimum beschränkt sehen wollten. Insofern war Yens Haltung fraglos reaktionär und seine guten Beziehungen zu vorrevolutionären Staatsmännern gegeben. Eine solche Politik entsprach den augenblicklichen Interessen seiner Provinzen.

Feng Yu-hsiang, der den Verlust seiner Macht nach der letzten fehlgeschlagenen Empörung trotz der ihm angeblich bezahlten 3 Millionen USA.-Dollars nicht verschmerzen konnte, sah im populären Mustergouverneur Yen den geeigneten Strohmann für seine Pläne. Feng, ohne Yen, war der ewig sphinxhafte Störenfried, für den seine Soldaten durchs Feuer gingen, dem die Politiker und Militärs mißtrauten, den die Bauern fürchteten. Feng, als Verbündeter und Freund Yens, wurde zum Feldherrn der einfachen rechtlichen Lebensführung gegen den Luxus und die Korruption des europäisierten Nanking. Fengs eigenartige Charaktermischung altchinesischer Einfachheit (oft pittoresk von ihm übertrieben), dabei ausgeprägtesten Aufnahmevermögens neuer Konstellationen und Ideen, ähnelt (ohne milieu-theoretischen Nebensinn) in mancherlei dem Übergangsstadium der früher von ihm beherrschten Binnenprovinzen, deren Händlerschaft den Nutzen aus einem vermehrten Übersee-Export gern mitnehmen will, aber noch starr an den traditionellen Gebräuchen in Produktion und Sitte festhält.

Chang Hsueh-liang, Marschall von Mukden, griff erst in dem Augenblick aktiv in den Kampf ein, als der Sieg Chiangs und die Machterweiterung Nankings bis zur mandschurischen Grenze möglich erschien. Einen vollständigen Sieg von Nordkoalition oder Nationalregierung gebot das mandschurische Interesse zu verhindern. Die Mandschurei ist dem politischen Zugriff Japans und Rußlands (wie im Falle des russischen Einmarsches in das Harbin-Gebiet anlässlich des CER.-Streites) relativ wehrlos ausgesetzt. Seinen Machthabern kann daher ebensowenig außenpolitisch an einer Überspitzung des Nationalismus, noch innerpolitisch an

einer einseitigen industriellen Entwicklung der YangtzeProvinzen gelegen sein. In einem lokal-bäuerlichen China fällt dem „Internationalen Agrarstaat Mandschurei“ die Reichsführung zu, in einem von Mittelchina aus industrialisiertem China kann er auf die Dauer nur eine seiner tatsächlichen Entwicklung gemäße, provinziellere Bedeutung behaupten. Zu dieser Überlegung tritt die durch die Herrschaft der Mandschus und Chang Tso-lins nachwirkende persönliche und administrielle Verbundenheit zwischen Mukden und Peking hinzu. Es war also durchaus verständlich, wenn die meisten Politiker am Hof zu Mukden das militärische Eingreifen ihres Chefs auf seiten Yens und Fengs gegen Chiang forderten.

Chang ist, soweit sich bisher beurteilen läßt, eine ausgesprochen modern-selbständige, intellektuell-politische Persönlichkeit. Mehr klug abwartend, als draufgängerisch angreifend, in der Durchführung seiner Entschlüsse außerordentlich zäh. Diese Eigenschaften verstärkten sich im Kampf gegen frühe und häufige Krankheiten. Zwar Sohn, aber nicht Fortsetzer der Politik Chang Tso-lins, entschied er gegen die Ratgeber, die alten Minister seines Vaters. Er verzichtete auf den Ruhm, im Bunde mit der Nordkoalition als Triumphator in Nanking und Shanghai einzuziehen und verstand die Ziele einer weiterblickenden mandschurischen dem großen Rahmen nationaler chinesischer Politik einzuordnen (nicht unterzuordnen). Rivalität und Differenzen mit Chiang Kai-shek trübten nicht seine Erkenntnis, daß auf Grund der ökonomisch-industriellen Entwicklung des unteren Yangtzegebietes den Küstenprovinzen Mittel- und Südchinas eine führende wirtschaftliche und politische Rolle notwendig zukommt, daß selbst nach dem Sturz Chiang Kai-sheks eine nationale Zentralregierung weder von Mukden noch von Peking aus über Shanghai, Hankow, Kanton herrschen kann, daß statt Beseitigung des Unruheherdes dieser nur verstärkt die nationalliberale Bourgeoisie zum Bündnis mit der kommunistischen Bewegung hätte treiben müssen.

Chang wählte sich den für die mandschurischen Interessen geeignetsten Moment zum bewaffneten Eingreifen aus, der erstens die Mandschurei zum Hauptnutznießer der für chinesische Begriffe an Geld und Blut ungeheuer kostspieligen*) Remispartie zwischen Nord- und Mittelostchina machte, zweitens nach außen hin die Loyalität gegen die offizielle Nationalregierung wahrte und drittens ihn persönlich mit der Glorie des Friedensfürsten umgab. Er benutzte den ihm bereits im Frühjahr 1930 hingeworfenen Köder der Nankingregierung, das Amt des „Vice-Commander-in-Chief“ tatsächlich zu übernehmen, und marschierte Mitte September mit 120000 Mann nach Tientsin und Peking. Der Rückzug der Truppen Yens vollzog sich in mustergültiger Ordnung. Es müssen freundschaftliche Vereinbarungen zwischen Yen und Chang bestanden haben, die Yen zur sofortigen Räumung

*) Eine unverbindliche Schätzung bezifferte die täglichen Kriegskosten Nankings auf 2 Millionen Mex. Dollars.

Chihlis verpflichteten, ihm aber eine Schonfrist zur Rückführung seiner Truppen nach Shansi garantierten.

Das Eingreifen des mandschurischen Marschalls gerade zu diesem Zeitpunkt wurde in Nanking mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Manche voreiligen Stimmen sprachen von einem feindlichen Akte Chang Hsueh-liangs, den dieser unter der Maske des Retters vornehme. Chiang aber, der genau wußte, daß er weder militärisch noch finanziell gegen irgendeinen alten oder neuen Feind weiterkämpfen könne und dessen Sieg über Yen im August mehr der völligen Erschöpfung seines Gegners als der eigenen Stärke zuzuschreiben gewesen war (Feng ist militärisch überhaupt nicht zusammengebrochen, nur politisch), richtete an Chang eine offizielle Adresse, um ihm die Freude der Nation und den Dank der Regierung für seine Friedensintervention auszusprechen. Als Resultat des zwischen Yen, Feng und Chiang geführten Bürgerkrieges erschien somit gegen Jahresende der untere Lauf des Hwang-Ho für längeren Zeitraum als Grenze zwischen dem von Nanking kontrolliertem Mittel- und Südchina und dem von Mukden kontrollierten Nordchina: die Machtteilung zwischen Chiang und Chang.

III

Sub specie historiae bedeutet die Kantonregierung von 1931 den Emanzipationsversuch des chinesischen Industrie- vom Finanz- und Handelskapital. Geld verleihen, Börsengeschäfte tätigen, Abladungsorders in Rohwaren ausführen kann man ohne grundlegende Verkehrsneuerungen. Das Leihkapital als solches hat kein Interesse an Eisenbahnen und Kanälen. Das Handelskapital braucht sie nur mittelbar in mäßigem Umfang. Das moderne Finanzkapital aber wird in bezug auf seine Verwertungsmöglichkeiten immer abhängiger von der Industrie. Einmal vorhanden, hemmen und stoßen sich beide gegenseitig voran. Die allgemein gegen Jahresende erwartete Befriedigung des Reiches unter Chiang-Chang konnte sich durch die eintretende Verschärfung der Weltkrise nicht auswirken. Die Hoffnung auf Silbervalorisierung durch anglo-amerikanisch-asiatische Konvention erwies sich als trügerisch. Sinkende Einnahmen der Seezollämter infolge Außenhandelsschrumpfung treffen die Nankingregierung um so härter, da nur der Überschuß aus den nach Abzug der dem Ausland verpfändeten Beträge China zusteht. Aber auch ein großer Teil inländischer Anleihen ist auf Seezöllen basiert, und zwar in der Voraussetzung weiteren Wachstums. Hinzu kommt, daß die Tientsinzölle seit dem Eingreifen Changs nach Mukden, die Südchinazölle seit einigen Monaten nach Kanton fließen. Und Wallstreet, das in den letzten Jahren so weitherzig und ritterlich half, liegt 1931 wieder durch einen großen Ozean von Asien getrennt. Als Gegenleistung für die Überlassung Nordchinas an Chang hatte dieser Nanking völlig freie Hand für den Feldzug nach Süden gegeben. Ein siegreicher Feldzug gegen die Kommunisten in Kiangsi, Fukien, Hunan und Hupeh hätte Nankings Machtbereich automatisch

bis Kanton ausgedehnt. Im Frühjahr fehlte Chiang das Geld zur Kriegführung; im Sommer schuf die Natur eine „neutrale Zone“, den trennenden Wassergürtel zwischen Nanking, Kanton und Kommunisten. Das Ausbleiben der vom Bündnis Chiang-Chang erwarteten Reichsbefriedigung ließ die Schattenseiten um so schärfer hervortreten. Nanking hatte so stark mit der Reaktion paktieren müssen, daß es zur Führung der industriellen Revolution nicht länger befähigt erschien. Die letzte Hoffnung auf eine Distanzierung Chiangs von der Shanghaier Finanz war damit erloschen. In diesem Augenblick vollzog sich auch nach außen der schon längst vorhandene innere Bruch zwischen Generalissimus und Partei.

Den skeptischen Beurteilern der neuen Bundesgenossenschaft zum Trotz schlossen Chiang und Chang dem Volke sichtbar Ende des Jahres ein herzliches Freundschaftsverhältnis. Mitte November 1930 traf der Mukden-Marschall mit Frau und Bruder in Nanking ein und es gab rührende Bilderchen mit Mrs. und Mr. Chiang und Mrs. und Mr. Chang zu sehen. Die innerpolitischen Vereinbarungen aber, die die beiden Machthaber eingingen, waren recht sachlicher Natur. Chiang wurde zwar der Schein des nationalen Siegers belassen, die Forderungen jedoch, die er annehmen mußte, kamen der Brechung der Kuomintangherrschaft gleich. Umgestaltung der Regierung (das Innenministerium fiel an Mukden), Sprengung der Ein-Partei-Herrschaft, Überweisung der Mukden versprochenen Feldzugkosten, Überlassung der Tientsinzölle und von Einnahmen aus gewissen Steuern und Eisenbahnlinien an die Mandschurei. Die Kuomintangorganisationen, die bis dahin in der Mandschurei verboten gewesen waren, wurden nunmehr zugelassen und Chang forderte sogar sein Offizierkorps zum Eintritt auf. Diese offizielle Anerkennung im Norden sollte beweisen, daß die revolutionäre Kuomintang bereits der Geschichte angehöre. Zum 5. Mai wurde die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung*) verfügt, die formell die privaten Abmachungen der beiden Generale bestätigen und de facto die Parteikontrolle beseitigen sollte**). Parteikongresse hatten 1924, 1926, 1929 stattgefunden. Nach russischem Vorbild bestanden nach der bisherigen Verfassung drei Institutionen: das Zentralexekutivkomitee, der zentralpolitische Rat, die Nationalregierung. Auf der Nationalversamm-

*) Es sollten 520 Abgeordnete gewählt werden; 450 von den Provinzen, 22 von bestimmten Städten; 12 von der Mongolei; 10 von Tibet; 26 von den Auslandsorganisationen; davon hatten Kiangsu, Shantung, Hunan, Kwantung, Hupeh, Szechwan je 30 Abgeordnete zu wählen: Shanghai, Nanking, Peking, Tientsin, Hankow, Kanton 3; Harbin, Tsingtau 1. — Die Mandschurei insgesamt 25 (Fengtien 10, Kirin und Heilungkiang je 5). Wahlberechtigt waren Handelskammern, Industrieorganisationen, Arbeiterverbände, Bauernvereinigungen, Unterrichtsorgane (Universitäten usw.). — Ca. 475 Abgeordnete traten am 5. Mai zusammen.

**) Abschnitt 32 der Yueh-Fa (Vorläufige Verfassung): „Die Nationalregierung soll die fünf Staatsgewalten, nämlich Vollzug, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Prüfung und Aufsicht ausüben.“ — Abschnitt 74: „Die Präsidenten der fünf Yuan und die Leiter der verschiedenen Ministerien und Kommissionen werden ernannt und entlassen, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, von der Nationalregierung auf Initiative des Präsidenten der Nationalregierung.“

lung sollte nunmehr ein neuer Verfassungsentwurf vorgelegt werden, der die Prinzipien Sun Yat-sens über eine fünfjährige Dauer der Parteidiktatur verließ und statt dessen ein „Komiteesystem“ vorschlug. Obwohl die Zusammensetzung der Nationalversammlung fast nur aus Anhängern der Chiang- und Chang-Partei bestand — die kleine gewählte Opposition blieb meist fern —, hatte die kurz vorher erfolgte Verhaftung Hu Han-mins, des Präsidenten des Zentralexekutivkomitees, einen solchen Skandal hervorgerufen, daß einer der ersten Beschlüsse die Anwesenheit des Verbannten forderte*). Die beiden Marschälle mußten feststellen, daß sie der öffentlichen Meinung zuviel zugemutet hatten, so daß Chiangs Gruppe darauf verzichtete, ihn zum Tsung Tung**) proklamieren zu lassen. Der schwerste Schlag für Nanking aber war die Flucht des Verkehrsministers Sun Fos, des Sohnes Sun Yat-sens, und engbefreundeten Mitarbeiters Hu Han-mins, nach Shanghai und von dort zur Mitübernahme der Gegenregierung nach Kanton. Das bedeutete für die Nankingregierung einen unersetzlichen Prestigeverlust und ihre Mitglieder setzten sich jetzt tatsächlich nur noch aus der „zweiten Soongdynastie“***) zusammen, wie sie schon seit geraumer Zeit im Shanghaier Volksmund heißt.

Mrs. Soong († 1931), „the mother-in-law of the Republic“, war die bekannteste Frau Chinas. Ihr erster Schwiegersohn war Sun Yat-sen; Chiang Kai-shek heiratete, um seine Stellung zu befestigen, in zweiter Ehe die zweite Tochter, und H. H. Kung, der dritte Schwiegersohn, ist Nankings Handelsminister. Die außer Chiang interessanteste Persönlichkeit der „Soongdynastie“ aber ist ihr Sohn, Minister of Finance.

T. V. Soong wurde im Laufe der Jahre nicht nur zum Vertrauensmann der Shanghaier Finanz im Ministerium, ihn dürfte auch weitgehend die Verantwortung für die innerpolitischen Aktionen seines Schwagers und für den Kurswechsel von der sozialistisch-kommunistischen Tradition Sun Yat-sens zu einer hundert Prozent kapitalistisch-antibolschewistischen treffen. Aus diesen Gründen genießt Soong das uneingeschränkte Vertrauen des amerikanisch-europäischen Handelskapitals. Daß er trotz immer wieder verbreiteter Rücktrittsforderungen, sowohl (früher) Chang Hsueh-liangs (der die wachsende Finanzkonzentration in Nanking verhindern wollte) als aus linken Parteikreisen, seinen Posten behalten, seinen Einfluß verstärken konnte, wäre ohne amerikanische Unterstützung kaum möglich gewesen. Während Chiangs Abwesenheit aus Nanking bei den zahlreichen Feldzügen stattete dieser ihn mit wachsenden diktatorischen Vollmachten aus. Nach dem Austritt Sun Fos, dem Tode von Mrs. Soong kann die Nankingregierung sich nicht mehr auf eine

*) Hu Han-min, Präsident des Zentralexekutivkomitees und der „Legislative Yuan“, hochangesehener Führer der Rechtskuomintang, wurde von Chiang Kai-shek am 28. Februar 1931 vor einem Dinner, daß Chiang dem ZEK. gab, in dessen Haus verhaftet. Chiang rechnete damit, daß Hu seine Zustimmung zum Entwurf „der Vorläufigen Verfassung“ nicht geben würde.

**) „Tsung Tung“ bedeutet „Präsident der Republik“. Chiangs bisheriger Titel lautet: „Präsident der Nationalregierung.“

***) Die alte Soongdynastie herrschte von 960–1277 n. Chr. Geburt.

Blutsverbindung mit dem eigenen Nationalheros berufen. Die Witwe*) des Parteigründers hat bereits immer in Opposition gestanden; nun auch der Sohn.

Die jetzige Kantonregierung**) setzt sich aus dem rechten (Sun-Fo, Wang Chung-hui) und linken (Wang Ching-wei, Eugen Chen) Kuomin-Flügel zusammen.

Eugen Chen war der erste Außenminister der 1926/27 gegründeten und bald darauf zusammengebrochenen ersten Kuomintangregierung in Hankow und Nanking. Nach Chiangs Bruch mit Rußland floh er mit Borodin und der Witwe Sun Yat-sens nach Moskau. Er kehrte erst im Frühjahr aus dem Ausland nach China zurück. Wang Ching-wei, der im vorigen Jahr ebenso rührig wie vergeblich gegen Nanking operierte und die Südgruppen zum Bündnis mit Yen Shi-san und Feng Yu-hsiang veranlaßte, ist der anerkannte Führer der „Reorganization Party“ (Links-kuomintang), die seit Einrichtung des Chiang-Regimes 1928 in heftiger Opposition zur Shanghaier Finanz gestanden hat. Ende 1929 wurde Wang offiziell aus der Partei ausgeschlossen. Er gilt in seinem Kreis als wahrer Hüter des (innerpolitischen) Sun Yat-sen Grals. Daher war Feng und Yen außer an der militärischen an einer politischen Verständigung mit ihm viel gelegen. Jedes Bündnis aber zwischen Nord- und Südkoalition kann nicht mehr als ein „Mittel zum Zweck“, Chiang zu stürzen, sein.

Das innerpolitische Programm Kantons erstrebt eine demokratischere Verfassung. Man darf sich durch den Ausdruck Parteidiktatur nicht täuschen lassen. Diese bedeutet eine Alleinherrschaft der Partei auf fünf Jahre (wobei die Parteibeschlüsse auf streng demokratische Weise erfolgen sollen), in der das chinesische Volk zur politischen Mitarbeit erzogen werden soll, um dann auf Grund eines allgemeinen und geheimen Wahlrechts einen Reichstag zu wählen. Das von Chiang-Chang beabsichtigte „Komiteesystem“ bedeutet die verfassungsmäßig verankerte, nicht begrenzte Verlängerung eines Direktorialzustandes, der beschließende, vollziehende und kontrollierende Gewalt in die Hände der Familien Chiang und Chang legt.

Eine Wiedervereinigung, zumindestens der Kantoner Rechtskuomintang mit Nanking, wird hinter den Kulissen von einflußreichen Parteimitgliedern fieberhaft betrieben. Die Verhinderung militärischer Auseinandersetzungen durch die Wasserkatastrophe hat diese Versuche noch belebt. Sie dürfte eintreten, wenn Kanton ausreichende Garantien über den innerpolitischen Kurs und über intensivere Indu-

*) Mrs. Sun Yat-sen hat erst vor wenigen Monaten, anlässlich der Beerdigung ihrer Mutter, wieder chinesischen Boden betreten. Sie verneint bisher, irgendeine politische Rolle spielen zu wollen. Sie hielt sich vorher in Berlin auf, wo sie freundschaftliche Beziehungen zu linksradikalen und kommunistischen Kreisen unterhielt.

**) Nach einer Publikation Sun Fos arbeiten in ihr acht Mitglieder des ersten unter Sun Yat-sen zusammengetretenen Kantongouvernement, während in Nanking von diesem nur noch Tai Chi-tao mitwirkt.

strialisierung des Südens von den beiden Marschällen erhält. Sollte aber eine militärische Konstellation Kanton-Yen-Feng über Chiang Kai-shek siegen (wofür die Haltung Changs im Ernstfall den Ausschlag geben sollte), so würde sich auch in diesem Fall Geschichte wiederholen. Die Kantonleute würden sehr bald in scharfen Gegensatz zu ihren Nordverbündeten treten und sich ähnlich wie Nanking 1927/28 zwischen Kapitalismus und Kommunismus entscheiden müssen. Die Einstellung der Kantonregierung ist als antikommunistisch*) zu bezeichnen, wenn auch nicht gleich fanatisch wie die Nankings, da einige ihrer angesehensten Mitglieder, wie z. B. Chen und Chang Fa-kwei, auch nach dem Sturz Borodins noch gewisse Beziehungen zu Rußland unterhalten haben.

Wenn sich aber Geschichte wiederholt, so tut sie dieses niemals kreisförmig, sondern auf erweiterter Stufenleiter.

Ausländische Mächte

IV

Von europäischen Mächten hat Frankreich vorwiegend finanzielle Interessen**) in China. Sein politischer Einfluß ist am stärksten in Südchina, für den die Eisenbahnlinie Yunnanfu—Hanoi (Indochina) Erwähnung verlangt. Erst die Fertigstellung der Strecke Yunnanfu—Kanton wird China die Kontrolle des eigenen Südwesthandels zurückgeben. Die koloniale Verständigungspolitik, die Frankreich anstrebt, ermöglicht es ihm, sich bis auf prinzipielle Fälle im Hintergrund zu halten. Von osteuropäischen Staaten haben Tschechoslowakei und Polen verstanden, ihren Außenhandelsanteil stark zu erhöhen.

Deutschland hat nach Beendigung des Weltkrieges keine machtpolitischen Interessen mehr in Asien. So unterscheiden sich auch die deutschen Beziehungen zu China von denen der übrigen Großmächte dadurch, daß sie rein wirtschaftlicher Natur sind. Da die Asiaten heute wissen, daß Deutsche lediglich zu Handels- oder wissenschaftlichen Forschungszwecken in ihre Länder kommen, so werden sie meist freundlich begrüßt. Das Ansehen der deutschen Industrie (vor allem der technischen und chemikalischen), die Tapferkeit des deutschen Volkes im Weltkrieg und die Zähigkeit der Wiedereroberung der verlorengegangenen Handelsmärkte seit Versailles lassen den Asiaten mit Hochachtung den Deutschen entgegentreten. Selbstverständlich geben hierbei egoistische Gründe den Ausschlag. Der nationale Inder sympathisiert mit Deutschland aus seinem Gegensatz zu England heraus, da er Deutschland ebenso in der Gewalt Frankreichs sieht, wie sich in der britischen.

*) „Wir werden alles tun, um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, aber wir sind gegen die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Das ist einer unserer führenden Grundsätze.“ (Aus einer Rede Wang Ching-wei kurz nach Proklamierung der Kantonregierung.)

**) Besonderen Einfluß übt Frankreich auf den Shanghaier Immobilienmarkt aus.

Bei China spielen aktiv politische Überlegungen eine Rolle. Durch die 1919 den Chinesen von den Engländern aufoktroyierte Repatriierung der Deutschen*) war ein für den chinesischen Nationalismus ungeheuer wichtiger Präzedenzfall geschaffen: Deutschland verlor seine exterritorialen Rechte: Konzessionen, eigene Gerichtsbarkeit usw. Somit wurde, nach erfolgter Rückkehr, die Loyalität den Deutschen gegenüber zu einem politischen Gebot, daß alle Ausländer nach Aufgabe ihrer Vorrechte sich der gleichen entgegenkommenden Behandlung erfreuen würden. Der Chinesen als solcher, besonders im Binnenland, ist heute fremdenfeindlich gesinnt, doch glauben wir, daß die Versicherungen der Regierung in bezug auf Fremdenschutz durchaus ehrlich gemeint sind und daß sich die Volksstimmung mit zunehmender wirtschaftlicher Entwicklung, Bildung und allmählichem Vergessen der von Europa China angetanen Willkür ändern wird. Asien verlangt von Europa Achtung seiner Selbständigkeit im gleichen Maße, wie Europa jede asiatische Einmischung in seine Verhältnisse als feindseligen Akt ablehnen würde.

England hat mit Kanonengewalt die Öffnung der chinesischen Häfen für den internationalen Handel erzwungen. Es hat im Laufe des 19. Jahrhunderts die wichtigsten Handelsplätze in seine Botmäßigkeit gebracht. Der Haß des jungen, nationalen Chinas wandte sich daher in erster Linie gegen die Engländer als mächtigste Vertreter Europas. Der Boykott Hongkongs 1925 war der Höhepunkt dieser Bewegung. England ist es nicht gelungen, dem Rückgang seiner Chinaausfuhr Einhalt zu tun. Keine Ostasien bereisende Studienkommission wird daran etwas ändern können. England erlebt heute, volkstümlich gesprochen, die Kehrseite der Medaille. Die große Macht, die es über China errungen hatte, verführte es zu gewaltigen Kapitalinvestitionen, deren imposantester Ausdruck die Hongkong & Shanghai Banking Corporation ist. Schon rein äußerlich wirkt der Prunk im Hause am „Bund“ für den Eintretenden monumental. Der Aufschwung des britischen Exportes bis zum Weltkrieg hat gerade zu bedeutenden Kapitalanlagen im Export- und Importgeschäft geführt, vor allem im Textilhandel. Vier Gründe haben die Lage der englischen Importhäuser auf chinesischem Boden erschüttert: die wirtschaftspolitische Machteinbuße Europas nach 1914 bis 1918, die allmähliche Entwicklung einer eigenen chinesischen Industrie, die Verdrängung der englischen Textilprodukte durch Japan, der Sturz des Silbertaels und die damit zusammenhängenden allgemeinen Importschwierigkeiten nach China (diese Darstellung soll auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben). Englands Stellung war nur solange in China souverän, als es dort noch keine selbständige moderne Kapitalschicht gab. Die englische Politik ist nach anfänglicher Auflehnung zu völliger Resignation übergegangen; wir erinnern u. a. an die Rückgabe von Weiheiwei und Amoy im vorigen Jahre.

*) Die Engländer wollen diese Tatsache, die sich so bitter an ihnen gerächt hat und der sie sich heute schämen, nicht mehr wahr haben.

USAmerika hat weder politische noch wirtschaftliche Besitzungen in China zu verteidigen. Nachdem Nanking mit Moskau radikal gebrochen hatte, konnte es für die Vereinigten Staaten keine wünschenswertere Regierung als die Herrschaft einer streng kapitalistisch eingestellten Kuominpartei geben. Aufbau chinesischer Industrie bedeutet ins Amerikanische übersetzt: Lieferung von Eisenbahnmaterial, von Industrie- und Landwirtschaftsmaschinen, von Rohölen, Zigaretten usw. Aufbau chinesischer Industrie bedeutet weiterhin: Verzinsung großer Anleihen. Und die wachsenden Einnahmen der Seezollämter (bis zur Krise) beweisen die wachsende Bonität dieses Schuldners. Je mehr China seine alten europäischen Ketten abwirft, je mehr Einnahmen ihm selbst zur Verfügung stehen, desto kauf- und zahlungskräftiger wird es. Washington kalkuliert: wer die nötigen Mittel besitzt, um hier auf lange Sicht zu arbeiten, dem muß es späterhin gelingen, bei Fälligkeit eine Riesen-Tratte eingelöst zu erhalten. So stellte Amerika als erstes Land seine Boxer-indemnität China für kulturelle Zwecke zur Verfügung und erzielte damit einen großen moralischen Erfolg. Einrichtungen, wie das Rockefeller-Institut in Peking, das modernste und sauberste Krankenhaus, das man sich überhaupt vorstellen kann, in einer der schmierigsten, unmodernsten Städte der Welt, das alle Instrumente, z. B. auch Brillengläser, alle Eßwaren in vorbildlichen Anlagen selbst herstellt, taten ein übriges, um auf den nichtkommunistischen Teil der gebildeten Jugend eine faszinierende Wirkung auszuüben. Wenn man sich ferner die Legende von der ewigen „prosperity“, die in Asien nicht weniger als in Europa in den zwanziger Jahren selbst kühle, unromantische Ökonomen hypnotisierte, vergegenwärtigt, so wird verständlich, welch riesenhaften Einfluß Amerika auf allen Gebieten in kürzester Zeit in China gewinnen konnte. Der Konjunkturzusammenbruch in USA. läßt aber bis nach Asien hin den Glanz des Sternennbanners dunkler strahlen.

V

Japan und Rußland, die beiden asiatischen Großmächte, sind die alten Rivalen im Kampf um die Mandschurei. Bevölkerungspolitisch hat ihn der leidende Dritte, China, gewonnen. Dieses Kapitel internationaler Politik kann indes als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

Japan hat in letzter Zeit auf militärische Invasionen verzichtet und sich wiederholt zu freundschaftlicher Zusammenarbeit mit dem kontinentalen Nachbarn bereit erklärt. Diese neue japanische Politik knüpft sich an den Namen des Minseito-Außenministers Shidehara. Ihre Durchführung aber verlangt beträchtliche Intensivierung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, normale Wirtschaftsverhältnisse, um für den gefährlich drängenden Bevölkerungsüberschuß des Insellandes innerhalb Japans Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Japan muß heute bereits damit rechnen, daß Chinas internationale Machtstellung um die Jahr-

hundertwende so gefestigt ist, daß eine Erneuerung des auf 99 Jahre abgeschlossenen Kwantung-Vertrages nicht stattfindet, falls die Rückgabe Dairens nicht schon vorher notwendig wird. Sowohl das koreanische wie japanische Interesse richten sich gegen die gewaltige chinesische Bevölkerungszunahme in den Pachtgebieten*) und Korea. So gelang es Japan, den Haß der Koreaner auf die Chinesen abzulenken und dadurch indirekt den Ausbruch der April-Juli-Unruhen zu beeinflussen. Als Folge der allgemeinen Welt- und speziellen Chinakrise ist der japanisch-chinesische Außenhandel erheblich zurückgegangen. Da ein Ende beider Faktoren in nächster Zeit nicht eintreten wird, sind weitere politische Komplikationen unvermeidlich. In den großen Linien historischen Geschehens hat Japan die schwächere Position inne. Man stelle sich einmal vor, England hätte es im 16. bis 20. Jahrhundert nicht nacheinander mit Spanien, Holland, Frankreich, Deutschland zu tun gehabt, sondern sogleich mit dem ganzen europäischen Kontinent als wirtschaftliche und politische Einheit. Annähernd in dieser Lage befindet sich Japan.

Rußlands Politik in China erschien 1927 vollständig gescheitert. Zweifellos hat Moskau damals eine seiner empfindlichsten Niederlagen erlitten. Soweit sich aber beurteilen läßt, hat der Kreml mit gewohnter Einsicht und Entschlossenheit seine Politik auf lange Sicht umgestellt. Wie auf vielen anderen Gebieten, ist Moskaus wichtigster Bundesgenosse auch in China — die Zeit! So kann es nicht verwundern, daß Rußland die Verhandlungen mit China immer wieder hinauschiebt, daß jahrelange Auseinandersetzungen ergebnislos verlaufen. Je später der Abschluß eines Handels- und politischen Abkommens erfolgt, um so stärker wird die russische Position sein, die, je nach Erfordernis, den diplomatischen Druck von „oben“, oder den revolutionären von „unten“ einsetzen kann. Das Vorbild plötzlicher staatlicher Agrar- und Industrialisierung kann entscheidende Bedeutung gewinnen. Das traditionelle China ist ein Kleinbauernland**). Wenn auch theoretisch aller Grund und Boden dem Staat, wenn juristisch weite Landstrecken den Pachtzins erhebenden Großgrundbesitzern gehören, so ist ökonomisch, in der Weise der Produktion, zwischen der Bewirtschaftung von Klein-, Mittel- und Großbesitz

*)

Japanische Pachtgebiete	Bevölkerung am 31. Dezember 1927				
	Japaner	Koreaner	Chinesen	Andere	Total
1300 sq. m. Kwantung Pachtgebiet.	97 002	1 169	706 975	498	805 644
100 sq. m. Eisenbahnzone.....	66 197	11 278	202 158	1 687	303 320
1927 Gesamtbevölkerung.....	185 199	12 447	909 132	2 185	1 108 964
1907 Gesamtbevölkerung.....	37 885	—	396 067	77	434 029

Die chinesische Bevölkerungszunahme ist in der Eisenbahnzone am stärksten.

**) In diesem Zusammenhang sei auf das auf Basis Marx-Engels'scher historisch-materialistisch-dialektischer Denkweise entstandene Werk K. A. Wittfogels: „Wirtschaft und Gesellschaft Chinas, Erster Teil“, Leipzig 1931, hingewiesen, das zu allen hier angeschnittenen Fragen chinesischer Wirtschaft und Politik grundlegendes und ausführlichstes Material liefert.

kein Unterschied. Die Großgrundbesitzer leben in den Städten und verpachten ihre Güter an eine große Anzahl von Kleinbauern (Durchschnitt vielleicht 50 Mow, bei Siedlungsland 100 Mow). Eine solche Agrarverfassung macht einen plötzlichen und planmäßigen Übergang zu modernen Anbaumethoden unmöglich. Die besondere kulturelle Rückständigkeit der asiatischen Bauernmassen kommt als erschwerendes Moment hinzu. Je stärkeren Druck die Bauernnot auf die Regierung ausüben wird, desto mehr wird sie gezwungen sein, zu staatlicher Zwangsreorganisation der Landwirtschaft überzugehen. Da ein bäuerlicher Privatkapitalismus, wie in Nordamerika, im heutigen China mit den heutigen Chinesen nicht durchführbar ist, bleibt nur das Vorbild der russischen Agrarisierung. Die schwindende Möglichkeit, sich auf eigener Scholle zu ernähren, wird die Bereitwilligkeit der chinesischen Bauern zur Mitarbeit in vergesellschafteten Dorfgemeinden erhöhen, eine Bewegung, die sich schon im „Landsknechtskommunismus“ der Provinzen Kiangsi, Hunan, Hupeh, Fukien manifestiert. Die depossidierten Bauernschichten des Binnenlandes allein können einen bolschewistischen Umsturz in China nicht hervorrufen; wachsende Industrialisierung mit wachsendem Industrieproletariat ergibt aber für die erfahrene Moskauer Strategie eine Chance, die sie im gegebenen Augenblick in die Waagschale: Weltkapitalismus, Weltkommunismus, zu werfen verstehen wird.

Das nächste Ziel der russischen Ostasienpolitik geht dahin, China zum Absatzgebiet der erst entstehenden sibirischen Industrie zu machen. „Das Kupfer von Kounrad“*) (es handelt sich um das am Balkaschsee in Kasakstan geplante Riesenkupferwerk, daß 1933 bereits eine jährliche Produktionskapazität von 300 000 t gegen 135 000 t der größten amerikanischen Kupferwerke haben soll) ist möglicherweise berufen, eine wichtige Rolle für den Aufbau westchinesischer Elektrowirtschaft zu spielen. Die Bedingungen der Russen für den Verkauf ihres Anteils an der ostchinesischen Bahn bestehen darin, daß China eine zollfreie Einfuhr von Sowjetprodukten garantiert, und zwar solange, bis die Summe der gesparten Zollbeträge die Höhe des Kaufpreises erreicht hat. Der Warenbezug aus Rußland erfordert viel geringere Zeit als von Europa und Amerika; zudem ist die russische Außenhandelsmonopolzentrale in der Lage, zur Verstärkung der politischen Belange unter Hintansetzung von Rentabilitätsrechnungen frei mandschurische oder westchinesische Grenze, cif Wladiwostok oder Tientsin, zu liefern.

Das zwischenstaatliche Verhältnis beider Großländer wird somit ebenso wie ihre innerstaatliche Entwicklung: zum Verkehrsproblem! Der Bau von Eisenbahnen jenseits und diesseits von Amur und Dsungarei wird zum Schrittmacher für das Tempo der freund-feind-nachbarlichen Beziehungen der beiden Kontinente werden. Die Tarife für kürzeste Eisenbahnstrecken sind heute noch im Verhältnis zur See-

*) Vgl. Moskauer Rundschau vom 25. 8. 1931. — Allgemein zum Thema russischen Exports sei auf das zweite, soeben erschienene Buch Knickerbockers: „Der rote Handel lockt“ verwiesen.

fracht Hamburg—London—Vancouver—Dairen so hoch, daß eine Rentabilität russisch-chinesischen Eisenbahngüterverkehrs noch nicht zu erzielen sein würde. Im Schiffsverkehr von Wladiwostok aber ist die Überlegenheit russischer Ausfuhr ohne weiteres gegeben (Voraussetzung: Vergrößerung und Modernisierung der russischen Flotte). Semipalatinsk—Taschkent (Turk-Sib.); Peking—Suiyan—Paotow, Kaifeng—Loyang—Sianfu sind und werden zu ersten Etappen einer engeren Verbindung zwischen Südostrußland und Nordwestchina*). Heute ein gigantischer Plan, ist „The Imperial Highway Express“**) für das nächste Jahrhundert vielleicht eine gleiche Selbstverständlichkeit wie für uns die Transsibirische Bahn. The Imperial Highway or the Desert Road***) ist die große Karawanenstraße, auf der sich der Menschen- und Warenverkehr vom Chinesischen Meer durch Kansu, Kokonor, Sinkiang nach Europa langsam hinwält. Was aber die Horden Dschingiskans, die auf diesem Wege nach Rußland eindringen, weder vollbringen konnten noch wollten, wird ein Wirklichkeit gewordener Schienenstrang Semipalatinsk (Kasakstan)—Sianfu (Shensi) bewirken: die Einbeziehung Zentralasiens in Weltmarkt und Weltgeschichte.

Die Tendenzen zu einem modernen China, zu einer neuen Produktions- und Gesellschaftsordnung treten klar hervor. Nur manchmal, wenn, wie in den letzten Monaten, eine Schreckensnachricht die andere jagt, wenn sich entfesselte Urgewalten in Wasser und Sturm entladen, erscheint das alte Reich des Himmels fast als die Hölle der Zukunft, als ein zweites Faß der Danaiden, durch das aller Aufwand an Geld, Arbeit, Geduld — durch das Meere von Blut vergeßlich hindurchrinnen.

*) Vgl. hierzu: von Massenbach: Chinesisch-Turkestan (nebst Kartenskizze — Geopolitik 1931, Heft 9).

**) Folgende Verbindungen sind denkbar:

Hongkong—Kanton—Hankow oder Shanghai—Nanking	Mukden—Tientsin (Peking)—Kaifeng
Sianfu	(Shensi)
Lanchowfu	} (Kansu)
Ansichow	
Hami	} (Nordost-
Barkul	
	} Sinkiang)
Kobdo (Westmongolei)	Urumchi (Nord-Sinkiang)
See Seissanor (Irtysch)	(Kaschgar, West-Sinkiang)
Semipalatinsk (Turk.-Sib.)	Südlich des Balkaschsee
Nowosibirsk (Transsib. Bahn)	Taschkent (Turk.-Sib.)
Moskau	Odessa

Weitere Möglichkeiten: Irkutsk (Transsib. Bahn) < Urga < Kanchow | Manchuria
 < Kobdo — Urumchi | Urga
 | Kobdo

***) Vgl. Owen Lattimore: The Desert Road to Turkestan.

ALBRECHT HAUSHOFER:**Berichterstattung aus der atlantischen Welt**

Wenige Tage vor Weihnachten hat der französische Ministerpräsident Laval erklärt, die Schwierigkeit der Weltlage bestehe darin, daß alle Regierungen gezwungen seien, die Wege nationaler Schutzpolitik zu gehen, während doch internationale Zusammenarbeit nötiger sei denn je. Diesen Satz wollen wir unserer geopolitischen Berichterstattung aus der Atlantischen Welt voranstellen. Er enthält in der Sprache der Konvention den Kern dessen, was die Geopolitik zur Weltkrise der Gegenwart zu sagen hat.

Daß diese Weltkrise zur Jahreswende gerade den Eingang eines Berichtes aus der Atlantischen Welt bilden muß, bedarf kaum der Begründung. Es sind die Länder beiderseits des dichtesten Seeverkehrsgürtels der Erde, östlich und westlich der nordatlantischen Verkehrsbahn, die am stärksten von ihr betroffen werden. Wesentliche Teile der Welt — wie z. B. China — werden kaum von ihr berührt. Ihr Zentrum liegt in den dichtbevölkerten Industriestaaten der Alten Welt.

Diese stehen vor einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Sie haben sich entwickelt in zwei Jahrhunderten des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts und gleichzeitig eines Machtanspruchs auf die ganze Welt, der vielfach nur um so wirksamer war, weil er sich nicht seiner selbst bewußt wurde. Dieser Zustand dauerte bis zum Weltkrieg. Im Weltkrieg hat das erste große, dem Blut nach nordwesteuropäische Kolonialland Europa überflügelt. Die Macht wurde verteilt; die wirtschaftliche Verflechtung wurde durch das Auftreten eines neuen Strahlungszentrums für wirtschaftlichen Einfluß nur verwickelter und intensiver. Der Weltkrieg selbst und die Jahre nach dem Weltkrieg haben nun den technischen Fortschritt in bezug auf die Verkehrsgeschwindigkeit um ebensoviel gefördert, wie das ganze vorhergehende Jahrhundert. Der Abstand zwischen der Spitzenleistung eines Reisens zu Pferd und Wagen, wie sie von Cäsar oder Napoleon erreicht wurden, und der Spitzenleistung eines Schnellzugs ist nicht größer als jener von den 100 oder 120 km, die dabei erreicht werden, zu den 400 km eines Spezialflugzeugs. Fast noch wichtiger als die Beschleunigung des Reiseverkehrs ist die Revolution der Nachrichtenübermittlung. Durch den drahtlosen Verkehr ist eine Gleichzeitigkeit des Lebens auf der Erde erreicht worden, die früher in diesem Sinne nie vorhanden war. Diese völlig neuen Möglichkeiten der Raumüberwindung verlangen eine veränderte Einstellung zum Raum. Räume, die noch vor hundert Jahren sich selbst genügen konnten, haben ihre Unabhängigkeit verloren. Es gibt für sie keine Möglichkeit mehr, sich Einflüssen zu entziehen, deren Ursprung vollkommen außer-

halb ihrer gewollten Reichweite liegt. Diese Tatsache wird nur ungern anerkannt. Sie stellt alle traditionellen Werte volklichen und staatlichen Lebens in Frage, sind doch nicht einmal Räume von der Größenordnung der Vereinigten Staaten, ja von der Größenordnung und Abschließbarkeit der Sowjetunion von solcher Beeinflussung frei.

Der Wunsch, das vielfältige Räderwerk der Weltwirtschaft in Gang zu halten, tritt nun in steigenden Gegensatz zu dem Selbstbehauptungswillen der politischen Teilkörper der Welt. Das wird verdeckt, solange die Welt in wirtschaftlichem Fortschritt ist oder wenigstens zu sein glaubt. Sobald es schlecht geht, erscheint der Gegensatz in seiner Schärfe; Heimat- und Nationalgefühl der Völker, Totalitätswille der Staaten (frühere Zeiten nannten ihn Absolutismus) suchen sich zu erhalten gegenüber den Notwendigkeiten der Weltwirtschaft in ihrer technischen Bedingtheit.

Der größere Teil der Menschheit (denn es sind immerhin rund 1200 Millionen von den fast zwei Milliarden, die von dem System dessen wirklich erfaßt werden, was wir Weltwirtschaft nennen) steht vor der Frage, welchen Weg er gehen will: ob er bereit ist, die bisherige Entwicklung der europäisch-amerikanischen Kultur weiterzuführen und ihre technische Zivilisation auch den Unwilligen weiterhin aufzuzwingen — oder ob er umkehren und den bisher begangenen Weg für einen Irrweg erklären will. Das eine bedeutet weiteres Fortschreiten der Technik, Auflockerung, wenn nicht Auflösung aller kleinräumlichen Bindungen, Zusammenfassung der Erde zu wenigen großen politischen Einheiten. Es liegt einige Willkür darin, wenn wir glauben, daß bei einer solchen Entwicklung eine Fläche von etwa 5 Millionen Quadratkilometern das mindeste sei, was zur Aufrechterhaltung eines geschlossenen staatlichen Lebens im alten Sinn Voraussetzung wäre. Wir wollen damit nur die Größenordnung zeigen; ob etwas größer oder kleiner — jedenfalls ist das ein Vielfaches dessen, was irgendein europäischer Staat an Flächengrundlage für seinen politischen Überbau beibringen kann. Der andere Weg bedeutet vielleicht eine Stabilisierung der Grenzen und der Souveränität, aber unter Zurückschraubung der gesamten Lebenshaltung auf ein Niveau, das etwa dem einer leidlich selbstgenügsamen Bauernwirtschaft entspricht, um ein für Mitteleuropa gültiges Beispiel zu wählen.

Wie entscheiden sich nun die Völker? Sie entscheiden gar nicht. Sie weigern sich — wie es das gute Recht aller Mehrheiten ist —, die Konsequenzen zu sehen. Und wie entscheiden sich die Staatsmänner? Sie versuchen gleichfalls, einer Entscheidung auszuweichen; sie tun es, indem sie sich heute zu der Notwendigkeit vernünftiger Zusammenarbeit bekennen, indem sie morgen alles tun, um ihren Wählern zuliebe jede Zusammenarbeit unmöglich zu machen. Daß auf diesem Weg eine bestehende Krise nur verschärft werden kann, ist selbstverständlich.

Kein Jahr hat mehr schöne Reden über internationales Zusammenwirken gebracht als 1931. Hält man dagegen, daß allein in den letzten sechs Monaten sechs-

undzwanzig Staaten — das ist etwa die Hälfte des ganzen Bestandes — durch Zahlungssperren, Einfuhrsperren, Prohibitivzölle und ähnliche Maßnahmen das ihrige getan haben, die internationale Zusammenarbeit abzdrosseln, so wird man sich nicht darüber wundern, daß das Räderwerk nicht mehr geht. Wenn man vor einer vielgestaltigen Maschine steht, die in einzelnen Teilen nicht mehr recht läuft, weil man Sand hineingetan hat, so gibt es zwei Standpunkte: man kann den Sand entfernen, und man kann erklären: wir brauchen die Maschine nicht mehr, wir kommen ohne das aus, was sie liefert. Dann mag man die einzelnen Teile als altes Eisen verwerten. Aber eines kann man nicht machen: man kann nicht versuchen, sie in Gang zu bringen dadurch, daß man noch mehr Sand hineinstreut. Genau dieses aber ist die Tätigkeit, welche die Mehrzahl der Staatsmänner unter dem Druck ihrer Völker ausüben.

Es gibt nur einige wenige Ausnahmen. Auf der einen Seite z. B. den Holländer Colijn, der mit eiserner Konsequenz dafür eingetreten ist, dem freien Spiel der Weltwirtschaft eine Chance zu geben. Es ist charakteristisch, daß auch er schließlich nicht vermochte, Holland von einem allerdings bescheidenen Schritt in Richtung auf den Schutzzoll abzuhalten. Ein wirklich konsequenter Vertreter der anderen Seite, der auch den Mut gehabt hätte, denen, die mit ihm laufen, die letzten Folgerungen der Abkapselung von der Welt zu zeigen, ist uns mit Ausnahme von Stalin nicht bekannt. Bei den Sowjets aber liegen die Voraussetzungen doch wesentlich anders: sie haben die große Zerstörung teilweise hinter sich; teilweise war nichts zum Zerstören da; und für die Zukunft bleibt ihnen die weltrevolutionäre Hoffnung, die ihnen immer erlaubt, die gegenwärtig immerhin fragliche Autarkie als einen Übergangszustand zu betrachten. Die anderen Länder aber machen es wie die Schweiz, die wir einmal als Musterbeispiel herausgreifen. Ein Gebirgsland, dessen Ernährungsbasis ursprünglich die Bauernwirtschaft war. Es hat mindestens um 50% mehr Einwohner, als es im besten Fall aus der eigenen Erde nähren könnte. Diese leben von dem Überschuß, den eine hochentwickelte, spezialisierte Ausfuhrindustrie und ein ungewöhnlich gut geregelter Reiseverkehr einbringen. Die Schweiz hat also alles Interesse an möglichster Freizügigkeit von Ware und Mensch. Sie hat sich noch über die deutsche Ausreisesperre in hohen Tönen beschwert. Das hat nicht gehindert, daß Schweizer Banken im Augenblick der deutschen Bankenkrise die Hand auf die bei ihnen deponierten Guthaben legen wollten. Es hindert nicht, daß die Schweiz darangehen will, im Zuge der neuen Handelsvertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich die Waffe der Einfuhrkontingente zu verwenden.

Man kann darum nicht einmal sagen, daß Länder wie die Schweiz eine unverständliche Politik treiben. Die Entwicklung geht gewöhnlich so: Zuerst wird gezeigt, was alle anderen tun. „Wir allein können nicht wehrlos bleiben.“ Also tut man etwas, das bewußtmaßen den eigenen Lebensinteressen auf lange Sicht entgegen ist; zu jeder Schutzmaßnahme finden sich genug wirtschaftliche oder politische

Interessenten, die dann als Angriffswaffe oder als politisches Heiligtum verwenden, was zunächst nur als Verteidigungswaffe gedacht war.

Das glänzendste Beispiel für diese Entwicklung bietet im Augenblick England. Das Abgehen vom Goldstandard des Pfundes war — kaum anders als etwa Brünings Vierte Notverordnung — eine Maßnahme außenpolitischen Kampfes gegen die Hartnäckigkeit der großen Gläubiger und Goldhüter auf der Erde. Ein Mann wie Layton ist sich dessen klar bewußt, wenn er die künftige Stabilisierung des Pfundes davon abhängig macht, daß vorher die Welt von „dem Alpdruck der Reparationen“ befreit sein müsse. Ein großer Teil der führenden Engländer, die sich erinnern, welchem wirtschaftspolitischen System England seine weltbeherrschende Stellung im vorigen Jahrhundert verdankte, ist auch jetzt noch gewillt, alle die Maßnahmen, die seit dem Eintritt der Nationalregierung getroffen worden sind, als Kampfmaßnahmen „zur Wiederherstellung der Vernunft“ zu betrachten, das heißt als Maßnahmen, die ihren Zweck am besten dann erfüllt hätten, wenn sie selbst überflüssig würden. So denkt zum mindesten der linke Flügel der Nationalregierung, aber auch ein guter Teil der Konservativen. Aber es gibt eine große Zahl von Engländern — und ihre Schar wächst von Tag zu Tag —, die in der Abkehr von der Golddeckung (auf der die Weltgeltung des Pfundes als Handelsvaluta doch aufgebaut war) und in der Abschließung des britischen Marktes vom Ausland nicht eine Notmaßnahme, sondern ein wünschenswertes Ziel erkennen. Sie können mit einigem Recht für ihren Standpunkt anführen, daß die Entwicklung der Welt keinerlei Ansatzpunkte zu einem besseren Zusammengehörigkeitsgefühl erkennen lasse, daß aber innerhalb des britischen Reichsverbandes die Möglichkeit gegeben sei, ein hohes Maß von Unabhängigkeit von der übrigen Welt sogar ohne fühlbare Einschränkung des allgemeinen Lebensstandards zu erreichen. Nun haben außerdem z. B. die letzten Wahlen in Australien einen glänzenden Sieg der Gruppen gebracht, welche dort der Regierung Macdonald entsprechen (in Australien unter Führung des ehemaligen Schatzkanzlers Lyons, und zwar aus Oppositionsstellung heraus). Das bedeutet neuerdings einen Beweis, daß die Nationen des britischen Völkerbundes noch immer geneigt sind, in Zeiten der Not zusammenzustehen. Auf der nächsten Reichskonferenz in Ottawa wird unter Führung des durchaus panbritisch eingestellten kanadischen Premiers Bennett der Versuch gemacht werden, zum erstenmal eine wirksame wirtschaftspolitische Zusammenfassung des Empire zu erreichen. Ehe dieser nicht gescheitert ist, wird England seinen Weg weitergehen; und die Voraussetzungen eines Gelingens liegen zur Zeit günstiger als jemals, seit Chamberlain der Vater die Idee gegeben hatte.

Die Aufgabe, vor der England steht, ist damit klar gezeichnet: den Reichszusammenhang zu wahren und notfalls autark zu gestalten. Das ist die eine Front. Für ein gewisses Maß von Vernunft in der Behandlung der großen wirtschaftspolitischen Fragen der Welt zu kämpfen: das ist die andere. Dabei dürfen wir eines großen Vorteils nicht vergessen, den England noch immer vor allen anderen Mächten

voraussetzt: es verfügt über die größte Zahl und die geschlossenste Schicht von Führern mit wirklich weltumspannendem Blick.

Auf dem Jahresessen der amerikanischen Handelskammer in Berlin hielt der amerikanische Botschafter Sackett eine bemerkenswerte Rede. Sie war ein Loblied auf die britische Leistung in der wirtschaftlichen Erschließung der Welt, und ein deutlich empfundener Tadel der engen und kleinräumigen Auffassung anderer Stellen. Sackett wandte sich in erster Linie gegen die Staatsbanksysteme der Vereinigten Staaten und Frankreichs. Er meinte den weltfernen Geist, die kontinentale Enge, die Ozeanfremdheit der beiden größten Gläubigermächte und mochte wohl mit Sorge an den Sturm gedacht haben, der zu gleicher Zeit im Kongreß an die amerikanische Regierung anbrandete.

Die innere Haltung Amerikas zeigt in dem letzten halben Jahr zwei streng voneinander geschiedene Phasen. Die eine dauerte vom Juni bis zum September. Sie war ein „effort of goodwill“, begleitet von wachsendem Erstaunen darüber, daß Europa, vor allem Frankreich, „America's generosity“ so wenig zu würdigen verstand. Der gute Wille blieb, das Mißtrauen stieg bis zu Lavals Besuch in Washington. Während Lavals Aufenthalt in Amerika schlug die Bewegung um. Amerika wurde ungeduldig, die eigene Wirtschaftskrise wurde schwerer, und nun sammelten sich alle Kräfte, die von jeher auf Isolierung gedrängt hatten, in dem neu-alten Kriegsgeschrei: Abkehr von Europa! Dabei traf vieles zusammen: die moralisch-politische Haltung von Borah, der damit gerade den besten Bevölkerungsteil der Binnenstaaten vertritt; das kleine Kirchturminteresse aller derer, die den großen Zusammenhängen mißtrauisch gegenüberstehen; Neid und Schadenfreude gegenüber Wallstreet und allen anderen Mächten mit ozeanüberspannender Blickrichtung. Daß der Besuch des italienischen Außenministers Grandi in dieser Lage zwar nicht für Italien, aber für die Welt im ganzen belanglos war, ist selbstverständlich. Das weltwirtschaftliche und außenpolitische Interesse Amerikas wandte sich zurück auf Vorgänge der eigenen Wirtschaft und Politik; mit dem Zusammentritt des Kongresses beginnt für Amerika das sogenannte politische Jahr; d. h. das Jahr, welches der Präsidentenwahl vorhergeht, in dem allein der Durchschnittsamerikaner zu einem gewissen sportlichen Interesse an Einzelheiten der Politik vordringt. Damit ist zugleich erklärt, warum in einem Augenblick, wo weltpolitische Aktivität von einem so welterfahrenen Präsidenten wie Hoover am meisten verlangt werden müßte, der Ingenieur-Präsident fast völlig bewegungsunfähig geworden ist. Zumal er noch mit der Möglichkeit rechnet, eine Wiederwahl zu erreichen.

Es wird vielfach vergessen, daß auch in Frankreich die Kammerwahlen nahe bevorstehen. Auch hier muß auf die öffentliche Meinung im Augenblick mehr Rücksicht genommen werden als sonst; und die ganze Struktur des französischen politischen Lebens sorgt ja dafür, daß auch in gewöhnlichen Zeiten die Rücksicht auf den „mittleren Franzosen“ nicht vergessen wird. So erklärt sich die Tatsache,

daß in letzter Zeit auch nüchterne und gemäßigte Männer wie Laval Reden halten, die an Zeiten erinnern, welche nur den Optimisten vergangen schienen. Hält man dazu die innere Bedingtheit aller außenpolitischen Handlungen der deutschen Regierung, so wird man im Abwägen der Möglichkeiten kaum zu einem anderen Schluß kommen als zu dem, daß es ein Wunder wäre, wenn aus den vielen Konferenzen dieses Winters ein positives Ergebnis entspringen sollte. Es ist nicht die Aufgabe der geopolitischen Berichterstattung, alle Phasen des Kampfes um Schulden und Reparationen aufzuzeichnen. Das ist Aufgabe der Tagespresse. Die Grundhaltung verständlich zu machen — *sine ira et studio* — und damit die Möglichkeit zu eigener Urteilsbildung zu geben, das ist der Zweck geopolitischer Beobachtung. Und hier ist folgendes zu sagen: Das englische Interesse an der Streichung aller Kriegsschulden und Reparationen ist klar und deutlich ausgesprochen. Über den deutschen Standpunkt braucht nicht gesprochen zu werden. Deutschland hat sich für seine Gläubiger ruiniert und ist entschlossen, keine Verpflichtung auf sich zu nehmen, die es zwingt, sich ein zweites Mal zu ruinieren, falls es in absehbarer Zeit in die unwahrscheinliche Lage käme, einigen Wohlstand anzuhäufen. In den Vereinigten Staaten haben sich zwar die führenden Köpfe der Wirtschaft mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß eine große Abschreibung, sei es der politischen Schulden, sei es der privaten, notwendig wird, aber es ist bisher nicht möglich gewesen, das eine oder das andere oder beides den Bürgern der Vereinigten Staaten klarzumachen. In Frankreich ist zwar die erste Million der Arbeitslosen erreicht (nachdem man bereits vorher einen guten Teil der ausländischen Arbeiter abgeschoben, d. h. die eigene Arbeitslosigkeit fremden Ländern aufgebürdet hat); auch leidet die französische Wirtschaft schwer an den Folgen des Pfundsturzes und an den englischen Zöllen. Aber noch sind die Reserven groß genug, um zu verhindern, daß Frankreich seine eigene Abhängigkeit von der übrigen Welt erkennt. Vor allem ist in diesem Zusammenhang noch ein Schleier vorhanden, der die französische Erkenntnis hemmt: es besteht in Frankreich noch die seltsame Vorstellung, die eigenen Privatschuldner in England, Amerika und den neutralen Ländern würden zahlungsfähig bleiben, wenn die deutschen Privatschuldner zusammenbrechen. Das wäre nicht der Fall. Leider ist die deutsche Politik aus Gründen, die wir nicht auszusprechen brauchen, nicht in der Lage, diesen Zusammenhang klarzustellen. Die wirtschaftliche Struktur Frankreichs ist also noch fest genug, um den Glauben zu erhalten, man könne sich abkapseln und sichern. Mit einer Erschütterung dieser Haltung ist zunächst nicht zu rechnen.

Damit aber sind die Voraussetzungen gegeben, um die größte Konferenz der nächsten Monate in ihren Grundlagen verstehen zu können: die Abrüstungskonferenz in Genf. Hier handelt es sich um die älteste und eindeutigste Form der Macht auf dieser Erde. Die gegenwärtige Machtverteilung ist bekannt; ihre Träger sind nicht gewillt, eine wesentliche Änderung ihrer Verteilung zuzulassen. Da nun von seiten

der Vereinigten Staaten jedes Entgegenkommen in der Frage der politischen Schulden von einem Entgegenkommen in der Frage der Abrüstung abhängig gemacht wird, ist das Scheitern der Regierungskonferenzen dieses Winters vorauszusehen.

Damit würde dann die Entwicklung auf Zerschlagung der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zusammenhänge weitergehen, und es würde sich zeigen, welche Staaten in ihrer geopolitischen Struktur einer solchen Umstellung am besten, welche ihr am schlechtesten gewachsen wären. Daß es z. B. in Europa diejenigen wären, deren Lebenshaltung im Durchschnitt am niedrigsten steht, deren Wirtschaftsweise im einzelnen am leichtesten überschaubar ist, ergibt sich von selbst. Die größere Krisenfestigkeit Südslawiens oder Polens gegenüber Ungarn und Ostdeutschland ist auch hierfür ein Beweis und nicht nur für die wirtschaftsfeindlichen Wirkungen einer unsinnigen Grenzziehung. Gerade die Gebiete landwirtschaftlichen Großbetriebs sind besonders gefährdet; falls überstürzende Ereignisse in Europa eintreten sollten, so würden sie uns am wenigsten überraschen, wenn sie gerade in diesen Teilen Europas einträten. Hoffen wir immerhin, daß uns noch Zeit gelassen wird, in unserem nächsten Bericht die Analyse weiterzuführen, einen Blick in jene Räume zu tun, die (wie Lateinamerika und Afrika) geopolitisch am Rande des atlantischen Sturmfeldes liegen, und die einzelnen Staaten für sich auf ihre Krisenfestigkeit zu prüfen, nachdem wir jetzt versucht haben, die großen Zusammenhänge aufzuzeigen.

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum

Kein überzeugenderes Dokument für die Fähigkeit der Geopolitik zur Voraussage (Prognose) läßt sich der ersten Zustandschilderung an der Jahreswende voranstellen, als die umstehende vor Jahresfrist entstandene Karte der Weltgefahren. (Heft V, 1931, S. 358.)

Umfaßt sie nicht nun unerbittlich — (wie einst für 1914 eine mitteleuropäische Warnung [Geopol. 31, V, S. 360] den dort von der Weltpolitik umgepflügten Raum verriet) — das südostasiatische Gegenstück: jenen indopazifischen Teilraum, dem ohne eine unerwartete Einkehr von Einsicht zwischen 1932 und 1935 verwandte Schicksale drohen, wovon alle verantwortlichen Wächter überzeugt sind. In diesem Weltkartenausschnitt liegen an hervorragender Stelle die von Waffenlärm durchtobte, wenn auch sorgfältig vom Worte Krieg verschonte Mandschurei und Indien: jene zwei Stellen, an denen im Spätherbst 1931 sämtliche Phrasenschleier von Genf, Haag, London, Paris, Washington in Fetzen gingen, weil harte geopolitische Tatsachen ihr Truggewebe durchbrochen haben. Dorthin eilten im Herbst der Kriegsminister der Vereinigten Staaten (Japan, Philippinen;

Geopol. 31, X); der Kolonialminister der Franzosen (Indochina; Geopol. 31, IX). Über ihren niederländischen Anteil darin schrieb der weitsichtige holländische Geograph van Vuuren („Jenseits der Großen Mächte“, S. 128), er werde sich nur behaupten lassen, wenn es gelinge, ganz Europa mit Verantwortungsgefühl für das Kolonialrecht des Rheinmündungsdeltas zu erfüllen. Darüber sprachen der Außenkommissar der Sowjets und der Führer der Roten Armee, „daß sie zwar friedlich seien, aber bereit, über alle zu kommen, die ihre Bereitschaft erproben wollten“; am Westrande des Gefahrsegments aber liegt die neu vollendete Turksib, am Nordrand die sowjetisierte Mongolei mit Tannutuwa, die nur betreten darf, wer Sowjetpässe für sie bekommt, d. h. niemand, dessen Augen und Ohren die Sowjetbünde dort zu scheuen haben. Überall also steht höchste Vorsicht an diesem Sturmfeld Wache. Nur in Mitteleuropa gab es Stimmen, die ihrer Regierung nahelegten, dort den Hans-in-allen-Gassen zu spielen, statt der vorsichtigen Zurückhaltung v. Mutius zu folgen, der den Raum und seine Gefahrenlast kannte.

Dabei konnte doch gerade die große Vorsicht der wirklich Mächtigen, z. B. der USA. und SSSR. oder auch Frankreichs, verraten, wie leicht hitzige Parteinahme in Ostasien zu Griffen in die Nesseln oder zum Holen von fremden Kastanien aus panasiatischer Feuersglut oder zu kalten panpazifischen Wasserstrahlen führen konnte! Trotz der Erfahrung von Shimonoseki ist Mitteleuropa größtenteils von der außerordentlich geschickten chinesischen Propaganda — (die von Alfred Sze, Wellington Koo, den Gesandten in Paris und Washington, viel gewandter als von Yoshizawa für Japan aufgemacht war!) — viel weiter stimmungsmäßig in prochinesisches Fahrwasser fortgerissen worden, als seine Machtlosigkeit ihm eigentlich gestattet. Briands Vorschlag einer Zurückziehung der japanischen Truppen (die freilich stellenweise zwischen 150 und 500 km über ihr sogenanntes Recht hinausgegangen sind!) gegen Schutzgewähr der Chinesen gegenüber allen japanischen Untertanen ist eine „*contradictio in adjecto*“, ein unmöglicher, schon raumtechnischer Widerspruch in sich selbst, weil kein Mensch in China die Sicherheit fremder oder eigener Untertanen auch nur vor den Toren von Nanking oder Schanghai gewährleisten kann, wieviel weniger in den nun völlig desorganisierten rund 1 Million qkm der Mandschurei. Dem tugendhaften USAmerika rechnet G. B. Rea in einem meisterhaften Aufsatz: „Hat Japan das Recht zur Selbstverteidigung“ (Has Japan the right to defend herself; *Far Eastern Review*; Bd. XXVII, Oct. 1931, S. 593—596), seine sämtlichen Sünden vor — von Kuba über San Domingo, Haïti, Nicaragua, Mexiko —, wobei er noch die Philippinen, Panama u. a. schamhaft verschweigt! „Keine Nation hat öfter als die USAmerikanische militärische Kräfte zu dem Zweck (for the purpose) zeitweiliger Okkupation fremder Länder angewandt, um angemessene Sicherheit und Schutz für ihre Bürger und deren Eigentum zu gewährleisten.“ Da muß man in USAmerika doch wohl so tun, als ob man's glaubte, wenn die Japaner dasselbe sagen! Im gleichen Aufsatz

wird den Russen nachgewiesen, daß sie es in der Mongolei unter hermetischem Abschluß genau so machen, wie 1896 bis 1904 in der Mandschurei, ohne daß China gegen diesen Raub Rußland, Völkerbund, Signatarmächte des Kelloggpackts oder Neun-Mächte-Abkommens gegen die Bedrohung von Urga, Sinkiang oder Barga in Bewegung gesetzt habe! — Auch sonst ist diese Nummer der FER. mit Stacheln ausgestattet:

„Feststellen wollen, daß die japanische Militärpartei mit 10800 Mann in weiter Kordonstellung als Bahnschutztruppen losbrechen wollte, um von China ein von 250000 angeblich wohldisziplinierten Truppen besetztes Land, die Mandschurei,



loszureißen, das geht doch eigentlich noch mehr gegen Stolz, Ehre und Würde der chinesischen Nation, als daß es den betreffenden japanischen Führern ein rühmliches Zeugnis ausstellt“ (obwohl wir General Y. Honjo persönlich als unternehmenden Mann kennen!). Weiter:

„Wenn eine japanische Kompanie von 125 Mann um 11 Uhr 30 abends die Feindseligkeiten eröffnen kann, eine umwallte chinesische Kasernenstadt mit 5000 Mann darin umzingeln darf und diese Stellung bis 3 Uhr 30 vormittags zu halten vermag, und dann, um diese Zeit erst durch weitere ganze vier Kompanien verstärkt, das Kasernenviertel um 5 Uhr 30 nimmt, dann muß entschieden etwas faul mit der chinesischen Armee sein.“

„Die Chinesen behaupten, mehr als 50000 Japaner seien zur Besetzung ihrer strategischen Knotenpunkte in der Mandschurei in Bewegung gesetzt worden; die

Japaner, ihre Truppen an der SME. am 18. September, seien ganze 10400 Mann stark gewesen, und mit allen Verstärkungen aus Korea immer noch unter 15000, der vertragsmäßig erlaubten Bahnschutzzahl, geblieben.“

Auch hier fliegen Lügenschleier wie Sommerfäden umher; und es genügt eben leider — wie Graf Condenhove rät —, den berühmten dreizehn Stimmen gegen eine in Genf oder Paris, die leisen Wörtlein: „Ruhr“; „Korfu“; „Ägypten“; „Cypern“ usw.; den großen Außenseitern aber — wie USA. und SSSR. — die oben genannten Namen ins Ohr zu flüstern, um sie als Vorkämpfer des Friedens und Völkerrechts verstummen zu machen, zumal Japan gelehrig mit Frankreichs Sicherheitskulisse und heiligen Gewaltverträgen arbeitet. Nicht nur die Furcht vor der am meisten schlagbereiten und volkspolitisch einigen Großmacht Asiens also ist es, die dem Völkerbund die Hand lähmt, sondern das schlechte Gewissen seiner Wortführer und allerdings auch das peinliche japanische Material für chinesische Angriffssünden; außer dem schmachvollen Fall Nakamura (Geopol. 31, XII) und zwei Bahnbrückensprengungen sind noch 142 Mord- und Raubanfälle und 59 Eisenbahnbeschädigungen aktenmäßig nachgewiesen und damit die Unmöglichkeit der wirkamen Schutzgewährung durch China, die Briands A und O ist!

Man konnte eben leider in der zweiten Hälfte 1931 ziemlich genau feststellen, daß die begeisterte Teilnahme für China und sein Recht um so hemmungsloser war, je schlechter die betreffenden Pressestellen und Völker informiert waren. Wenn Rousselle in Frankfurt, gewiß mit Recht, die Deutschen ermahnte, „sich dafür einzusetzen, daß den internationalen Verträgen (Völkerbund, Kelloggpackt) Geltung verschafft werde und daß das Recht über die Macht siege“, so mußten eben seine Hörer wissen, daß das formale Recht in der Mandschurei zunächst auf der ganzen Linie von chinesischer Soldateska gebrochen worden war, ehe das viel zahlenschwächere Japan zu einer allerdings mächtigeren Abwehr einsetzte. Das ist doch die vielen unbequeme, aber beweisbare Wahrheit! Die ersten dazu, den Völkerbund zur Geltung zu bringen, sind seine Gründer: Angelsachsen und Franzosen; die nächsten, dem Kelloggpackt Achtung zu verschaffen, sind die USAmerikaner, die ihre Krallen in der ostasiatischen Politik oft und unbefangen genug eingemengt haben, wenn sie ihren Vorteil dabei fanden. In Wahrheit ist Japans geopolitische Lage auf dem Festland sehr kritisch, wie Rousselle richtig feststellte; die Chinas ist es aus einer riesenstarken Ausgangsstellung nur durch eigene Schuld und wiederholte Unehrlichkeiten seiner älteren und neueren Staatsmänner und militärischen Führer geworden. So knüpfen sich in fast ungebrochener geopolitischer Linienfolge größere Verrätereien, Trugverträge und Vertragsbrüche in mandschurischen Angelegenheiten an die chinesischen Namen: Li-Hung-Tschang; Yüan-Shi-Kai; Chang-Tso-Lin; Feng-Yu-Hsiang; Chang-Hsue-Liang u. a., die sämtlich aus der chinesischen Presse leicht und vielfach zu belegen sind, während es schwer hält, eine gleich unrühmliche japanische Namenfolge

dieser gegenüberzustellen. (Vgl. die mandschurische Räuberkarte in „China Weekly Review“; Bd. 59, Nr. 10.)

Selbstverständlich wird man, neben den unmittelbar zum Zug kommenden Figuren dieses Schachspiels, nicht die von außen hereinwirkenden, viel stärkeren und ihre Drahtzieher übersehen dürfen. Nicht leicht auf der Erde liegt die Versuchung zu Fehlurteilen so nah, wie gerade auf dem mandschurischen Kraftfeld mit seinem Kreuz von Fremd-Eisenbahn-Zonen, mit seinem Drei-Strom-Problem und seinen Kurzschlußgefahren, die durch Auslösung raumwuchtiger Pan-Idee-Fernwirkungen von Moskau und Washington her jederzeit zu Weltausmaßen gesteigert werden können.

Der kühne Satz von Jean Lefranc (Temps, 23. 8. 31): „La géographie est une science évocatoire.“ „Par tout ce qu'elle suggère, bien plus que par ce qu'elle apprend, elle enchante et libère quiconque porte le regard au delà des horizons coutumiers“, gilt wohl am meisten für geopolitische Berichte an der Jahreswende, wo man vor allem aktive Pan-Ideen berücksichtigen muß. „Die Entwicklung der kommenden Jahrzehnte wird im Zeichen großräumiger Pan-Ideen stehen.“ „Die Völker, durch den Weltverkehr einander nähergebracht, verlangen derartige Wunschziele, die ihnen über die Politik des Tages hinaus Richtung sein können.“ So schrieb, mit vielen anderen Klugen über die aus nächster Nähe beobachteten panafrikanischen Bewegungen weißer und farbiger Natur Dr. Herbert Hanisch in seinem „Deutschafrikaner“ (Pretoria, 30. 7. 31, S. 13 u. 15), den Bureneinschlag und seine Dynamik in Rhodesia betrachtend. Hier wird das indopazifische Gebiet nur soweit gestreift, als Indien Ost- und Südafrika wie sein „Amerika“ betrachtet, den Überdruck einer heute noch fernen Zukunftsentwicklung witternd. Wieviel Selbsttäuschung bei der Abschätzung zukünftiger „Colour“-Fragen aber in der Gegenwart unterläuft, das beweist uns eine Mitteilung des britischen Kriegsministers, wonach in der aktiven französischen Armee 178400 nichteuropäische Truppen, in der italienischen 27600, in der USAmerikanischen 11200 und in der britischen 19974 farbige Mannschaften geführt werden! Vergaß man dabei absichtlich in London die mehr als dreifache Überlegenheit ausgebildeter Farbiger in Indien einschließlich der Fürsten-Staaten-Truppen? Vergaß man das koloniale Schutzbedürfnis der Niederlande — die erst Mitte 1931 so treuherzig ihre wehrpolitische Unterbilanz dargetan hatten? (Geopol. X.)

Wen also täuscht man hier? Nur das Britenparlament oder auch „Pancuropa“?

Könnten wirklich nur 19974 farbige Männer im britischen Machtbereich von über 450 Millionen, davon allein 353 in Indien, mit Gewehren umgehen, so wäre freilich Frankreich ungleich mehr gefährdet! Aber unsere Leser wissen es anders. Sie sind immer ein wenig besser über die kriegstüchtig ausgebildeten Millionen und Hunderttausende der Monsunländer unterrichtet worden, als in diesem Fall das britische Unterhaus; so können sie sich zur Not errechnen, wieviel brandwillige

Nahrung eine Stichflamme finden könnte, die z. B. aus dem Aufflammen einer asiatischen Pan-Idee plötzlich über weite Räume wegfahren würde. Wir sprachen schon davon, daß in diesem Fall vielleicht sogar das Legen von Gegenbränden, wie einem panpazifischen, allindischen, großchinesischen, ja sogar gewisser Islâm-Neubildungen vorteilhafter wäre, als Abwehrversuche von hoher, bewaffneter Hand mit unzulänglichen Mitteln.

Darum ist es eine Forderung des Tages, gerade an dieser Jahreswende weltüber die Überschneidungen der Pan-Ideen, die statischen Grundlagen und dynamischen Werte der einzelnen Pan-Ideen zu überschauen. Statisch am eindrucksvollsten im Flächenkolorit sind im indopazifischen Bereich sicher noch immer das Britische Reich, dann erst die großen Förderativverbände der Zukunft: SSSR. und USA.; diese letzten in der richtigen Reihenfolge benannt, denn für die Zukunft sind SSSR. raumgewaltiger und menschenreicher, vitaler, als USA. — auch mit ihrem indopazifischen Druckquotienten. Und nur hinter den Sowjets steht in voller Stärke die Werbekraft einer natürlichen Pan-Idee der Alten Welt, der panasiatischen; hinter den USA. — und durchaus nicht hinter ihnen allein — die mehr kulturpolitisch konstruierte, aber dennoch gewiß werbemächtige der panpazifischen Ausgleichsgedanken.

Damit liegen die beiden Staatenbünde gegenüber dem entgliederten britischen Weltreich im vierten Stadium weit voran im Rennen, soweit die Dynamik der Pan-Ideen in Frage kommt; denn die zugkräftigste Pan-Idee innerhalb des Britischen Reiches, die allindische, kehrt sich gerade so gegen die „Herren Indiens“ wie die panasiatische, während die panpazifische Ausgestaltung die Gefahr des Abtriftens von Australien, Neu-Seeland, Kanada in die Anziehungskraft der USA. unter scheinbar größerer Selbständigkeit an die Wand malt.

Wie schwierig innerhalb dieser Spannungen die Lage des gezerzten Inselbogenbereichs an der ostasiatischen Küste werden muß, ist ihrer stärksten Macht, dem japanischen Inselreich, völlig klar. Es fährt deshalb nicht, wie Deutschland vor 1914, in gefährlichstem Fahrwasser „Volldampf voraus!“ — auch in der Mandschurei nicht! —, sondern fast Wege, wie ein von U-Booten verfolgter Dampfer zwischen SSSR., Angelsachsenpolitik und China; zumal es nicht nur die in Korea, sondern auch die in der Mandschurei und im chinesischen und indischen Handel gewonnene Ladung zu erhalten wünscht. So vielfältige Ziele erzwingen Zickzackfahrten, wenn es nicht zu Katastrophen kommen soll, denen raumenge, überbaute und überfrachtete Fahrzeuge am meisten ausgesetzt sind. Sie lernen deshalb Statik erhalten und Dynamik fürchten, und Anschluß an darin wesensverwandte Mächte suchen: d. h. aber Anlehnung an die alten Kolonialmächte und zur Zeit fast hoffnungslosen Verzicht auf jede panasiatische Führung, wie es Sun-Yat-Sen im Zorn über ihre nach seiner Meinung falsche Option schon 1914 den Japanern vorhersagte.

Wo sind nun indopazifische Gegenbrände wahrnehmbar?

Unbestreitbar ist, daß zwei der großen Zerrungsräume der Alten Welt, der indische und der chinesische, durch den stillen, aber erfolgversprechenden Auftakt der Burma-Tagung in London, wie den bisherigen Gang der mandschurischen Ereignisse eine derbe Warnung für ihre allzu intransigenten zentralistischen Rechthaber empfangen haben. Es geht zunächst unter Umständen in geopolitisch ganz haltbarer Weise auch ohne sie auf regionalem Wege weiter!

Denn ein Abtrennungserfolg in Burma mit weitgehenden provinziellen Zugeständnissen hat etwas sehr Verführerisches, auch für Nordwestgrenze, Sind und mohammedanische Westhälfte des Punjab; das mögen sich Gandhi, Jawaharlal Nehru und andere vor Augen halten. Und wenn regionale Lösungen im äußersten Westen und im äußersten Osten des indischen Lebensraums gelingen, dann kommt vielleicht auch für die größeren, lebensfähigen Fürstenstaaten die Lust, ihre Erhaltung auf diesem Wege zu versuchen; dann können im Rest-Indien die kastentreuen und die kastenlosen Hindus die hellen und dunklen Rassen, klug mit Minderheiten ausgewogen, gegeneinander ausgespielt werden; und 1 bis 2 Millionen Intellektuelle unter 353 Millionen im ganzen zwischen den Stühlen durchfallen, auf die sie sich allzu breit und herrisch gesetzt haben.

Im Fall der Mandschurei aber hat sich die Kuomintang und alles, was links von ihr ficht und schreit, vielleicht nicht genügend klargemacht, welche Versuchung für alle, die noch etwas zu verlieren haben, ein klug hinter die Kulissen eines oder dreier Pufferstaaten zurücktretendes japanisches Sicherungsrückgrat auch für andere chinesische Länder haben könnte. Geopolitisch besteht kein Hindernis, daß indische und chinesische Einheitslösungen bei sehr kluger Politik der beiden beteiligten Inselreiche durch ländersweise Auflösung übergroßer Volksböden auf Jahrhunderte verzögert werden. An ihre dauernde Ausschaltung glauben wir nicht. Aber lebensfähig sind an sich unter erfahrener außenpolitischer Führung ein weitgehend autonomes Burma, eine autonome Mandschurei, ein Islâm-Nordwesten in Indien, mit Karachi als Haupthafen, ein Kaschmir, Hyderabad, Mysore, Travancore — aber auch Szechuan, Schantung, Fukien, Yünnan... Brandgefährlich bleiben nur Südbombay, Bengalen dort, die Kwang-Provinzen und Hupe-Hunan-Honan sowie Kiangsi hier.

Aber dies alles sind Landschaften, in denen der politische Wille und Gestaltungswunsch sich nicht zu gleicher Opferbereitschaft verdichtet; die ungeheuren Zahlenunterschiede der freiwilligen Wehrbeteiligung der Bevölkerungen etwa des Penjab, der Himalaya-Vorlandschaften gegenüber der Leistungsflucht in Zentralindien, Bengalen usw.; die Zusammenbrüche der wirtschaftlich so einflußreichen beiden Durchgangslandschaften Chinas von den Kwang-Ländern ins Yangtsegebiet (Changsha-Hankau; Kiangsi-Kiukiang) und die Unmöglichkeit, sich auf sie zu

stützen, für fast alle Parteien, liefern hier in Zahlen greifbare geopolitische Dauerwerte.

Sowenig Mark gleich Mark ist, ist Soldat gleich Soldat und Parteigänger gleich Parteigänger. Daher die Schwierigkeit, für den Ausgleich weit überlegener Zahlenmassen gegenüber scharfkantigem Willen, etwa bei Zusammenstößen zwischen kleinen japanischen Truppenkörpern und zusammengeschwemmten chinesischen Massen, sichere Anhaltspunkte für den Ausgang zu geben, die schließlich eben doch nur aus der Kenntnis landschaftlicher Erbwerte heraus gegeben werden können. Denn auch in Japan ist Division längst nicht mehr gleich Division; und ich würde persönlich als Führer lieber im Verhältnis 1:3 etwa den Großstadtdivisionen aus Osaka-Kyoto-Kobe oder dem Kwanto gegenüberstehen, als 1:1 den harten Nordleuten der 2. Division oder den malaienblütigen, amoklaufenden Draufgängern der Kumamoto- und Kochi-Truppenteile. Für ein bodenständiges indisches Heer aber türmen sich auf diesem Felde große Schwierigkeiten entgegen, zumal die Eitelkeit der „weichen Gegenden“ die Gefahr des feldbedeckenden Ausreißens ihrer Stammesbrüder nicht Wort haben will, bis sie z. B. in „riots“ den andern gegenüberstehen und nach der fremden Polizei schreien oder Heeresersatzzahlen die Wahrheit offenbaren.

Natürlich wirken geopolitische (besonders klimatische) und ethnopolitische Antriebe bei solchen Wertunterschieden zusammen, und die Auslese zwischen beiden ist nicht ganz leicht. Da verwandte Erscheinungen der Abstufung im Wehrwert aber auch in Europa zu finden sind, mußte auf ihr Vorhandensein und ihren Einfluß im indopazifischen Gesamtbereich gerade in einer Jahresschau vor den im Jahre 1932 durchaus möglichen größeren Zusammenstößen von Völkern hingewiesen werden, auf die Gefahr hin, Unliebsames zu berühren und Minderwertigkeitskomplexe gegen die Geopolitik als solche mobil zu machen.

Wie will man z. B. solche Abstufungen bei einer Abrüstungskonferenz in Anschlag bringen?

S P Ä N E

Riesendampfer . . .

Es gibt Einzelereignisse, die deutlicher als viele andere geopolitische Fingerzeige geben. Der Entschluß der Cunard-Gesellschaft, den Weiterbau ihres Riesendampfers einzustellen, gehört zu diesen. Das Riesenschiff, das nun zu zwei Dritteln fertig auf seiner Werft am Clyde liegt, sollte England das Blaue Band

des Atlantik zurückerobern. Der Verzicht darauf bedeutet ein Anerkennen des Rückgangs, das der Schiffahrtsgesellschaft, der englischen Regierung und dem englischen Volke gleichmäßig schwerfällt. Die Ankündigung der französischen Regierung (von dem Minister de Chappedelaine zugesagt), daß sie dann auch den Bau des französischen Riesen-

dampfers stoppen werde, zeugt von klarer völkerpsychologischer Einsicht. Aber auch die statistischen Zahlen sprechen deutlich genug. Der Westverkehr in der atlantischen Personenschiffahrt (für den Ostverkehr liegen die neuesten Zahlen noch nicht vor) ist von 540 000 auf 300 000 Passagen im Jahr gesunken. Daß der skandinavische Anteil dabei ganz unverhältnismäßig stärker gesunken ist (um volle vier Fünftel!) als der englische oder deutsche, verdient als geopolitisches Krisenzeichen für einen sonst abseitigen Raum besonders erwähnt zu werden.

* *

Wir und die Mandschurei

Der mandschurische Konflikt hat außer seiner indopazifischen auch eine grundsätzliche Bedeutung: Seine Behandlung in Genf weist mit besonderer Deutlichkeit auf die geopolitischen Schwächen im Bauplan des Völkerbundes hin. Wir sind gewohnt, daß wichtige Fragen Europas unter wesentlicher Mitbestimmung von Ostasiaten und Lateinamerikanern gelöst werden (Beispiele: Oberschlesiens Teilung unter maßgebender ostasiatischer Mitwirkung; Begräbnis der Zollunion im Haag durch die den Franzosen folgenden Lateinamerikaner und das Sondervotum des Kubaners de Bustamante). Schon bei dem Chaco-Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay hat sich gezeigt, daß der Völkerbund nicht wagen darf, sich jenseits des Atlantik zur Geltung zu bringen. Die Behandlung der mandschurischen Frage, das ständige Zurückweichen bald vor China, bald vor Japan beweist, daß er auch im Fernen Osten nichts zu sagen hat. Wo Lebensinteressen einer wirklichen Großmacht auf dem Spiel stehen, bleiben ihm nichts als inhaltlose Resolutionen. Wie groß der Erfolg des regionalen Machtstandpunktes gegenüber dem universalen Machtanspruch in der Tat gewesen ist, beweist folgende geopolitisch und „geojuristisch“ aufschlußreiche Einzelheit. Während der Völkerbundsverhandlungen wurde den Japanern der Vorschlag gemacht, sie möchten ihren Streit doch dem Internationalen Schiedsgericht unter-

breiten. Dort würden sie — und darin sind sich so gut wie alle Juristen im Gegensatz zu der ganz überwiegend prochinesischen deutschen Presse einig — mit ihrem Rechtsstandpunkt einen vollen Erfolg erreicht haben. Japan hat diesen Weg abgelehnt, da es nicht in der Lage sei, eine lebenswichtige Frage der internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Japan hat seinen Standpunkt durchgesetzt. Mit welchem Erfolg die an Ort und Stelle untersuchende Mandschurei-Kommission nach Hause kommen wird, läßt sich danach leicht voraussehen.

* *

Es gibt auch eine reichsdeutsche Seite der mandschurischen Geopolitik. Jede Weltlage (häufig ist es eine vergangene) spiegelt sich wider in der amtlichen Gliederung der Welt, wie sie in diplomatischen Zentralen Geltung hat. Da gehört nun die Mandschurei gewöhnlich zu Ostasien; sobald sie aber die Genfer Zentrale berührt, gerät sie natürlich auch im Quai d'Orsay, in Downing Street und in der Wilhelmstraße in die Abteilung Völkerbund. Während nun die ostasiatischen Abteilungen der Ämter ein bestimmtes Maß von Sachkenntnis und Vorsicht mitbringen (sie wollen es vor allem vermeiden, zwischen Japan und China Partei zu ergreifen), verfügen die Völkerbundsabteilungen für diese Frage durchwegs über ein geringeres Maß dieser wünschenswerten Eigenschaften. Wenn man sich nun auf den Standpunkt stellt, daß man bekanntlich als Großmacht mit ständigem Sitz im Völkerbundsrat anerkannt sei und deswegen auch bei allen Angelegenheiten mitreden müsse, dann kann man als Großmacht ohne Macht in unglückliche Umstände geraten. Die Warnung von Schimonoseki bleibt lebendig — und leise Schwankungen des mandschurischen Bebens durchzittern nicht die Geopolitik, aber die Ämtertopographie der Wilhelmstraße. Und wenn sie nur die Form des Witzworts fänden, man solle keine Eulen nach Athen tragen und keinen Schnee in die Mandschurei...

* *

Der von General Yoshimori Honjo innerhalb des Zeitraums einer europäischen Mobilisierungsperiode wehrtechnisch gelähmte Raum in der Mandschurei umfaßt — auf Mitteleuropa übertragen, vom Rhein mit einem Hebelansatz bei Frankfurt ausgehend — mit seinen Außengrenzen den Bereich Kufstein—Regensburg—Leipzig—Berlin—Stettin—Hannover—Kleve! Was den völkerrechtlich Besitzberechtigten blieb, ist ein Reststück vom Umfang des bayerischen Innviertels oder Hinterpommerns im Verhältnis zu rund 1 Million Quadratkilometer. Danach beurteile man die Möglichkeit, dort einen „potentiel de guerre“ zur Auswirkung zu bringen, wenn die wehrgeographische Lähmung vollzogen ist! Auch in der Mandschurei führen, wie im deutschen Volksboden, vier — nicht nur eine! — leidlich durchlaufende Bahnlinien vom Süden nach dem Norden. Dennoch wurde das östliche Dreiländergebiet auf Anhieb in drei Teile auseinandergesprengt, ehe es ihm überhaupt zum Bewußtsein kam, was ihm — mit ganzen 10 800 Mann! — geschehen war!

Neben Eroberung und Selbstbehauptung tritt wehrgeographische Lähmung durch unglaublich kleine, hochwertige Menschenzahlen mit entsprechender Kriegstechnik als geopolitischer Übergangszustand immer mehr, statt weniger in den Vordergrund. Zahlen von 250 000 Mann für die an Größe Deutschland und Frankreich zusammen erreichende Mandschurei, von 100 000 für einen Raum von Deutschlands Größe erweisen sich dabei zur Selbstbehauptung unzureichend (innerpolitisch z. B.); nur ein Zehntel davon genügt, aber in zielbewußten Händen, zur außenpolitischen Lähmung! — —

* *

Noch immer prägen Franzosen „aperçus“, natürlich auch geopolitische, so: „La géographie est une science évocatoire“ (Jean Lefranc — vgl. Bericht I/32); oder „La Mandchourie moderne création ferroviaire“ (Y. M. Goblet; Temps, 11. 12. 31) oder „chapelet d'îles surpeuplées“ (Rosenkranz übervölkert Inseln) für Japan!

„Le boycottage-arme chinoise“ überschreibt André Duboscq einen Aufsatz (Temps, 10. 12. 31) voll funkelnder Lichter über dieses wehrtechnische Problem, dem Mitteleuropa so ahnungslos gegenübersteht, wie China und Indien wissend! Ein heiliger Einschlag (Gandhi; Köln. Ztg., 8. 12. 31) kann dabei nicht schaden. Es erhöht den Genuß an bösen Werken gegenüber Feinden, wenn man für sich gute Werke und Seelenrettung damit verbinden kann.

Seltsam genug, daß es Ruskin war, der den wohlhabenden Rechtsanwalt Gandhi im Januar 1904 von seinem Einkommen von 60 000 RM zum revolutionären Asketen wandelte, was Tolstoi dann vollendete. Es bedurfte weltüberspannender Sprünge, um eine so unscheinbare Verquickung von Religion und Politik, Hingabe und Gerissenheit zustande zu bringen. Ein Volksboden allein war solcher Fruchtbarkeit nicht fähig!

* *

Daß man gewaltlosen Widerstand nicht nur in Indien, sondern auch in China zu praktizieren versteht, geht aus folgenden Regeln hervor:

„Keine japanischen Erzeugnisse kaufen, verkaufen, verfrachten, benützen! Den Japanern keine Rohstoffe oder andere Werkmittel liefern! Keine Menschen und Waren auf japanischen Schiffen reisen lassen! Japanische Banknoten abweisen — (besonders harte Versuchung!) — und kein Geld in japanische Banken legen! Nicht für Japaner arbeiten! Keine Annoncen für japanische Waren veröffentlichen! Keine Japaner empfangen!“ (Auch wenn sie bewaffnet kommen?) — —

Zum Vollzug dienen: „Todesstrafe in schweren Fällen! Züchtigungskomitees! Als Züchtigungen: Warenwegnahme; Öffentliche Anzeige; Einsperrung und Pranger; Schleppen durch die Straßen im Verrätergewand; Öffentliche Ausstellung des Verräters im Bilde...“ Das klingt radikal und ist es in der Praxis noch mehr! Jedenfalls wird es gefürchtet.

KARL PINTSCHOVIVS:**Staat, Raum und Wirtschaft****Die Umrissc gegenseitiger Abhängigkeit****Die Sicherheit unserer Staatsvorstellung ist erschüttert**

Wer in Deutschland 35 Jahre alt oder älter ist, geht noch auf die Zeiten zurück, denen ein Zweifel an der Daseinsbeständigkeit des jeweils gegebenen Staates unendlich fernlag. Das Gefühl für die Absolutheit des gegebenen Staates war bei uns Deutschen besonders groß. Um so mehr an Glauben und Zuversicht riß der plötzliche Sturz des gedankenlos hingenommenen Ideals mit sich. Eine Staatsgesinnung, die, wie die deutsche, so sehr auf Energie und oft platte Rigorosität der patriotischen Disziplin gestellt war, mußte, wenn sie einmal plötzlich solche Schläge erlitt wie 1918, 1919 usw., unaufhaltbar zerfallen und viel schwerer einzufangen sein als etwa die französische Art von Staatsgesinnung, die weniger Ernst und mehr Beweglichkeit hat.

Da ist es denn kein Wunder, daß man in Deutschland nach dem Weltkriege nur daran dachte, die Einbuße an Hoheitscharakter auf ein fahrlässiges oder wider besseres Wissen gegen die Nation verschuldetes Regierungsverhalten, auf Demoralisation zurückzuführen, und nicht danach zu fragen, ob sich hier nicht die besondere Not mit einem viel allgemeineren Schicksal begegnet, von dem alles staatliche Wesen in der Welt betroffen sein muß.

Ohne ein solches Zusammentreffen von Sonderschicksal und allgemeinem Verhängnis hätte die Krise des deutschen Staatswesens nicht diese Wucht. Den Gefahrengchalt der Reparationspolitik, wie sie von den Siegermächten betrieben wird, übersieht erst ganz, wer dies erkannt hat: dem Kriege ähnlich, „schlägt sie zugleich den Hirten und die Herde“. Deutschlands politisches Schicksal kann für den Unwandlungsprozeß, dem das Staatswesen allgemein ausgeliefert ist, eine ungeheuerere Beschleunigung bedeuten. Ein Deutschland mit einer in ihrer Handlungsweise so beschränkten Politik wird an die Spitze einer Entwicklung geschoben, deren erstes Merkmal der Hoheitsverlust und die Privatisierung des Staates ist. Es ist anfällig.

Das Problem dieser Entwicklung fällt mit dem Problem der Geopolitik zusammen. Entscheidend ist die Veränderung im Verhältnis des Staatswesens zum Staatsgebiet, ist die Lockerung aus den Bedingungen von Boden und Raum, ist die Krafteinbuße der alten staatlichen Machtmittel. Deren grobe Sinnlichkeit hat keinen ausreichenden Bezug auf einen gesellschaftlichen Zustand, in dem Vertrag und Konto herrschende Bewegungsmittel sind. In dem es eine Bewegung gibt, die zu flüchtig ist, um von einer polizeilichen Grenzsperrc kontrolliert werden zu können — eine Bewegung, deren Entfernungsverhältnisse eigene ungeometrische Bedingungen

zeigen und deren Kausalbeziehungen den Überraschungsfaktor des menschlichen Willens enthalten. Wir müssen uns damit abfinden, daß der Staat in diesem Prozesse die unnachahmliche Vorzugsstellung vor anderen Organisationsfiguren abbaut. Der Staat bleibt nur noch so weit vor diesen anderen Organisationsfiguren im Vorteil, wie noch geophysische Bedingungen in den nunmehr zur Eigenbestimmtheit gelangenden Sozialzusammenhang hereinwirken.

Tatsächlich muß die Entwicklung dahin schon im Ausgang des Mittelalters mit dem Sieg des Privateigentums über das staatliche Obereigentum begonnen haben. Als der Mensch in politischer und in geistiger Hinsicht freizügig wurde, erhielt der Gang der Geschichte aber wohl erst den entscheidenden Stoß. Alles, was man unter Liberalismus und Demokratie erstrebt und erreicht hat, kam der Entwicklung zugute: die Gewerbefreiheit, der Schulzwang, die kommunale Selbstverwaltung und das Ehrenamt. Der Staat des Absolutismus entsprach einem Schema, das durch die Vorstellung einer vegetativ am Boden haftenden, homogenen Masse im Verhältnis zu einer problemlos durchgreifenden, stabilen Regierung zu erläutern ist. Hingegen schaffen Demokratie und Dezentralismus die Sachlage, daß sich der Staat über die eigentliche Absicht der liberalistischen Ideologen hinaus entladet und in obrigkeitsschwachen Verzweigungen seinem Gemeinwesen einverleibt, um in solchen zivilen Formen von innen heraus den Gesellschaftszusammenhang zu durchwirken — dies alles, wie wenn es für ihn eine Selbsterhaltungsreaktion gäbe.

Erfindungen und Entdeckungen forderten die Entstehung von Organisationsgewalten heraus, die außerhalb des Staates liegen. Die großen Binnenwanderungen verschoben die Schwerpunkte. Die industrielle Anlage verhalf dem Menschen zu merkwürdigen Hebelwirkungen, mit denen man sich über die örtlichen Bedingungen der Landschaft hinwegsetzen konnte. Das an sich Unglaubliche geschah: es türmten sich nationale Wirkungszusammenhänge (z. B. Konzerne) weit über die Tragkraft ihrer landschaftlichen Fundamente hinaus auf. Die hoheitlich betreute Masse der von moderner Ingenieurkunst und Kapitalismus ergriffenen Staaten schob sich weit über den eigentlichen Rahmen des gebietsmäßig Gegebenen hinaus.

Zum Wunder der juristischen Person trat die Erfindung der Aktie (die G. von Schultze-Gaevernitz als einen Nebeneffekt des objektiven Idealismus dargestellt hat). Anonyme Organisationsgebilde konnten Eigentümer werden wie die physische Person, was nicht einer toten Hand, sondern der so entwicklungsbegabten Hand der Industriewirtschaft zugute kam. Juristische Person und Aktie bedeuteten das Aufspeichern neuer Kräfte zu Geschichtsfaktoren. Von da rührt her, was nach Sombarts Vorbild Institutionalisierung, Vergeistung und Versachlichung genannt worden ist. Von da rührt die Rolle der als Fluch empfundenen fixen Kosten her, die zu Überproduktion treiben müssen, wenn die variablen Kosten im Verhältnis zu ihnen klein sind. Damit verbunden ist ein einschneidender Umbau der Bedarfsstruktur, den man nicht einfach als Wachsen der Ansprüche erklären kann. Es war ganz sinn-

gerecht, einen von der Natur entfernenden Zug zum Anorganischen, das Aufkommen von Ersatzmitteln als bezeichnend hinzustellen. Wenn ein Mißverhältnis zwischen Ernte und Bedarf früher einfach Hungersnot bedeutete, spricht man in solchen Fällen heute von Krise. Die Auslieferung an die Gewalt der Natur ist einem selbstbewußteinsvollen Willen zur wirtschaftlichen Maßnahme gewichen.

Die Kreditscheinung läßt sich schon lange nicht mehr aus dem Begriff des Darlehens ableiten. Weit über die Tatbestandsfrage eines Rechtsverhältnisses hinaus hat sie sich zu einem allgemeinen, aus Freizügigkeit und neuartiger Fähigkeit zum Fernkontakt geborenen Zueinander der Organisation entfaltet, mit dem eine Art Depersonifizierung verbunden ist. Es baut sich ein Reich der unbeschränkten Berührungsmöglichkeit, ein Reich des Weltkontokorrents, aus, wie von anderer Seite gesagt worden ist (L. von Wiese). In seinem Wesensinhalt müssen die autonomen Ordnungsgründe des neuen Sozialzusammenhanges gesucht werden. Man würde diese Ordnungsgründe vergeblich suchen, wenn diese Welt des Kontaktes in sich völlig gleichwertig wäre. Die persönlichen Möglichkeiten sind in dem modernen Kontaktleben dem Wesen nach unbeschränkt, sie gliedern sich aber, stufen sich ab, liegen ferner oder näher.

Um das Bild des neuen Sachverhaltes ganz anschaulich zu haben, muß man sich der Tatsache einer über das Örtliche im alten Sinne hinaushebenden Milieugemeinschaft bewußt werden: das Danaergeschenk der Zeitung, Radio, Post, Telegraph, Telephon, Eisenbahn, Schnelldampfer und Flugzeug. Die zum Sozialzusammenhang gehörigen Menschen sind, wie man gesagt hat, auf einen übernationalen Rhythmus gebracht. Die Erweiterung des Blickfeldes bringt Gleichrichtung: die Normalportion der Zeitung, die Fabrikware, der schulmäßige Bildungsstoff, die zunehmende Kenntnis fremder Sprachen, die Einbuße an Besonderheiten des Dialektes, die Emanzipation der Frau. In dem Maße, wie der Gedanke der Universal-, der Menschheitsgeschichte jetzt gewissen Sinn zu erhalten scheint, belebt sich auch irgendwie das von Quetelet in den Mittelpunkt seiner Sozialphysik gestellte Problem des mittleren Menschen. Die Versuchung, alles auf Statistik zu setzen, steigt. Gewisse eschatologische Deutungen finden neuen Stoff. Die Symptome machen es möglich, von einer „ungeheuren Gleichzeitigkeit zu sprechen, die sich als Endzeit und als Fülle aller Zeiten darstellen“ lasse (Rosenstock). Dazu der Gedanke, daß die Geschichte in eine Art Stellungskrieg geraten sei (der Theologe Hans Ehrenberg), indem die plastische Wirkung von Gedächtnis und Geschichtsbewußtsein versagt und der Wegfall des in den landschaftlichen Bedingungen liegenden Festigkeitsfaktors einen früher ungekannten „Proteuscharakter“ zulasse.

Entzauberung des Staates?

Diese Stimmen mag man in ihren Folgerungen bewerten wie man will — was sie feststellen, arbeiten sie bis zu letzten Ausdrucksformen heraus: das erkenntnis-

theoretisch-faßbare, bis in die Tiefe der Natur eingreifende Anderswerden. Wo man ehemals nur Vasallen elementarer Mächte sehen durfte, hat man heute Grundlagen sozialer Selbstgestaltung vor sich. Die soziale Welt ist in dem Sinne zu sich selbst gekommen, daß sie in kosmischer Weise ihr Schwergewicht in sich selbst trägt und nicht mehr durch Daten im Sinne der physikalischen Geographie fremdbedingt ist. Der Kosmos, den die Forscher oder gewisse Spekulanten vor dieser Entwicklung als Gegenstandsbereich einer politischen Ökonomie oder einer allgemeineren Sozialbetrachtung zu erkennen meinten, ist eine Täuschung gewesen. Der alten, vor die Entwicklung gehörigen Nationalökonomie hat der selbständige Sinn gefehlt, sie kann nichts anderes als Kameralismus und materielle Ergänzung zu Anthropologie und Biologie gewesen sein.

Daß Maschine und Ingenieurkunst so entscheidend geworden sind, brachte eine prometheische Überschätzung des Willens mit sich. Den neuen Gesellschaftszustand in Organisation aufzulösen, den Staat, insbesondere wie es Max Weber versuchte, als eine völlig zu rationalisierende Anstalt zu behandeln, ist Vermessenheit. Der Satz von der Entzauberung der Welt entsprach zu sehr dem Zuge des 19. Jahrhunderts, als daß er hätte eindruckslos bleiben können. Inzwischen aber hat er seinen Atem verloren, wie auch die Idee der Herrschaft über die Natur selbst. In der zu sich selbst, zum Eigenleben erwachten sozialen Welt treten gleichfalls, so stellt sich heraus, anonyme, schicksalhaft umfangende Mächte hervor, Strukturen und strukturverbundene Zugkräfte, die den Willen der Beteiligten leise beherrschen. Charakteristisch dafür das Rollespielen des Menschen — daß jeder von Bedingungen der Zeit voll in Anspruch genommene Mensch so veränderlich ist wie die Gestaltzusammenhänge, an denen er teilnimmt.

Daß sich hier eine bis auf den Grund gehende Verschiebung vollzieht, halte ich für eindeutig. Sie vollzieht sich aber nicht mit einem Ruck, vielmehr langsam, als ob sich die Geschichte quälen müßte. Der Einwand, möglicherweise handele es sich nur um einen an gewissen Mittelpunkten besonders weit getriebenen Vorgang, der nicht das Ganze der sozialen Welt zu treffen brauche — dieser oft erfolgreiche Einwand verfängt hier nicht. Den Gaben der neuen Zeit gegenüber besteht keine Wahl, besteht auf die Dauer keine Möglichkeit, sie zurückzuweisen. Die Mittel der neuen Ingenieurkunst sind naturhaft, zwingend. Was so wie sie in vitaler Hinsicht neue Bedingungen schafft, geht seinen Weg unaufhaltsam zu Ende.

Wirtschaft trennt Staat vom Boden

Das Wesen des neuen Sozialzusammenhanges beruht jedoch darin, zweideutig zu sein. Doppelgesetzlichkeit, Zweischichtigkeit ist das Hauptmerkmal. Zwei Bedingungsfelder stoßen zusammen. Zwei Kausalitäten treffen sich: die Kausalität durch Freiheit, die aus der Spontaneität des Willens fließt, und die Kausalität der Notwendigkeit, die außerhalb des Willens steht.

Daß es nicht gelingen will, die Landwirtschaft ganz in die Entwicklung hineinzuheben, sie in den „kapitalistischen Markt“ einzugliedern, erklärt sich aus der besonders starken Beteiligung der geophysischen Schicht: diese kontrolliert hier das Bedingungsfeld der Tat. In dem Sinne ist Schutzzoll ein rationalistisches Anrennen gegen anders-, gegen raumbedingte Gegebenheiten. In demselben Sinne haben wir es zu bewerten, wenn sich der Boden durch Rückgang der Fruchtbarkeit gegen Monokultur — gegen weiteren Kunstdünger wehrt, und gegen wissenschaftliche Rationalisierung überhaupt. Darauf geht die Problematik der „Bewegung des Bodens zum besten Wirt“ (Aereboe) zurück. Dieselbe große, heute alles erfüllende Problematik in der Lehre vom industriellen Standort, besonders wenn man sie von den Möglichkeiten einer rationalen Verkehrspolitik her anschneidet. Die Verkehrspolitik wird unserer Zeit noch als Kind und Liebling der neuen Verhältnisse vertraut werden. Ihr ungeheuerliches Vermögen, die Entfernung im Sinne von Rentabilität und kaufmännischer Kalkulation zu beeinflussen, bestimmte Waren fördern oder niederschlagen, Löhne mit Arbeiterwochenkarten stützen zu können, hat heute bei aller Sanftheit der Formen stärkere Möglichkeiten des politischen Handelns in sich, als die autoritativ auftretenden Systeme.

Ein alltäglicher Sachverhalt, den der Staat immer noch suspendieren kann, wenigstens, soweit seine Macht reicht: der Fall des Krieges. Unserer Betrachtungsweise nach muß Kriegszustand als ein Zurückgreifen erscheinen, als gewaltsames Zurückgreifen des Staates auf die Bedingungsverhältnisse, wie sie vor der industriellen Entwicklung gegeben waren. Der Autarkiegesichtspunkt lebt von dem Gefühl, diesen Gedanken der Aufhebbarkeit pflegen zu sollen. Auch ist Volkswirtschaft nur insofern gültiger Begriff, als er auf einen autarkischen Ausnahmezustand gemünzt ist. Sonst läßt sich ein volkswirtschaftsentsprechender Sachverhalt überhaupt nicht herausarbeiten (davon abgesehen, daß es ohnehin eine Erschleichung ist, zu sagen, das Volk als solches wirtschaftet).

Eine Wirtschaft, die eigengesetzlicher Entwicklung freigegeben ist, achtet keine politischen Grenzen. Sie wuchert außerhalb der grobsinnlichen Schranken alter Staatsmacht. Die Beteiligungen verlaufen über sie hinweg. Das heimliche Geld durchdringt, von Konto zu Konto wandernd, strahlenähnlich jede handelspolitische Mauer. Die von den einzelnen Firmen ausgehenden Geschäftsbeziehungen unterminieren alle politischen Grenzen*). Heute und in absehbarer Zukunft fehlt der Wirtschaftspolitik die fest umrissene Grundlage, kommt es auf Umwege an. Der Staat muß sich in der Wirtschaftspolitik von Tag zu Tag neu die Figur seiner Verwirklichung schaffen, muß mit spekulativem Augenmaß balancieren, um wenigstens annäherungsweise zu erreichen, daß der zu Staatsgebiet und Staatsvolk gehörige Wirtschaftsgehalt in der Linie einheitlichen Geschehens gehalten wird. Wo-

*) Was übrigens in der neuen Veröffentlichung des deutschen Konjunkturforschungsinstituts über die Kapitalbildung in wesentlichen Zügen richtig gewürdigt worden ist.

mit wir an einer Stelle stehen, an der rationale Vorschriften versagen, an der es keine Lenkung durch Bürokratie gibt, an der man fühlt, daß die Zeit der Führer noch nicht, daß dafür aber die Blütezeit der Verwaltungsmacht vorüber ist.

Wirtschaftspolitische Möglichkeiten wird der Staat unter den neuen Bedingungen überhaupt nur haben, soweit er Gelegenheit findet, unmittelbar durch eigene Leistung zu gestalten. Ein erschütterndes Schicksal, wie es für ihn immer schwieriger wird, sich auf die alte autoritative Weise finanziell durchzusetzen. Das Versagen der Finanzpolitik in Deutschland läßt sich nicht einfach aus abstellbaren Mängeln der kameralistischen Technik erklären, dieses Versagen ist eine vorzeitige Spur jenes allgemeinen Verhängnisses, daß sich zwischen Staat und Staatsgebiet Zusammenhänge einschieben, die auf grobsinnliche Weise nicht kontrollierbar sind. Die Finanzhoheit ist heute nur noch für die weniger interessanten Fälle gesichert, die an Sichtbarkeiten und gebührenpflichtige Dinge anknüpfen. Wenn sich etwa die Lohnsteuer noch leidlich hält, so deshalb, weil sie sich das Leistungssystem der lohnzahlenden Unternehmer zunutze macht, und weil Kopfzahl und Betrieb in grober Weise sichtbar sind. Wie schwach der Staat ist, deutet das peinliche Zurückweichen in Steueramnestien an. Die Sorge um die Nahrung zwingt den Staat ganz einfach dazu, Kaufmann zu werden — eben als ob ihn ein natürlicher Mechanismus der Selbsterhaltung triebe (denn wirklich planmäßig verfolgt wird diese Kausalität wohl noch nirgends). Insofern hat die Sozialisierungspolitik geschichtliche Notwendigkeit: statt Steuer Mehrwertgewinn oder Steuer als Entgelt für bestimmte Staatsleistungen.

Erst von hier aus läßt sich ganz verstehen, wie aussichtslos die Idee der Handelspolitik geworden ist. Sie hält sich nur noch als Sammelname kleiner Hilfen. Ihre Aufgabe wird im übrigen an Verkehrspolitik und Währungspolitik fallen. Auch das Währungssystem ist ein System von Leistungen, als Maßstruktur der Schuldverhältnisse wesensmäßig notwendig: die stärkste Chance und die schwerste Verantwortung künftigen Staatswesens, die Frage nach der sinnvollen Geldmenge, das Vorbild einer modernen wirtschaftspolitischen Spekulationsaufgabe. Man hat der Wirtschaft*) so viel Geldstücke, so viel Kredit und solche Kreditpreise zu geben, daß sie atmen kann! Darin und im Verkehrswesen wird die künftige Handelspolitik fußen müssen, ohne daß man ihr einen klaren Gestalthintergrund zuweisen kann. Der vor der Entwicklung sinnvoll gewesen Handelsbilanz, die ihren Gegenwert in den Erscheinungen eingeüßt hat, zittert noch der Begriff der Zahlungsbilanz als untauglicher Rechtfertigungsversuch nach. Vielsagend ihre Ohnmacht der Arbeitslosigkeit gegenüber, die sich, seitdem das Arbeitsvolk kein Ortsbehör mehr ist, im Rahmen des Nationalen nicht mehr fest packen läßt. Der produktiven Erwerbslosenfürsorge fehlt das Prinzip der Wirtschaftlichkeit; sie ist ein Bereich des

*) Welcher Wirtschaft? Wie ist die künstliche Grenze des Währungssystems mit den natürlichen Überwucherungen in Einklang zu bringen?

Prinzips der Technik (vgl. Mahlberg in der Festschrift für Wiedenfeld, Leipzig 1931), in das man gern das Prinzip der Wirtschaftlichkeit verpflanzen möchte.

Daß Sehrling nach seinen Eindrücken von der nordamerikanischen Konkurrenz für Deutschland den Übergang zu einer extensiven, des Schutzzolles nicht bedürftigen Wirtschaftsweise empfehlen muß, deutet an, wie hoffnungslos auch systematische Agrarpolitik ist. Die Grundrentenverhältnisse sind in hellem Aufruhr. Hier wartet eine der größten Aufgaben auf den entscheidenden Wirtschaftspolitiker, der es verstehen muß, sich vom nationalen Orte aus mit Gesamtbedingungen ins kritische Einvernehmen zu setzen, die ganz im Sinne einer Entwertung des gebietlich orientierten Hoheitsgedankens liegen. Ob die Kleinsiedlung, mit der sich der Staat auf dem Wege des Leistungssystems aktiv in die Entwicklung einschalten könnte, fähig ist, beiden Bedingungsfeldern gerecht zu werden, ist sehr zweifelhaft.

Nur als Kaufmann lebt der Staat

Fragt man, in der Beobachtung soweit gediehen, ob sich nun die Wirtschaft verstaatlicht oder der Staat verwirtschaftlicht, so richtet sich ohne weiteres die größere Sorge auf den Staat. Der Staat hat seine Rente verbraucht, er ist in den Lebenskampf gestoßen, er muß, für den Einzelnen sichtbar, leisten, um sich zu behaupten, er muß arbeiten, muß verdienen; wo er früher auf Ideale pochen konnte, entscheidet heute die geschäftsmäßige Klugheit seiner Vertreter.

Das müssen wir dahinter suchen, wenn wir wieder einmal eine neue Gesellschaftsgründung aus Staatsinteresse beobachten. Desgleichen, wenn wir die Zunahme des Privatvertrages auf dem Boden öffentlichen Rechts verfolgen und uns dabei die Einsicht überwältigt, daß die Unterscheidung zwischen öffentlichem und privatem Recht allmählich dogmatisch unmöglich geworden ist. Und ebenso, wenn wir sehen, wie immer öfter freie Rechtsbildung durch außerstaatliche Praxis den Gesetzen zuvorkommt. Das steht hinter dem Aufkommen des Schiedsgerichts wesens. Daran hat man zu denken, wenn beobachtet wird, daß die Gemeindefusion die Stellung des Regierungspräsidenten schwächt. Dies hat unser Urteil über die neue Beamtenmoral zu berücksichtigen, unser Urteil über die Trennung von Dienstsphäre und Privatsphäre im Leben der Beamtenschaft. In diesen Fragenzusammenhang gehört, daß sich im Strafprozeß die Neigung zeigt, etwas zugunsten der Wirtschaft zu leisten, anstatt nur daran zu denken, wie die Verstöße gesühnt werden. Wir stehen überhaupt in einem Kampfe, in dem versucht wird, den Vertretern des Staates fühlbar zu machen, daß es falsch ist, Aufgaben der Souveränität als obrigkeitlichen Selbstzweck zu behandeln. In demselben Zusammenhang muß man die Zunahme der Sozialaufgaben sehen, die dem Staat eine Gelegenheit bieten, sich unentbehrlich zu machen — Tätigkeiten ohne Obrigkeitscharakter, in denen sich kaum noch die Gesichtszüge des Regals erhalten haben.

Der neue Machtzuwachs ist Schein

Trotz alledem bleibt der Staat ein unvermeidliches, unentbehrliches Siegel der Zusammenhänglichkeit. Er wird auch in Zukunft mehr als ein Leistungssystem „kraft Setzens“ sein, er ist und bleibt „kraft Seins“, wie der Mensch nicht erst seinen Körper setzt. Das Gewebe des industriewirtschaftlich gekennzeichneten Sozialzusammenhanges braucht das Ordnungsprinzip von Staat und Recht, es ist nur unter Einschluß des Staates. Der Staat besteht als Bedingung des Sozialzusammenhanges, wie umgekehrt dessen neue Natur Bedingung für diese Natur des Staates ist. Die Frage nach dem Ende des Staates ist genau so abwegig wie die Frage nach dem Ende des Geldes. Der neue Führer muß den Staat genau so unbedingt wollen, wie er das Geld wollen muß; sein Spielraum ist nur gering.

Wer, um eine Probe aus der neuesten Zeit zu nehmen, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 auf die Gesichtspunkte zur Reform des Aktienwesens durchsieht, die allgemein als ein Ergebnis staatlichen Vorrückens gegen die Wirtschaft angesehen wird, findet eine so vorsichtige Lösung, daß sich von einer Invasion des Staates in die privaten Unternehmungen unmöglich sprechen läßt *). Daß die Verordnung über die Versicherungsaufsicht ein Stück weiter geht, besagt symptomatisch nicht viel. Wir haben es da einfach mit der stärkeren Reaktion auf einen ganz außergewöhnlichen Mißstand zu tun. Ferner das Kuratorium für das Bankgewerbe, das aus drei Ministerialvertretern, einem Vertreter der Reichsbank und einem Vertreter des Bankgewerbes besteht und von einem Reichskommissar geleitet wird — bedeutet es nach dem Fall der Darmstädter und der Dresdner Bank überhaupt auch nur eine sachgerechte Reaktion? Sagt die Selbstkostenkontrolle seitens des Reichswirtschaftsministeriums mehr? oder die Preissenkungsaktion? Spricht nicht die Zerreißung der Ministerialaufgaben durch Teilung zusammengehöriger Gebiete für das Gegenteil? Ist nicht dies Wiederkommen des Staates nur Schein? Regieren hier nicht die Vertreter der Wirtschaft in Zugeständnissen, die viel zu bedeuten scheinen, die in Wirklichkeit kein ernstes Opfer darstellen?

Verschlimmern nicht Kapitalfehlleitungen den Stand des Staates? Nützt in so hoffnungslosen Fällen, wie sie vorkommen, der Einblick als Gläubiger noch, auf den ein sozialistischer Beamter vielleicht Wert gelegt hat? Stärkt die ungünstige Zinsbeeinflussung, die mit unfruchtbarem Verbrauch von Betriebskapital verbunden ist, die Autorität des Staates? Ist nicht auch die Duldung der Kartelle ein für seine

*) Was über die Formen der Wirtschaftsprüfung verordnet wird, spricht gerade für Fremdbedingtheit des staatlichen „Willens“. Wenn die Wirtschaftsprüfer nicht von der Behörde präsentiert, sondern auf Vorschlag des Aufsichtsrats von der Generalversammlung gewählt werden, so bedeutet die ganze Einrichtung höchstens eine Disziplinierung der Selbstverwaltung. Ebenso wenn die materielle Revision in Wahrheit unerreicht bleibt und der Prüfer nur festzustellen hat, ob die Bilanz mit den Satzungen übereinstimmt, und er zurückblickend Bilanzrichtigkeit zu bescheinigen hat. Von einer Wirtschaftsberatung durch Organe des Staates sind wir noch fern.

autoritative Geltung sehr bedenkliches Problem der Fehlanlage? In die Wirtschaft hineingezogen, steht der Staat heute unter dem Zeichen des Hoheitsverlustes.

Schlußfolgerungen auf lange Sicht

Man wird sich folgendes Ergebnis vorhalten müssen: 1. von Obrigkeitshaltung kann der in die Entwicklung hineingezogene Staat nicht mehr leben, er müßte verhungern; 2. schon diese Sachlage zwingt ihn in Leistungssysteme hinein, mehr aber noch die politische Notwendigkeit, Gestaltungskraft wiederzugewinnen; 3. wenn von der Auseinandersetzung des Staates mit dem Kapitalismus gesprochen wird, so ist das eine falsche Fragestellung; das Schicksal des Staates entscheidet sich durch die Schwächung seiner territorialen Souveränität und durch Ansammlung von Schicksalsbedingungen, deren Gesamtheit zu einer neuen Natur des Sozialen führt. Die Fragestellung der Geopolitik erweist sich demgegenüber, allerdings mit umgekehrter, dem Alten zugewandter Front, als eine Fragestellung, die das Wesen der Stunde bis auf den Grund erfaßt und den Kern der weiteren Entwicklung in sich trägt. Nur ist es nötig, die Geopolitik ganz aus der geographischen Fachlichkeit heraus ins Allgemein-Sozialwissenschaftliche hineinzureißen. Dem Problemgehalt nach hat sie die ganze Breite der Menschheitsgeschichte.

KARL HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

1. **Sir John Cumming: „Modern India“**, im Zusammenwirken mit 16 hervorragenden Einzelkennern herausgegeben. London 1931, Humphrey Milford, Oxford University Press. 304 S., 4 Karten, 4 Diagramme, nur 3½ Sh, — eine Fundgrube zusammengedrangter, klarer Indienkenntnis aus erster Hand — stellen wir voraus, weil sich geopolitische Betrachtungsweise wie ein roter, leitender Faden durch das Ganze zieht, und zwar auch da, wo es sich um ethnopolitische und soziopolitische Probleme handelt. Immer wird — mit der beneidenswerten Instinktsicherheit und Führungstradition des angloindischen Beamtenkörpers bester Schule — von den erdhaften, bodenwüchsigen Zügen ausgegangen, aus ihnen heraus zunächst auch die ethnische und soziale Abweichung zu erklären versucht.

„Die Tätigkeit des Menschen ist aller Zeiten und aller Orten weitgehend von der phy-

sischen Eigenart seiner Umgebung bestimmt“, so beginnt Sir Harcourt Butler, der erfolgreiche Bekämpfer indischer Hungersnot, der Verfasser des entscheidenden Berichts über die indischen Fürstenstaaten, seine Eingangsbetrachtung über Landschaft, Völker, Sprachen und Weltanschauungen des „Subkontinents“ (B. I) in einer Auffassung, die sich immer mehr durchsetzt, als dem Dominion- oder Reichsbegriff übergeordnet!

Indien scheint ihm „beherrscht von seiner Nordwestgrenze“, wenn auch am östlichen Himalaya-Rand doch wohl schon wiederholt chinesische Streitkräfte durchgestoßen sind, wie z. B. 3000 Mann an den Darkot-Paß, ein Heer Kien-Lungs nach Katmandu in Nepal. Die Hauptsprachen reduziert dieser Kenner auf zwölf, im Gegensatz zu der „Abschreckungstheorie des Simon-Berichts“, der durch Hinzurechnen der Dialekte zu einer höheren

Zahl kam. Die kastentreuen Hindus schätzt er auf 170 Mill., die Islamverehrer auf 80, die kastenlosen Hindus auf 75, Buddhisten, Sikhs (nur 4), Christen (7?), Jain und Parsi auf 24 Mill. Den Pessimismus der indischen Weltanschauung führt V. großenteils auch bei den Nachfahren der Arier auf Klima und Naturkatastrophen zurück. Noch mehr geopolitisch denkt Sir William Barton bei seinem Kurzbild der 562 Fürstenstaaten und der Afghanengrenze mit ihrer von indischen Lebensbedingungen abweichenden Eigenart, ihrem Schwanken zwischen Delhi und Kabul, dem Unterschied zwischen Süd- (Sandeman) und Nord- (Curzon-Durand) System.

Prachtvoll schildert Sir W. Marris „die Regierungsmaschine“, z. B. S. 60 die Gauleiter (district-officer) mit Verwaltungsräumen von Ländergröße, mit Volkszahlen von der Größe Neuseelands. „Der Commissioner von Tirhut hat mehr Volks zu betreuen als die Regierung von Kanada.“ Wie würde das sich auswirken, wenn Dominionrechte annähernd nach der Volkszahl verteilt werden müßten? Das geopolitische Moment im indischen Heer verrät General Sir J. Barrow an vielen Stellen. Der 1748 siegreich mit furchtbaren Blutopfern (200 000 Tote!) in Delhi eingedrungene Durani Ahmad Shah mußte nach Kabul zurück, weil seine Afghanen die Tieflandhitze nicht länger aushalten wollten! Die Heeresergänzungskarte zeigt, daß Nordwestprovinz, Kashmir, Punjab, Nord-Radjputana, Himalaya-Abhänge und Nepal das Schwergewicht des Heeresersatzes tragen, Bengalen und Assam nichts, Mittel- und Südindien verschwindende Anteile: die Wehrlast ruht auf dem nördlichen Element! Für den Weltkrieg stiftete Bengalen mit 45 Mill. E. 7000 Kämpfer, Punjab mit weniger als der Hälfte 350 000! Solche Zahlen verpflichten auch! Aber es ist wohl ein Irrtum, wenn V. meint, daß Unterschiede im Kampfwert „in Europa nicht existierten“ (S. 79). Die indische Landes- und Grenznatur verbietet, mit der Mechanisierung des Heeres zu weit zu gehen (S. 83)! S. 90: Praxis des Verwaltungsdienstes, aus geopolit. Gründen nicht zu viel herumzuver-

setzen; S. 106: sogar in der abnorm gesetzfeindlichen NW-Provinz nur 1 Polizist auf 400 E., im ruhigen Bihar auf 2400, während im britischen Land 1 auf 940, in London auf 378 trifft! S. 112 wird „Dacoity“ als indische ländlich-sittliche Spezialraubart geschildert aus örtlichen Bedingungen heraus; S. 127 die Kulturrückständigkeit von Kashmir und Hyderabad auf die Beherrschung von Mehrheiten durch andersgläubige Minderheiten zurückgeführt. S. 144 verrät, wie mühsam der archäologische Dienst durch Cunningham, Curzon und Marshall in Gang kam, dagegen S. 205, wie früh Dalhousie das Eisenbahngerüst Indiens entwarf, wie es in seinen Grundzügen heute noch ist. S. 284 umreißt scharf den Gegensatz Japan—Indien in der Übernahmefähigkeit westlicher Zivilisationselemente, S. 286 die Zähigkeit des mit 73% auf Rohstoffherzeugung, nur mit 10 1/2 auf Industrie, mit 1 1/2 auf Verkehr abgestellten Bevölkerungskörpers. Das obendrein handliche und billige Sammelwerk ist wertvoll, ja unentbehrlich.

2. **Richard Katz: „Funkelnder Ferner Osten.“** Berlin 1931, Ullstein. 299 S., 31 Tafeln, 1 Karte. Diese, an anderer Stelle (OLZ.) eingehend besprochene, wirklich geistfunkelnde Bilderreihe ist rückhaltlos ehrlich gesehen; K. beschreitet bekannte Reisewege in durchaus neuer, unkonventioneller Weise und gestattet, hinter die Schleier statischer Betrachtungsweise in das dynamische Hebelwerk hinabzuschauen: drei große Vorzüge! Ohne Menschenfurcht sind die Hintergründe von Hongkong und Shanghai gesehen, scharf, aber richtig ist die Prognose, treffend der Vergleich zwischen Shanghai mit seiner unsoliden Basis und Dairen mit seiner gesunden. Bei den Betrachtungen über die „Große Mauer“ (S. 106) ist wohl zu großer Wert auf die starre Abwehr des Kriegsbaues, zu wenig auf die elastische, dahinter aufgerichtete Agrarstruktur und ihre schützende Kraft gelegt! Erst als diese verrottete, fiel auch die Schutzkraft der Mauer. Scheinbar leichter Spott und doch bittere Erkenntniskraft steckt in der Plauderei über die drei vernichtenden

Worte „Chit“, „Maski“, „Squeeze“, die schlimmer seien, als die Gefahren, die von Kommunisten oder mandschurischen Räubern oder gar von der ausgezeichneten chinesischen Küche drohen!

Gut sind im Vorüberflug die Probleme von Liautung, das lebensvolle Dairen und das tote, dennoch warnende Port Arthur gesehen; ebenso die Eindrücke von Korea, gefaßt wie Licht und Schatten in Japan. Übersteigert scheint uns (auf S. 244) die Sprachschwierigkeit; denn die japanische Umgangssprache erwirbt sich wirklich leicht. Aber den Nagel auf den Kopf trifft die Warnung vor dem dämonischen Reiz der chinesischen Zeichen und der einschluckenden Kraft ostasiatischer Kultur für Menschen, die sich ihr zu hemmungslos hingeben. Hier schützt ein so ehrlicher, frischer Luftzug, wie er durch alle Reisewerke von R. Katz hinfährt, auch durch das südamerikanisch-pazifische, trotz dem pars pro toto-Titel: Lamas, Kokain... Wie ehrlich ist (S. 263) das Erdbeben geschildert; wie richtig empfand so mancher, was auf S. 276, 297, 289 über die Fähigkeit und Grenzen des Einfühlens gesagt ist! Aber K. ist mit wärmerem Herzen, als sein kühler Stil verrät, mit hellen und scharfen Augen an sein Vermittlungswerk gegangen und hat echten Vermittlerdienst der Weltkultur, wenn auch in leichter Form, verrichtet.

Nächst den Büchern aus eigener Sicht und Erfahrung gebührt wohl eine zweite Stelle denen aus der Führung eigener Sache, wie sie besonders aus dem chinesisch-japanischen Zusammenstoß zahlreich entsprangen:

3. **James Woo Kaiseng**, Direktor d. chin. Völkerbundesdelegation: „*La politique étrangère du Gouvernement National de Chine et la révision des traités inégaux.*“ Paris 1931, Marcel Giard. 112 S. Fr. 20 in der Bibliothèque de l'Institut de droit comparé de Lyon, herausgegeben und eingeleitet von E. Lambert.

4. **Dr. Hsü Dau-lin und Chu Chi**: „*Chronik der chinesisch-japanischen Beziehungen.*“ Berlin 1931. Liga für Vater-

landsverteidigung der Chinesen in Deutschland. 54 S., 1 Karte. M. 3,—.

5. **C. L. Hsia**: „*Chinas ten years' plan.*“ Pacific Affairs. Honolulu 1931. N. 9.

6. ? : „*Frankreich in Indochina.*“ Kunstwart. München Okt. 1931. S. 50.

7. „*France and the Orient.*“ Pacific Affairs. Honolulu 1931. S. 826 mit sehr eingehenden Besprechungen von Etienne Denery, Max de St. Félix, Henry Danguy, André Dubosq von E. G.

8. „*The Communist menace in Manchuria.*“ Far Eastern Review 1931, Nr. 8 und „*Has Japan the right to defend herself?*“ Ebenda, Heft 10. S. 593 ff.

Aus diesen größtenteils kurzen Abhandlungen läßt sich ein ziemlich klares Bild der Rechtsanspruchsgrenzen der eigentlichen streitenden Teile der nächstbeteiligten Kolonialmächte und weiter zu gewärtigender Außenwirkungen gewinnen.

Dabei wird die größere Geschicklichkeit der auf Minderbeteiligte und Völkerbundsphraseologie eingestellten Propaganda den Vertretern Chinas zugebilligt werden müssen. Schriften wie die Chronik der chin.-jap. Beziehungen verschweigen geschickt, was China nachteilig wäre und wissen in weiten Kreisen Anteil zu wecken. Auf S. 5 heißt es z. B.: „Ein japanischer Feudalherr hatte einige Zeit vorher durch einen privaten Eroberungszug den Liu-Kiu-König zu jährlichen Tributen gezwungen.“ Aber daß diese doppelte Tributzahlung an China und Japan durch Satsuma schon seit 1609 lief, und zwar infolge eines Auftrags des Reichsmarschalls, ändert doch die Sache sehr. Niemand kann auf Dauer zween Herren dienen! Oder man sehe, wie gewandt der Li-Lobanow-Vertrag verschwiegen wird! Auf diesem Vertrag zwischen Chinesen und Russen beruht aber das ganze schiefe Verhältnis fremder autonomer Eisenbahnzonen zur Mandschurei; nur daß sich in diesem Fall ihre eigene Politik mit doppeltem Boden gegen die Chinesen gewandt hatte und Untreue ihren eigenen Herrn schlug. Wer für sein Vaterland in Not ficht, darf solche Dinge verschweigen, gewiß; aber er wird es tragen

müssen, wenn man ihm auf die gewandten Finger schaut. Das hindert nicht, daß man die geschickt aufgemachte anti-japanische Stoffsammlung anerkennt; nur steht nicht alles darin, was man zu einer unparteiischen Anschauung nötig hätte, und es ist ein Fehler der Gegenpartei, wenn sie diesen Beitrag schuldig bleibt.

Bis dahin glauben wir unsern Lesern Quellen nachweisen zu müssen, die Licht und Schatten in ihrer Gesamtheit gleichmäßiger verteilen.

Mit wohlthuender Redlichkeit trägt für einen gleichfalls viel umstrittenen Raum in Hinterindien ein junger deutscher Geograph die Unterlagen für eine Landeskunde zusammen, der freilich die so notwendige anthropogeographische Krönung fehlt, die zur Beurteilung der Burma-Rundtisch-Tagung in London dringend nötig wäre.

9. **Dr. Karl Stein: „Birma. Das Stromgebiet des Jrawadi.“** Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft München, 1931, Bd. XXIV, Heft 2, 101 S., 20 Karten, Profile, Diagramme. Die fleißige und übersichtliche Bucharbeit gewinnt freilich doppeltes Leben, sobald sich die Erinnerung an die gewaltige Stromlandschaft eines der ausgesprochensten Stromreiche dahinter stellt und die wilde Dynamik der politischen Vorgänge des letzten Jahres die tote Landschaftseinteilung mit unheimlichem Leben erfüllt, ferner der reiche Nachrichtenzustrom der letzten Jahre aus der Presse der Monsunländer, so über den Grenzberitt des indischen C.I.C., die Flucht der Yünnan-Missionäre durch die malarieverseuchten, wasserreichen obersten Quellböden und die Einzelheiten der in hohem Grade landschaftsbestimmten Aufstandsbewegung. So kommt Steins Landeskundeunterbau äußerst zeitgerecht, um an seiner Hand dem Neuaufbau eines indienfreien Burma zu folgen und ihn aus Morphologie, Klima und natürlicher Struktur zu verstehen.

Proben für die außerordentlich geschickte wissenschaftlich-politische Werbetätigkeit hervorragender Außenchinesen in Frankreich und den Ver. Staaten sind

10. **Monpeng Wou: „L'évolution des corporations ouvrières et commerciales dans la Chine contemporaine.“** Paris 1931. Paul Geuthner. 60 Fr. 300 S. Wertvolle Bibliographie, eingeleitet von Exc. Kao Lou, Gesandter in Paris, und

11. **Chao-Chu Wu: „The nationalist programme for China.“** New Haven. A. Aufl. 1930. Yale University Press, London. Humphrey Milford, worin ein früherer Außenminister und nunmehriger Gesandter in Washington selbst das Wort nimmt, um vor dem politisch-wissenschaftlich höchst interessierten Kreise des Institute of Politics in Williams-town über die inner- und außenpolitischen Ziele der Kuo Min Tang und in zwei Vorträgen über die mandschurische Frage zu sprechen und so das empfindliche und leicht verstimmbare Instrument der usamerikanischen öffentlichen Meinung soweit irgend möglich zugunsten seines Landes zu stimmen.

„Die Evolution der Arbeiter- und Handelsverbände Chinas“ — eine der wichtigsten Fragen des Augenblicks, namentlich zur Beurteilung der Interessengemeinschaftsmöglichkeit mit den Sowjets — von Monpeng Wou ist freilich kein volles Seitenstück zu dem ähnlichen Buch von Ogawa über verwandte Vorgänge in Japan; auch ist Witfogels China-Buch ein heilsames Gegengewicht dazu; aber es wird mit großer Geschicklichkeit versucht, der westmächtlichen Seelenstimmung Zugang zur Einfühlung in dieses wichtigste Problem fernöstlichen Zukunftsgefüges zu erschließen und eine Fülle von Stoff in aufbereiteter und nachgewiesener Form bereitgestellt.

So sind beide Arbeiten dankenswerte Aufschlüsse zu einer schwer zugänglichen Dynamik mit mächtiger Rückschlagswirkung auf den Westen.

12. **Dr. Erich Voigt: „Wirtschaftsgeschichte Niederländisch-Indiens.“** Leipzig 1931, Deutsche wissenschaftliche Buchhandlung GmbH. 172 S., 60 Abb., 12 M., leistet in kristallklarem Aufbau Mitteleuropa einen ähnlichen Dienst für eines der wichtigsten Zerrungsgebiete unserer Zeit: Indonesien — wenn auch schon der Titel und der

darüberliegende Schatten Helfferichs seine wirtschaftspolitische Einstellung erkennen läßt.

Denn es ist bei dem gewaltigen Ringen zwischen Selbstbestimmungsbewegung und Erhaltung einer auf Monokultur und Kolonialpolitik beruhenden Wirtschaftshöchstleistung durch Zwang von außen her fast unmöglich, gerade die Wirtschaftsgeschichte des Tropenraumes mit der höchsten Spannungsbelastung ganz frei von diesen Zerrungen zu sehen und zu schildern. Sein notwendiges Gegengewicht fände also das Buch Voigts geopolitisch in einer leider ungedruckt gebliebenen „Geopolitik von Indonesien“ von geistig hochstehender malaiischer Seite. Ungemein ist tatsächlich die Wirtschafts-Kultur-Leistung der zahlenschwachen Niederlande in dem riesigen Raum ihrer ostindischen Inselwelt; aber furchtbar auch — (vgl. v. Hogendorps Kritik an der Kompanie, S. 361) — die darauf lastende Schuld an Blut und Schweiß, an gewaltsamen Herausreißen aus einer in ihrer Art glücklichen, sich selbst genügenden Gemeinschaft, deren Schilderung mit Recht S. 19 den Ausgangspunkt bildet. Nur wird im allgemeinen vielleicht zuviel an geo- und ethnopolitischen Kenntnissen vorausgesetzt, so daß gleichläufig Hans Meyers Landeskunde oder das amtliche Jahrbuch danebengelegt werden muß, wenn sich der Leser zu eigenen Anschauungen durchringen und nicht ganz in den Bann der Schilderung Voigts geraten will. Deshalb hätten wir den Hinweis auf diese deutsch und englisch geschriebenen, also weiteren Kreisen zugänglichen Unterlagen gern im Lit.-Verz. S. 180 gefunden, so wertvoll die holländ. Lit., auch die Zeittafel, ist — aber auch mehr für den schon mit der Entwicklung Vertrauten!

„Im allgemeinen ist das Monopolssystem für die Molukken vernichtend gewesen“ (S. 39). Dennoch ist es bis zum Ende des 18. Jahrhunderts leitend geblieben, wie auch van Vuuren in „Jenseits der Großmächte“ ausführt, wo er richtig Sein oder Nichtsein der niederländischen Kolonialmacht in der Zukunft mit einem europäischen Gemeinheitsbewußtsein für die Überseeleistung

des Rheindeltas in Beziehung bringt, woran es noch weit fehlt. Gewiß werden die ausgezeichnet gewählten Abbildungen, die Darstellung der verschiedenen Nutzungssysteme (Kultursystem!) bei Voigt manches zur Erweckung eines solchen paneuropäischen Haftungsbewußtseins tun können; aber das Beste dazu müssen immer die meistverantwortlichen — eben die Holländer — tun; und dazu müßten sie über mehr Männer wie Limburg-Stirum verfügen, deren Notwendigkeit aus der Wirtschaftsgeschichte allein nicht genügend hervortritt!

Sehr groß ist auch deshalb die geopolitische Verantwortung unserer Lexika:

13. Den „Großen Brockhaus“, Bd. IX, finden wir in dieser Richtung auf ganz besonderer Höhe. „Indien“ und „Indier“; „Indische Kunst“ und „Indische Philosophie“; „Indischer Ozean“, dann „Japan“ und „Java“ mit ihren Nebenartikeln legen dafür besonderes Zeugnis ab. Mit lebhafter Freude werden unsere Leser Karten, wie neben S. 89 die „geopolitischen Verhältnisse des Indischen Ozeans“, neben S. 360 die „Ausbreitung der Chinesen und Japaner“, neben S. 632 die vortreffliche „Gegenüberstellung Alaskas und Nordsibiriens“, für die so wichtigen nordpazifischen Fragen naher Zukunft als Arbeitsmaterial begrüßen, sich an den vorzüglichen Karten zu Japan Rat holen. Unter den vielen guten indopazifischen Länder-Kurzschilderungen heben wir Jünnan, Kaschmir hervor; unter den Städtebildern Jaipur, Jerusalem, Kanton — trotz seinem kaleidoskopischen Charakter! —, Kaschgar; unter den Stromdarstellungen den Jangtse; unter den Gebirgsskizzen Karakorum und den vielleicht zu knapp geratenen Kantschindschanga. Der Aufsatz über „Kanäle“, mit guten Vergleichskarten, regt zu Gedanken über die Geopolitik der Kanalideen an. Wirtschaftsgeographisch sind „Kaffee“, „Kakao“, „Kali“ unter wertvollen Gesichtspunkten behandelt. Die „Kabel“politik hätte wohl mehr Raum und eine Karte verdient; aber vielleicht kommt sie bei Weltverkehr zu ihrem Recht. Am meisten hat V. natürlich auf seinem eigenen Gebiete das

Problem gefesselt, wie es möglich ist, auf nur 21 Seiten, allerdings mit neun vortrefflich ausgewählten Bildtafeln und fünf Karten, eine köstliche Miniaturensammlung zur Japanologie zu geben, von Landeskunde, Göttern, Geschichte, Schrift, Staatskultur und täglichem Leben angefangen bis zu den feinsten Blüten japanischer Kunst und Theaterleistung. Aber ich muß gestehen: wer Wort für Wort und Zug für Zug dieser Konzentrationsleistung gerecht wird, verläßt sie mit ausreichendem Gesamtbild, um zu den sorgfältig nachgewiesenen Quellen aufzusteigen. Noch schwieriger freilich ist die Aufgabe für „Indien“ oder den „Islam“ gewesen!

Zwei schöne Einzelausschnitte aus Forscherleben fügt der rührige Verlag seinem großen Gesamtwerk hinzu:

14. Roy Chapman Andrews: „Mit Harpune, Büchse und Spaten.“ Ein Forscherleben unserer Tage. Leipzig 1931, F. A. Brockhaus. 208 S., 65 Abb. nach eigenen Aufnahmen.

Ein ausgezeichnetes Buch, das einen tiefen Einblick in die vielseitige, gefährvolle und weltumspannende Vorbereitungsleistung gibt, auf der sich ein erfolgreiches Forscherleben aufbauen muß, bis es einen solchen „Beweis seiner Daseinsberechtigung“ ablegen kann, und auf wie weiten Umwegen, über Nordpazifik, Yünnan, Japan und Korea, schließlich ein solches Expeditionsziel in der Mongolei eingekreist werden muß. Das zweite:

15. Albert Herrmann: Lou-Lan. Leipzig 1931, F. A. Brockhaus. Mit einem Vorwort von **Sven Hedin**. 160 S., 66 Abb., 7 Karten. Geh. 6,50 M., Leinen 7,50 M.

Hier zeigt sich, was entstehen kann, wenn geniale Finder- und Sucherleistung wie die von Sven Hedin und seinen Helfern mit einer Reihe von erfahrenen Chinakennern und Sinologen, wie Richthofen, Himly, Conrady und zuletzt Albert Herrmann, mit einer auf S. 159 und 160 redlich ausgewiesenen Vorarbeit, einem rührigen Verlag und etwas Finder- und Wegbahnerglück in guter Kameradschaft zu gemeinsamem Werk zusammentritt! In seinen Kon-

trasten zwischen gewaltiger geschichtlicher Bewegung auf den Ostwest-Kontinentalstraßen Hochasiens und totenähnlicher Erstarrung eines einzelnen Knotens in dem ungeheuren Netz, der wieder auflebt, wie Herkulanum und Pompei, und Zeugnis ablegt, wo alle andern schweigen oder ähnlich erweckt werden müssen, liegt atemraubende Dynamik bei aller nüchternen Sachlichkeit Herrmannscher Darstellung. Aber hinter ihr steht eben die Leidenschaft lebenslänglichen Ringens mit dem asiatischen Verkehrsproblem des Kulturaustausches zwischen China, Persien und Abendland, ein souveränes Wissen um alle zu verknüpfenden Einzelheiten und die Vollfreude an einer endlich erlangten handgreiflichen Bestätigung. So muß dieses Buch angelesen werden. Dann kann es höchsten Lehrwert und Reisefreude zugleich spenden!

16. Alexandra David-Neel: Heilige und Hexer. Glaube und Aberglaube im Lande des Lamaismus. Nach eigenen Erlebnissen in Tibet dargestellt. Leipzig 1931, F. A. Brockhaus. 22 Abb., 1 Karte.

Wer den hier im vorigen Jahr angezeigten ersten Reisebericht der Verfasserin „Arjopa“ gelesen hat, wird diesen Fortsetzungsband nicht missen wollen, der sich vorwiegend mit den religiösen und psychologischen Erscheinungen des geheimnisvollen Hochlandes beschäftigt. Er zeigt die gleichen Vorzüge wie der erste: eine Fülle von Beobachtungen, auf eigener Anschauung und einer für eine Europäerin erstaunlichen, durch Entbehnungen und Gefahren erkauften Vertrautheit mit den seltsamen Heiligen gewonnen, aber leider auch die schon dort hervortretende mangelhafte Fähigkeit der Gliederung des reichen Stoffes, so daß das Buch etwas Unübersichtliches und Chaotisches hat und dadurch leicht ermüdet. Für den Religionsforscher und den Religionsgeographen enthält es aber sicherlich eine Fülle wertvollen Stoffes, und es wäre ungerecht, wenn der Leser sich über die Beschwerde des bloßen Nacherlebens beklagen wollte, nachdem Verf. soviel ärgere Beschwerden des eigenen Forschens auf sich genommen hat.